

## **Abhängigkeiten und Handlungsspielräume der SBZ/DDR im Verhältnis zur UdSSR 1945-1955**

1. Das sowjetische Besatzungsregime als Ausgangspunkt der Untersuchung
  2. Die sowjetischen Besatzungsbehörden in der SBZ
  3. Das Sonderverhältnis zwischen der Besatzungsmacht und den kommunistischen Führungskadern in der SBZ
  4. Die kommunistischen Kader und die sowjetische Besatzungspolitik
  5. Grundlegende Entscheidungen 1945/46
  6. Gleichschaltung der bürgerlichen Parteien
  7. Bemühen um politische Einflußnahme auf die Westzonen
  8. Aufbau von Verwaltung und Polizei
  9. Anfänge von Staatssicherheitsdienst und Truppeneinheiten
  10. Konstituierung des ostdeutschen Staates
  11. Erklärungen über den Status der DDR nach der Staatsgründung
  12. Elemente der ostdeutschen Selbst- und Fremdbestimmung unter Stalin
  13. Interaktionsmuster von UdSSR und DDR in der Stalin-Zeit
  14. Bemühen um Aufwertung der DDR nach Stalins Tod
  15. Der Neue Kurs als Oktroi der UdSSR
  16. Bemühungen um Rekonsolidierung der DDR nach dem 17. Juni 1953
  17. Abbau sowjetischer Besatzungsrechte
- Fazit

### *1. Das sowjetische Besatzungsregime als Ausgangspunkt der Untersuchung*

Die vier Siegermächte übernahmen im besetzten Deutschland erklärtermaßen die „oberste Gewalt“, der sich die Bevölkerung unbedingt und umfassend unterzuordnen hatte.<sup>1</sup> Die gesamtdeutschen Regierungsfunktionen wurden vom Alliierten Kontrollrat ausgeübt, während in den einzelnen Zonen die Autorität bei dem jeweiligen Oberbefehlshaber der Besatzungstruppen und dessen nachgeordneten Kommandeuren bzw. Behörden lag. Für Berlin, in dem der Kontrollrat seinen Sitz nahm, gab es eine besondere Konstruktion: Die Stadt wurde in vier, jeweils einer Macht zugewiesene Sektoren aufgeteilt, die einer Vier-Mächte-Kommandantur unterstanden. Die deutschen Verwaltungsstellen wurden im ganzen Land von der jeweiligen Besatzungsmacht eingerichtet und fungierten als deren ausführende Organe.

Der Vier-Mächte-Regierung, also dem Kontrollrat, war grundsätzlich das entscheidende Wort zugeordnet, wenn es um Angelegenheiten des ganzen Landes ging. Aber von allem Anfang an traten Differenzen zutage, welche die gemeinsame Regierungstätigkeit zur Illusion werden ließen. Einig waren sich die Okkupationspartner normalerweise nur, wenn es galt, die Wurzeln von Nazismus und Militarismus auszurotten; auf Maßnahmen des positiven Aufbaus dagegen konnten sie sich nicht verständigen. Die sich mehrenden Konflikte führten Mitte 1947 zum offenen Ausbruch des Kalten Krieges, der die Verpflichtung zu Konsens und Kooperation im Vier-Mächte-Verhältnis beendete. Ein dreiviertel Jahr später legte die UdSSR den Kontrollrat durch die Zurückziehung ihres Vertreters lahm und zerstörte damit das institutionelle Gefüge, das dem Konzept der einheitlichen Behandlung Deutschlands entsprach. Wenig später fand auch die Berliner Vier-Mächte-Kommandantur ihr Ende. Der von Anfang an faktisch bestehende Zustand, daß die SBZ und der Sowjetsektor allein der östlichen Besatzungsmacht unterstanden, war damit auch formell festgestellt.

Die nun einsetzende offene Konfrontation, die im Rückblick als logische Folge der zunehmenden Spannungen und als Ausweg aus einer unerträglich gewordenen Handlungsblockade der westlichen Seite erscheint, widersprach völlig den sowjetischen Absichten. Stalin betrachtete zwar die westlichen Länder grundsätzlich als Widersacher, hatte sich aber vor allem in der Beziehung zu den angelsächsischen Besatzungspartnern die Wahrung eines förmlichen Rahmens von Übereinstimmung und Zusammenarbeit zum Ziel gesetzt. Er sah die USA gestärkt aus dem Krieg hervorgehen, während die menschlichen und materiellen Ressourcen der UdSSR erschöpft waren, und war sich dessen bewußt, daß er seine Ziele gegenüber dem besiegten Land kaum gegen die amerikanische Macht durchsetzen konnte. Das ließ insbesondere den Versuch aussichtslos erscheinen, das sowjetische System direkt und sogleich auf Deutschland zu übertragen: In diesem Falle war zu erwarten, daß die Gegenkräfte in der dortigen Gesellschaft mächtigen Rückhalt im Westen finden und

<sup>1</sup> Erklärung der vier Mächte vom 4.6.1945, wiedergegeben in: Documents on Germany 1944-1985, Department of State Publication 9446, Washington o. D., S. 33-38.

damit unüberwindlich werden würden.<sup>2</sup> Im übrigen zielte die politische Strategie Stalins seit jeher darauf ab, den so gesehenen Grundsatzkonflikt mit dem Westen nicht mittels einer unmittelbaren Konfrontation auszutragen, sondern lieber auf westliche Tendenzen zu wechselseitiger Entzweiung zu setzen.<sup>3</sup>

Aus diesen Gründen hatte der Kreml bei Kriegsende in der Systemfrage einen sogenannten Kompromiß mit westlichen Demokratie-Vorstellungen ins Auge gefaßt, der die Perspektive einer sozialistischen Umgestaltung Deutschlands nicht aus-, sondern einschließen sollte.<sup>4</sup> Die Moskauer Überlegungen können als dynamisches Konzept verstanden werden: Die Entwicklung der deutschen Verhältnisse sollte ihren Ausgang von einer „bürgerlichen Ordnung“ nehmen, deren anfängliche Etablierung den Westen zufriedenstellen und die innerdeutschen Widerstände minimieren sollte. Die sowjetische Besatzungsmacht baute ein Mehrparteiensystem mit verborgenen demokratiewidrigen Merkmalen auf. Die zugelassenen Parteien mußten sich zu einem „antifaschistisch-demokratischen“ Block vereinigen und sich so von vornherein in allen Grundfragen zum Konsens verpflichten. Die Leitlinie wurde in der SBZ von den die Führung beanspruchenden Kommunisten abgesteckt, so daß die anderen politischen Kräfte durch die Verpflichtung zum Einvernehmen dazu genötigt wurden, unter allen Umständen eine fremdbestimmte Politik zu unterstützen. Der Widerspruch gegen die Führungspräzedenzen und der Wettbewerb zwischen unterschiedlichen Auffassungen – beides unerläßliche Elemente einer demokratischen Ordnung – waren auf diese Weise von allem Anfang an ausgeschlossen. Wer diesem Verbot zuwiderhandelte, wurde von den sowjetischen Behörden aus dem öffentlichen Leben der SBZ entfernt.

In dem Maß, wie die kommunistische Besatzungsmacht und die Führung der Kommunisten in dem besetzten Land miteinander verflochten waren, lief der „Block der antifaschistisch-demokratischen Parteien“ auf deren Direktunterstellung unter den Willen des Kreml hinaus. Eine derartige Herrschaftsstruktur, die den Okkupanten die Möglichkeit einer nicht auf die Vollgewalt der Vier-Mächte-Erklärung vom 5. Juni 1945 gestützten und überdies als deutsche Selbstbestimmung firmierenden Übertragung des sowjetischen Willens auf die Besiegten befand sich mit dem Demokratie-Verständnis Lenins und Stalins in Einklang. Denn danach kam der „demokratische“ Charakter einer Ordnung nicht in „formalen“ Regeln und Verfahren zum Ausdruck, welche die Sieger als legitime Willensäußerung der Besiegten zumindestens zur Kenntnis zu

2 Dies hatten die KPD-Emigranten als grundlegenden Tatbestand zu berücksichtigen, als sie 1944/45 im Auftrag Stalins Planungen für die Nachkriegsordnung in Deutschland durchführten, vgl. die Hinweise im Referat Piecks vor der Parteschule in Moskau am 10.3.1945, wiedergegeben in: Gerhard Keiderling (Hrsg.), „Gruppe Ulbricht“ in Berlin April bis Juni 1945, Berlin 1994, S. 240-242.

3 Vgl. J.W. Stalin, Werke., hrsg. auf Beschluß des ZK der KPD-ML, Bd. 13 (Juli 1930 – Januar 1934), Dortmund 1976, S. 253, 259-262. Der sowjetische Führer hielt an diesem Konzept bis zum Ende seines Lebens fest, wie etwa seine entsprechenden Ausführungen auf dem XIX. Parteitag der KPdSU im Herbst 1952 belegen (Text: Pravda, 3.10.1952).

4 Siehe hierzu die bei G. Keiderling, a. a. O., und bei Peter Erler/Horst Laude/Manfred Wilke (Hrsg.), „Nach Hitler kommen wir“. Dokumente zur Programmatik der Moskauer KPD-Führung 1944/45 für Nachkriegsdeutschland, Berlin 1994, wiedergegebenen Dokumente.

nehmen gehabt hätten, sondern im Engagement für jene Überzeugungen und Zielsetzungen, welche die UdSSR auf ihre Fahne geschrieben hatte. Eine unbedingte Unterwerfung unter den Willen Moskaus ließ sich daher bei Bedarf ohne jede Schwierigkeit als Beweis „demokratischer“ Reife auf seiten der Deutschen ideologisch rechtfertigen.

Es war kein Zufall, daß die Leiter der sowjetischen Politik ihre Deutschland-Forderungen auf ein „Demokratie“-Dokument stützten, das nichts enthielt, was die Deutschen zu Versuchen der Selbstregierung ermutigt hätte. Der Bezugspunkt war ganz im Gegenteil das Verlangen, die deutsche Seite müsse sich die „demokratischen“ Politikinhalte zu eigen machen, welche die Siegerkoalition – faktisch jedoch allein die UdSSR – ihnen vorgeschrieben habe. Dementsprechend berief sich der Kreml, wenn er die nach seiner Auffassung bestehenden „Demokratie“-Erfordernisse in dem besetzten Land formulierte, seit dem ausgehenden Frühjahr 1946 regelmäßig auf das Potsdamer Abkommen, d. h. auf ein Oktroi, in dem sich die angelsächsischen Staaten angeblich den ordnungspolitischen Vorstellungen der UdSSR angeschlossen hatten.<sup>5</sup> Mithin ging es bei der „Demokratie“, die nach Moskauer Vorstellung einzuführen war, um nichts anderes als um den Vollzug von Auflagen, die aufgrund von Rechtstiteln der Okkupation für verbindlich erklärt wurden.

Die Verpflichtung der Parteien zu unbedingtem Einverständnis mit allen Maßnahmen, welche die Okkupationsmacht für richtig hielt, ließ sich grundsätzlich auf die Vier-Mächte-Erklärung vom 5. Juni 1945 stützen. Danach stand den Deutschen auch nicht das mindeste Selbstbestimmungsrecht zu; die Besiegten hatten sich allen alliierten Anweisungen und Auflagen zu unterwerfen. Deutsche Personen und Institutionen konnten nur aufgrund alliierter Einsetzung, Ermächtigung oder Lizenzierung tätig werden. Die Ausübung von Funktionen mit hoheitlichen kam prinzipiell nur auftrags- und weisungsgebunden in Betracht. In der Praxis freilich war die theoretisch totale Beschränkung der deutschen Stellen auf eine ausschließlich ausführende Rolle nicht auf lupenreine Weise durchzuführen. Auch die genaueste Anleitung und Aufsicht konnten einen Eigenanteil der Ausführenden am jeweiligen Vorgehen nicht völlig verhindern, denn zum einen waren nicht alle Verläufe auszuführender Maßnahmen restlos vorhersehbar, und zum anderen mochten sie den Auftraggebern vielfach nicht hinreichend wichtig erscheinen, um die Mühe von allen Einzelheiten fixierenden Anordnungen lohnend zu machen. Daher ergab sich für die Ausführenden ein gewisses Maß an Eigengestaltung, das freilich nach jeweiliger Sache und vor allem auch nach dem jeweiligen Festlegungswillen des Auftraggebers variierte. Die Tatsache des Besatzungsregimes über Deutschland erlaubte daher dessen Trägern unterschiedliche Intensitäten der Aus-

5 Die sowjetische Seite entwickelte damals die Potsdam-Argumentation, um den amerikanischen Vorschlag eines Entmilitarisierungsvertrages für Deutschland abzuwehren, der nach ihrer Interpretation auf einen baldigen Truppenabzug aus dem besiegten Feindstaat und eine damit verbundene Freistellung von Okkupationsauflagen hinauslief (vgl. näher Gerhard Wettig, Entmilitarisierung und Wiederbewaffnung in Deutschland 1943-1955. Internationale Auseinandersetzungen um die Rolle der Deutschen in Europa, München 1967, S. 140-148, 158-165).

übung: Während die einen den Handlungsspielraum der Besiegten durch möglichst weitgehende Regulierung, genaue Vorschriften und häufige Einhaltungskontrollen zu minimieren suchten, tendierten andere dazu, großzügiger zu verfahren.

Wie hat sich die UdSSR in dieser Frage verhalten? Der nachfolgenden Untersuchung dieser Frage liegen – außer verschiedenen Erinnerungsberichten – sowohl selbst recherchierte sowjetische und ostdeutsche Archivdokumente als auch Studien anderer Autoren zugrunde, die auf derartigen Quellen beruhen. Auch wenn die Überlieferung der internen Vorgänge in Moskau und Ost-Berlin trotz des Anfang der neunziger Jahre grundsätzlich geöffneten Zugangs erhebliche Lücken aufweist, so sind die verfügbar gewordenen Unterlagen doch hinreichend zahlreich, um in jedem Falle zumindest generelle Verhaltensmuster der Akteure erkennen zu lassen.

## *2. Die sowjetischen Besatzungsbehörden in der SBZ*

Angesichts des monolithischen Eindrucks, den die UdSSR macht, ist vielfach von einer entsprechend monolithischen Struktur der Okkupationsverwaltung ausgegangen worden. Die sowjetischen Dienststellen in Ost-Berlin und in der SBZ bieten jedoch keineswegs ein geschlossenes Bild. Ihre Tätigkeit wurde vielfach nur wenig oder gar nicht koordiniert, und es gab zwischen ihnen nicht selten offene Differenzen. Der wesentliche Grund dafür war, daß die Behörden der Besatzungsmacht in der Sowjetischen Militär-Administration in Deutschland (SMAD) und deren regionalen wie lokalen Untergliederungen ein zuweilen eher formal als real vereinigendes organisatorisches Dach besaßen und daß die verschiedenen Abteilungen mit unterschiedlichen Moskauer Oberbehörden verbunden waren, die für ihre Geltung und ihre Durchsetzungsfähigkeit oft entscheidende Bedeutung hatten. Der Oberste Chef der SMAD, der zugleich die Oberbefehlshaber der sowjetischen Besatzungstruppen war, verfügte zwar über insgesamt 49.887 Mitarbeiter, von denen 4.670 in der Zentrale tätig waren,<sup>6</sup> konnte aber deren Aktionen nur teilweise bestimmen und koordinieren. Gegenüber den Reparationskommissionen und den Sicherheitsdiensten war er sogar völlig einflußlos. Der als Orientierungs- und Schaltstelle fungierende Politische Berater des Obersten Chefs der SMAD, Semjonow, agierte kraft seiner Bindungen an das Außenministerium<sup>7</sup> weithin selbständig. Analog dazu hatte der das Parteienwesen lenkende Leiter der Abteilung für Propaganda

6 Diese – sich später verringenden – Zahlen werden in einem RCChIDNI-Dokument für Ende 1946 genannt (Jan Foitzik, Die Sowjetische Militäradministration in Deutschland [Einleitung], in: Inventar der Befehle des Obersten Chefs der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) 1945-1949, hrsg. vom Institut für Zeitgeschichte, bearb. von Jan Foitzik, München 1995, S. 9 f.

7 Bis Anfang 1946 trugen die Ministerien der UdSSR noch offiziell die Bezeichnung „Volkskommissariat“. Dessen ungeachtet, hat sich der Autor um der Einfachheit willen durchgängig für den Gebrauch des Terminus „Ministerium“ entschieden.

bzw. (später) Information, Tjulpanow, durch seine Verbindungen zum Moskauer ZK-Apparat eine weithin selbständige Position.<sup>8</sup>

Die verschiedenen Sicherheitsdienste standen faktisch außerhalb der allgemeinen Besatzungsverwaltung. Das galt insbesondere für die militärische Abwehr Smersch. Auch wenn diese ebenso wie die SMAD zum Verteidigungsressort gehörte, besaß sie aufgrund der herausgehobenen Moskauer Position des während der Anfangsjahre leitenden Funktionärs Serow und dessen engen Bindungen an das Innenministerium einen Sonderstatus. Die ihr unterstehenden Sondereinheiten, deren Aufgabe zunächst der Kampf gegen Personen und Gruppen war, die oppositioneller Neigungen verdächtig erschienen und/oder wegen ihrer sozialen Herkunft als „faschistisch“ galten, trafen ihre Maßnahmen (wie die Einrichtung der „Spezlager“ in der SBZ) ohne jede Mitwirkung der SMAD. Im Sommer 1945 etablierte sich der sowjetische Auslandsnachrichtendienst in Ost-Berlin, der zunächst zur Staatssicherheit gehörte und dann von 1947 bis 1951 dem Außenminister unterstellt wurde. Als weitere Organisation neben der SMAD nahm 1946 die dem Außenhandelsministerium zugeordnete Dienststelle von Bogdan Kobulow ihre Tätigkeit auf. Ihr oblag das Management der – mit faktisch exterritorialem Status versehenen – Betriebe der Sowjetischen Aktiengesellschaften (SAG) einschließlich der für das Atombombenprojekt der UdSSR wichtigen Wismut AG.<sup>9</sup>

Die vielfach diffusen, zu Widersprüchen führenden Unterstellungs- und Weisungsverhältnisse<sup>10</sup> zogen zwar mitunter interne Komplikationen nach sich,<sup>11</sup> schwächten aber kaum Stellung und Kontrolle der Besatzungsmacht. Zum ei-

8 Einzelheiten siehe u. a. bei Stefan Creuzberger, Die sowjetische Besatzungsmacht und das politische System der SBZ, Weimar 1996, S. 29-43; Alexandr Haritonow, Sowjetische Hochschulpolitik in Sachsen 1945-1949, Köln 1995, S. 20-24; M.I. Semirjaga, Kak my upravljali Germaniej, Moskau 1995, S. 34-38; Kurt Arlt, Das Wirken der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland, in: Bruno Thoß (Hrsg.), Volksarmee schaffen – ohne Geschrei! Studien zu den Anfängen einer „verdeckten Aufrüstung“ in der SBZ/DDR 1947-1952, München 1994, S. 103-108. Tjulpanows Gewicht beruhte auch auf seiner Funktion als Leiter des Parteiaktivs der SMAD (Peter Strunk, Die Sowjetische Militäradministration in Deutschland und ihr politischer Kontrollapparat, in: Hans Lemberg, Hrsg., Sowjetisches Modell und nationale Prägung. Kontinuität und Wandel in Ostmitteleuropa nach dem Zweiten Weltkrieg, Marburg/Lahn 1991, S. 163f). Der Personalbestand seiner Ost-Berliner Zentralbehörde betrug im Herbst 1946 479 Mann (A. Panjuschkina/K. Kusakow/M. Burtzew an A. Shdanow, 11.10.1946, in: Bernd Bonveč [Bernd Bonwetsch]/Gennadij Bordjugov/Norman Nejmark [Norman Naimark], SVAG. Upravljenje propagandij (informacii) i S. Tjul'panov 1945-1949. Sbornik dokumentov, Moskau 1994, S. 191).

9 George Bailey/Sergej A. Kondraschow/David E. Murphy, Die unsichtbare Front. Der Krieg der Geheimdienste im geteilten Berlin, Berlin 1997, S. 54-72; K. Arlt, a. a. O., S. 99-102, 106; P. Strunk, a. a. O., S. 152.

10 D.N. Filippovych, Sovetskaja Voennaja Administracija v Germanii: voenno-političeskij aspekt dejatel'nosti (1945-1949gg.), Moskau 1995, S. 35-37.

11 Dem Obersten Chef der SMAD wurde auf dieser Basis in Moskau wiederholt Führungs- und Koordinationsschwäche vorgeworfen: Entwurf für einen Brief der ZK-Kommission zur Überprüfung von SMAD-Aktivitäten an Stalin. o. D. [vor 25.12.1946], in: B. Bonveč/G. Bordjugov/N. Nejmark, a. a. O., S. 193 ff; Entwurf für einen Beschluß des ZK der Allrussischen KP, o. D. [vor 25.12.1946], ebd., S. 199 ff; G. Konstantinowitsch und I. Schikin, 17.8.1948, ebd., S. 222 f. Zwischen Tjulpanow und SMAD-Chefstellvertreter Bokow bestand dauernd Rivalität und Kompetenzstreit, vgl. die Ausführungen Tjulpanows laut Wortprotokoll der Sitzung der ZK-Kommission zur Überprüfung der SMAD-Verwaltung für Propaganda, ebd., S. 178 f.

nen wäre es angesichts der rücksichtslosen, entlastende Umstände außer Betracht lassenden Härte, mit der die Okkupationsbehörden bei der geringsten Illoyalitätsvermutung durchgriffen, für die deutsche Seite selbstmörderisch gewesen, Koordinationsmängel und Differenzen in den sowjetischen Apparaten zur Durchsetzung eigener Absichten ausnutzen zu wollen. Es stellten sich vielmehr Ratlosigkeit und das Bedürfnis ein, von autoritativer Stelle ein klares, unumstößliches Votum zu erhalten, um weiterarbeiten zu können, ohne daß ein persönliches Risiko entstand.<sup>12</sup> Zum anderen war die Struktur eines unordentlichen Verwaltungsaufbaus, der zwar nicht zu Richtungskämpfen, wohl aber zu mancherlei Streit um Macht und Einfluß Anlaß gab,<sup>13</sup> aus übergeordneter Sicht kein Konstruktionsfehler. In der UdSSR war – so wie im nazistischen Deutschland – ein gewisser Kompetenzwirrwarr die Regel, gab dieser doch der Führung die Gewähr, daß sich auf nachgeordneter Ebene keine opponierende Front der Gemeinsamkeit herausbildete. Stalins Aufstieg zum unumstrittenen Herrn der Sowjetunion und die Behauptung dieser Spitzenposition beruhen entscheidend auf der Schaffung von Machtverhältnissen, die tatsächliche wie potentielle Rivalen miteinander beschäftigten und damit dem Diktator freie Bahn verschafften. Dementsprechend gab es in der Nachkriegszeit auch zwischen den Moskauer Bürokratien erhebliche Koordinationsmängel und Reibungsverluste.<sup>14</sup> Die parallelen Spannungen zwischen den Besatzungsorganen in Ost-Berlin, die sich zuweilen mit Meinungsverschiedenheiten in Sachfragen taktischer Art verbanden, erleichterten es Stalin, sein herausragendes Interesse an den deutschen Angelegenheiten<sup>15</sup> voll zu entfalten. Da seine Aufmerksamkeit weithin auch kleinen Einzelheiten galt,<sup>16</sup> war die von ihm ausgehende Einflußnahme besonders intensiv. Er allein bestimmte – meist mittels des ZK-Apparats – die Richtung der Moskauer Deutschland-Politik; die Ministerien arbeiteten anschließend die Einzelheiten aus.<sup>17</sup>

12 Vgl. J. Foitzik, *Die SMAD*, a. a. O., S. 35-37. Analog dazu war das Verhalten der sonst rasch und bestimmt zupackenden SMAD in der Regel von vorsichtiger Zögerlichkeit geprägt, wenn die gewohnten Weisungen der vorgesetzten Moskauer Stellen ausblieben: Bernd Bonwetsch/Gennadij Bordjugov, *Die SED und die guten Erfahrungen der Sowjetunion*, in: *Deutsche Studien*, 121 (1994), S. 97.

13 S. Kreuzberger, a. a. O., S. 41 ff; A. Haritonow, a. a. O., S. 37-40; Diskussionsbeitrag von Stefan Doernberg auf dem Kolloquium „Gründung der DDR“ im September 1991, in: Elke Scherstjanoi (Hrsg.), *„Provisorium auf längstens ein Jahr“*, Berlin 1993, S. 39 f. Entsprechende Feststellungen gelten auch für das sowjetische Politbüro. Zu den dreißiger Jahren siehe Oleg Chlevnjuk, *Politbjuro. Mechanizm političeskoj vlasti v 30-e gody*, Moskau 1996; zur Nachkriegszeit siehe Ju. N. Žukov, *Bor'ba za vlast' v rukovodstve SSSR v 1945-1952 godach*, in: *Voprosy istorii*, 1/1995, S. 23-29.

14 So auch Stein Bjornstad, *Soviet German policy and the Stalin note of 10 March 1952*, Hovedoppgave, University of Oslo, Department of History, Fall 1996, S. 8.

15 R.C. Raack, *Stalin Plans his Post-War Germany*, in: *Journal of Contemporary History*, 28 (1993), S. 64 f.

16 Vgl. etwa den Beitrag von Günter Wagenlehner am 13.2.1997 zu einem Fachgespräch in Bad Honnef, wiedergegeben in: Gerhard Wettig (Hrsg.), *Die sowjetische Deutschland-Politik in der Ära Adenauer*, 16. Rhöndorfer Gespräch, Bonn 1997, S. 78.

17 So auch S. Bjornstad, a. a. O., S. 8 f.

### *3. Das Sonderverhältnis zwischen der Besatzungsmacht und den kommunistischen Führungskadern in der SBZ*

Auch nachdem die Kommunistische Internationale (Komintern) mit Rücksicht auf die angelsächsischen Kriegsverbündeten 1943 offiziell aufgelöst worden war, verzichtete Stalin nicht auf die Möglichkeiten, die ihm die Existenz ergebener kommunistischer Parteien im Ausland bot. Deren Lenkung erfolgte seither durch neugebildete, den Blicken des Westens verborgene Dienststellen des sowjetischen ZK-Apparats, deren Personal einschließlich des Leiters Dimitrow aus der Komintern übernommen wurde. Die solcherart beibehaltene zweite Ebene der sowjetischen Außenpolitik, das Agieren mittels auswärtiger Kader, erhielt in der Folgezeit eine zuvor ungekannte Wichtigkeit: Die Rote Armee schickte sich an, weit über die Grenzen der UdSSR hinaus vorzudringen, und die Moskauer Führung bereitete ausländische Gefolgsleute, die sich in ihrem Land aufhielten, auf einen mit der militärischen Eroberung zu synchronisierenden politischen Einsatz in ihren jeweiligen Heimatländern vor. Von allem Anfang an ging es auf sowjetischer Seite nicht um eine Besetzung üblicher Art, bei der die Okkupationsmacht ihren Einfluß allein über ihre eigenen Organe und auf der Basis von Okkupationsrechten ausgeübt hätte. Vielmehr installierte der Kreml zugleich ergebene kommunistische Kader aus dem jeweiligen Land, die mittels einer auf Disziplin verpflichteten kommunistischen Partei dem sowjetischen Willen auf innerstaatlichem Wege Geltung verschaffen sollten.

Den für Deutschland bestimmten Kern bildeten KPD-Emigranten in Moskau, die seit langem Funktionen im sowjetischen Apparat innegehabt hatten und als zuverlässig bewährt waren. Zu dieser Gruppe kamen für Positionen nachgeordneter Wichtigkeit vorgesehene „antifaschistische“ Kader, die aus Wehrmachtsangehörigen in sowjetischem Gewahrsam ausgewählt und in Antifa-Schulen auf ihre Aufgabe vorbereitet wurden. Insgesamt handelte es sich um allerhöchstens 500 Personen, die im besiegten Deutschland die politischen Schaltstellen in den Behörden, Organisationen und Verbänden besetzen, die „proletarischen Kräfte“ zu einer schlagkräftigen Partei zusammenfassen und der Besatzungsmacht mannigfaltige Hilfsdienste leisten sollten.<sup>18</sup> Wenn im folgenden von den Kommunisten in der SBZ die Rede ist, handelt es sich faktisch um diese Herrschaftsgruppe und die von ihr später ausgewählten, formierten und disziplinierten Kader, deren Machtpositionen letztlich auf Einflüssen der Besatzungsmacht zurückgehen.

<sup>18</sup> Die Zahlenangaben über das aus der UdSSR eingeführte Personal schwanken zwischen 400 und 600. Darin sind auch Hilfskräfte – also nicht Schaltstellen einrückende Personen – enthalten. Vgl. näher den – derzeit in Vorbereitung befindlichen – Sammelband des Forschungsverbunds SED-Staat an der Freien Universität Berlin „Anatomie der Parteizentrale“. Unmittelbar bei Kriegsende wurden als oberster Führungskern 150 Kader aus Moskau in das besetzte Deutschland entsandt (Zur programmatischen Arbeit der KPD-Führung 1941-1945 [Einleitung], in: P. Erler/H. Laude/M. Wilke, a. a. O., S. 115).

Wie sehr die von der UdSSR ausgewählten und geschulten Funktionäre bereit waren, als Exekutoren des sowjetischen Willens tätig zu werden, zeigte sich schon vor dem Einsatz in Deutschland. Pieck, Ulbricht und andere KPD-Führer in Moskau erhielten Anfang 1944 den Auftrag, eine Planung für die Macht- und Systemverhältnisse in ihrer Heimat nach dem Krieg zu erstellen. Damit verbanden sich ins einzelne gehende Vorgaben des sowjetischen ZK-Apparats. Anschließend überwachte und lenkte Dimitrow als Leiter der zuständigen ZK-Abteilung die Beratungen der deutschen Genossen laufend durch Hinweise, die er dem KPD-Vorsitzenden in regelmäßigen Gesprächen gab. Nicht selten kamen auch Instruktionen von Stalin selbst.<sup>19</sup> Die Resultate dieser Bemühungen<sup>20</sup> und die abschließenden Weisungen des sowjetischen Führers an die KPD-Spitzenfunktionäre von Anfang Juni 1945<sup>21</sup> zielten darauf ab, die sowjetischen Ziele im besetzten Land weithin nicht direkt durch Eingriffe der Okkupationsmacht, sondern indirekt mittels Einschaltung beauftragter einheimischer Kader zu erreichen. Das sollte den Maßnahmen der UdSSR den Anschein autochthonen Ursprungs geben.

Als Grundlage für die Tätigkeit der an die Schaltstellen plazierten Kader wurde eine straffe, die Anstrengungen disziplinierende und zusammenfassende Parteiorganisation vorgesehen. Die sowjetische Seite und ihre Gefolgsleute betrachteten diese als unfehlbar wirksames Rezept des Machterwerbs und des Machterhalts,<sup>22</sup> das die angestrebte Überlegenheit gegenüber den jeweils nur locker organisierten, wechselseitig unkoordiniert agierenden Konkurrenten sicherte.<sup>23</sup> Dementsprechend war für Stalin die „ein[eitliche] Partei der Werktätigen“, die unter kommunistischer Führung stehen und mit kommunistischen Strukturen, etwa einem Zentralkomitee, ausgestattet sein würde, das A und O für die Entwicklung eines einheitlichen Deutschlands in seinem Sinne.<sup>24</sup> Die Verwirklichung dieses Konzepts erforderte, daß sich die KPD in ihrer Gesamtheit so einsetzen und leiten ließ, wie dies aus der Sicht des Kreml notwendig war.

Dafür bestanden denkbar günstige Voraussetzungen. Grundsätzlich galt in der KPD – so wie in den andere auswärtigen Parteien – die Unterordnung unter den Willen Moskaus als oberstes Gebot: Die UdSSR galt als das „Vaterland aller Werktätigen“, von dem das weitere Überleben und der angestrebte Sieg

19 Vgl. die Ausführungen von G. Keiderling, a. a. O., S. 26 f, sowie R.C.Raack, a. a. O., S. 55 f, 64 f, 69 f.

20 Siehe die einschlägigen Dokumente bei G. Keiderling, a. a. O., S. 104-235; P. Erler/H. Laude/M. Wilke, a. a. O., S. 124-335.

21 Pieck-Notizen über Gespräch bei Stalin am 4.6.1945, in: Rolf Badstübner/Wilfried Loth (Hrsg.), Wilhelm Pieck – Aufzeichnungen zur Deutschlandpolitik 1945-1953, Berlin 1994, S. 50-53; Zur programmatischen Arbeit, a. a. O., S. 120-123. Vgl. als Ergebnisse die Ausarbeitung der KPD-Führung, 9.6.1945, und den Aufruf des ZK der KPD, 11.6.1945, ebd., S. 387-397.

22 Stefan Kreuzberger, Die sowjetische Besatzungsmacht, a. a. O., S. 60 f.

23 Vgl. etwa Pieck vor dem I. Lehrgang der Parteischule in Moskau, 31.10.1944, in: P. Erler/H. Laude/M. Wilke, a. a. O., S. 269-289; Aktionsprogramm der kämpferischen Demokratie, Entwurf von Anton Ackermann Ende 1944, ebd., S. 291; Pieck vor der Parteischule in Moskau am 10.3.1945, in: G. Keiderling, a. a. O., S. 243.

24 Pieck-Notizen über Gespräch bei Stalin, 4.6.1945, in: R. Badstübner/W. Loth, a. a. O., S. 50.

des Sozialismus insgesamt abhingen. Demnach schuldeten die Kommunisten dem Sowjetstaat mehr als dem eigenen Land Loyalität. Stalin erschien als höchster Führer der um ihre „Befreiung“ ringenden Menschheit, an dessen Weisheit es keinen Zweifel gab. Die ideologisch-politische Parteinahme wurde verstärkt durch die Erkenntnis, daß man nur kraft Rückhalts am Kreml die gesteckten Ziele erreichen könne.<sup>25</sup> Überzeugung und Interesse zogen daher bei den Kommunisten generell die Neigung nach sich, der UdSSR ohne Wenn und Aber zu dienen. Je höher „Bewußtsein“ und Rang waren, desto mehr erschien der unbedingte Gehorsam gegenüber Moskau als entscheidendes Kriterium der Gesinnungstreue.<sup>26</sup>

Gleichwohl war Stalin in keiner Weise willens, sich auf die Loyalität der deutschen Kommunisten zu verlassen. Das kam aufgrund weder des ihm eigenen, oft bis ins Krankhafte gesteigerten Mißtrauens noch der von ihm geprägten Strukturen des sowjetischen Systems<sup>27</sup> in Betracht. Danach bedurfte, wer in verantwortliche Positionen eingesetzt wurde, auf jeden Fall ständiger Anleitung und Aufsicht. Das galt um so mehr, als die in Moskau auf die politische Arbeit in Deutschland vorbereiteten Kräfte das zwar für die allerwichtigsten Posten vorgesehene Personal, zahlenmäßig jedoch einen nur verschwindend kleinen Teil der insgesamt benötigten Kader bildeten. Die während der NS-Zeit in Deutschland verbliebenen KPD-Mitglieder galten selbst dann, wenn sie im Untergrund tätig gewesen waren, als ideologisch unreif und in besonderem Ausmaß irrtumsgefährdet. Zurückhaltend waren natürlich erst recht die künftigen Neuzugänge zu beurteilen, auf die man darüber hinaus noch angewiesen sein würde.

Vor diesem Hintergrund erschien es dem Kreml selbstverständlich, daß auch und gerade die KPD einer ins einzelne gehenden Lenkung und Überwachung bedurfte.<sup>28</sup> Bei der Einpflanzung des sowjetischen Willens in das politische

25 Die ostdeutsche Führung warb um die Gunst und das Vertrauen der sowjetischen Seite, weil sie sich dieser „auf Gedeih und Verderb“ verbunden sah, urteilt auch noch im Blick auf eine spätere Zeit Michael Lemke, *Die DDR und die deutsche Frage 1949-1955*, in: Wilfried Loth (Hrsg.), *Die deutsche Frage in der Nachkriegszeit*, Berlin 1994, S. 139.

26 Vgl. etwa KPD-Richtlinie, 5.4.1945, in: G. Keiderling, a. a. O., S. 260; Pieck vor der Antifa-Schule 27, 21.6.1945, ebd., S. 562, 564.

27 Vgl. etwa J.W. Stalin, *Werke*, a. a. O., Bd. 6, S. 71-78; Merle Fainsod, *How Russia is Ruled*, Cambridge/MA 1963. Siehe unter dem rückblickenden Gesichtspunkt der von Stalin mitgeprägten politischen Kultur in Rußland M.A. Smith, *Russia's State Tradition*, Conflict Studies Research Centre, Royal Military Academy of Sandhurst, E 78, June 1995; Gerhard Simon, *Politische Kultur in Rußland*, in: *Außenpolitik*, 3/1995, S. 242-252.

28 Die KPD/SED wurde auf allen Organisationsebenen u. a. vom sowjetischen Geheimdienst ständig überwacht und gesteuert; erst nach dem SMAD-Befehl Nr. 201 vom 16.8.1947 wurden der Partei minimale Freiräume zugebilligt (Peter Erler, *Zur Sicherheitspolitik der KPD/SED 1945-1949*, in: Siegfried Suckut/Walter Süß, Hrsg., *Staatspartei und Staatssicherheit. Zum Verhältnis von SED und MfS*, Berlin 1997, S. 78). Zum Ausmaß, in dem die Tätigkeit der SED auch nachher noch von der SMAD kontrolliert wurde, siehe u. a. die Niederschriften von W. Pieck, in: Rolf Badstübner/Wilfried Loth (Hrsg.), *Wilhelm Pieck – Aufzeichnungen zur Deutschlandpolitik 1945 – 1953*, Berlin 1994, S. 137-143, 147-151, 161-189.

Lebens des besetzten Landes durfte man kein Risiko eingehen.<sup>29</sup> Die ersten aus Moskau in ihr Ursprungsland zurückkehrenden Kader unterstanden den Sicherheitsdienststellen der Roten Armee und waren an deren Aufträge gebunden. Über die Entsendung aller weiteren Funktionäre entschied der Moskauer ZK-Apparat, der nicht nur die anfänglichen Instruktionen formulierte, sondern auch in der Folgezeit die dann normalerweise über die SMAD gegebenen Anleitungen festlegte. Als Grundlagen für die Eingriffe der Besatzungsmacht in die Angelegenheiten der deutschen Partei dienten die am 5. Juni 1945 übernommene Vollgewalt, die unbegrenzten Repressionsmöglichkeiten, die Lizenzierungskompetenz im Bereich des Organisations- und Informationswesens und die Verfügung über alle materiellen Ressourcen. Nicht allein jedwede öffentliche Tätigkeit, sondern weithin auch der Erhalt der nackten physischen Existenz hingen von Entscheidungen der Okkupationsbehörden ab.<sup>30</sup> Das Ausmaß der Abhängigkeit, in der sich die Führungskader der KPD/SED befanden, wird nicht zuletzt daran deutlich, daß Verbindungen zu den sowjetischen Dienststellen

die entscheidende Quelle der innerparteilichen Macht waren: Wer sich auf deren Votum berufen konnte, schaltete damit jeden denkbaren Widerspruch von vornherein aus. Ulbrichts zunehmende Herrschaft über den Ost-Berliner Zentralapparat beruhte auf seiner Fähigkeit, die Kontakte zur SMAD in dem von ihm geleiteten Sekretariat zunehmend zu monopolisieren.<sup>31</sup> Die sich herausbildende exklusive Verbindung war freilich nicht im Sinne der sowjetischen Seite, die sich von Anfang an bemühte, dem Parteisekretär, ungeachtet des diesem entgegengebrachten Vertrauens, einen potenten Rivalen zur Seite zu stellen.<sup>32</sup>

#### *4. Die kommunistischen Kader und die sowjetische Besatzungspolitik*

Die von der UdSSR installierten und auf vielfältige Weise gegenüber ihren innenpolitischen Konkurrenten begünstigten oder gar unter Anwendung von Zwang (die auch auf Bestellung erfolgen konnte) durchgesetzten Kader exekutierten die Umgestaltungsmaßnahmen in der SBZ. Die deutschen Gefolgsleute der östlichen Besatzungsmacht leiteten für ihre Auftraggeber Maßnahmen ein, für welche die Begründung nützlich schien, daß die Sache von der deutschen Seite gewollt werde. Die UdSSR unterstützte demnach nur eine ein-

29 Vgl. etwa die bei G. Keiderling, a. a. O., S. 318-321, 348-351, 359 f, 374, 376 f, 385-389, 401, wiedergegebenen Dokumente sowie Thomas Friedrich, Antworten auf die Fragen Stalins 1948, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 3/1991, S. 364.

30 Vgl. Hermann Weber, Zum Transformationsprozeß des Parteiensystems, in: Hermann Weber (Hrsg.), Parteiensystem zwischen Demokratie und Volksdemokratie. Dokumente und Materialien zum Funktionswandel der Parteien und Massenorganisationen in der SBZ/DDR 1945-1950, Köln 1982, S. 38-40.

31 Hierzu u. a. P. Erler, Zur Sicherheitspolitik, a. a. O., S. 80 f.

32 Michael Kubina, „In einer solchen Form, die nicht erkennen läßt, worum es sich handelt...“ Zu den Anfängen der parteieigenen Geheim- und Sicherheitsapparate der KPD/SED nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Internationale Wissenschaftliche Korrespondenz, 3/1996, S. 344.

heimische „demokratische“ Initiative. Die Fiktion, man habe sich lediglich mit deutschem Bestreben einverstanden erklärt, erschien insbesondere dann zweckmäßig, wenn es sich um grundlegende Maßnahmen von gesamtdeutscher Relevanz handelte, bei denen eine vorausgehende Einigung mit den westlichen Okkupationspartnern notwendig gewesen wäre. Es hieß dann, dem Vorbild im Osten müßten auch die Westzonen folgen, denn daß dort das „Volk“ dasselbe wolle, galt von vornherein als ausgemacht. Zugleich berief sich der Kreml seit Mitte 1946 gegenüber Washington und London darauf, daß das Vorgehen in der SBZ angeblich dem Inhalt der interalliierten Vereinbarungen von 1945, vor allem des Potsdamer Abkommens, entsprach. Der überwiegend widerwillig reagierenden ostdeutschen Bevölkerung hielt man vor, sie selbst habe durch ihre Repräsentanten die Veränderungen gewollt und eingeleitet.<sup>33</sup>

In den Anfangsjahren, als sich die UdSSR formell zum Prinzip der Vier-Mächte-Kooperation in Deutschland bekannte, galt es vor allem, die unterlassene Befassung des Kontrollrats zu begründen. Dabei sorgte das damit verbundene Verlangen, auch den Westzonen müsse die Freiheit zu „demokratischer“ Umgestaltung gewährt werden, für deutliche Polemik gegen den Westen. Nach dem offenen Ausbruch des Kalten Krieges Mitte 1947 verschärfte sich die Auseinandersetzung. Von da an ging es dem Kreml unzweideutig darum, über die eingeschaltete SED an die deutsche Bevölkerung im Westen zu appellieren, sich gegen das Besatzungsregime der Westmächte zu wenden.

Die deutschen Kader leisteten mithin ihren sowjetischen Protektoren wichtige Dienste als Gegenleistung dafür, daß sie von diesen in maßgebliche Positionen plaziert worden waren. Das läßt nicht nur sie auf die Unterstützung der UdSSR, sondern umgekehrt auch diese auf ihre Hilfe angewiesen erscheinen. Die Besatzungsmacht brauchte zur Durchführung ihrer Politik die einheimischen Helfershelfer ebenso sehr, wie diese ihre Stellung nur über die Besatzungsbehörden erlangen und sichern konnten. Vor allem auf der innerdeutschen Ebene bedurften die Bemühungen des Kreml unbedingt der Einschaltung einheimischer Gefolgsleute, die dessen Willen zu ihrem eigenen machten und dessen Initiativen als angeblich eigenes Bestreben zur Geltung brachten. Das Unterordnungsverhältnis, in dem sich die deutschen Kommunisten gegenüber der UdSSR befanden, ließ aber aus der Situation wechselseitigen Aufeinander-Angewiesenseins keine Interdependenz erwachsen: Der Umgang miteinander war, ungeachtet einer symbiotischen Interessenlage, von einseitiger Abhängigkeit bestimmt.<sup>34</sup> Vor der Wiedergründung der KPD instruierte Stalin

33 Die Besatzungsmacht hielt es für ihren Interessen sehr abträglich, wenn Äußerungen ihrer SED-Partner den Schluß erlaubten, daß deren angebliche Eigenpolitik in Wirklichkeit auf sowjetische Veranlassung zurückging. Während Ulbrichts Schweigsamkeit außerhalb jedes Zweifels stand, war der Parteivorsitzende Pieck gelegentlich weniger diskret und sah sich daher wiederholt Kritik von seiten der SMAD ausgesetzt (ebd. S. 80; Alexandr Haritonow, Unter Aufsicht. SMAD und SED in Berlin 1946, in: Deutschland Archiv, 6/1996, S. 902).

34 In diesem Sinne ist auch noch im Blick auf eine spätere Zeitspanne von einem Interdepenzverhältnis gesprochen worden, das „zwar ungleichförmig, aber nicht einseitig“ gewesen sei (Michael Lemke,

deren Führer, wie ihre Partei zu organisieren sei und wer welche Positionen wahrzunehmen habe.<sup>35</sup> Auch die weitere Tätigkeit der Kommunisten wurde nicht weniger, sondern – angesichts der den ihren Kadern eingeräumten besonderen Machtstellung in der SBZ – sogar noch stärker kontrolliert als die Aktivität der politischen Konkurrenz.

Das Unterordnungsverhältnis wurde noch vergrößert durch die internationalistischen Pflichten, welche die KPD im Unterschied zu den anderen Parteien gegenüber der UdSSR hatte. Den Vertretern der SMAD, die bei allen internen Sitzungen und öffentlichen Veranstaltungen präsent waren, wurden alle Dokumente zur vorherigen Billigung vorgelegt. In der Regel reagierte die sowjetische Seite mit ausführlichen Kommentaren und Korrekturen.<sup>36</sup> Die sowjetischen Einflußnahmen betrafen ebenso Sach- wie Personalfragen und erstreckten sich auf alles und jedes. In wichtigeren Fällen wurden die zuständigen Moskauer Stellen eingeschaltet; an entscheidenden Wegemarken sprach Stalin selbst mit den Ost-Berliner Spitzenfunktionären.<sup>37</sup> Oft ging die Initiative zur Behandlung eines bestimmten Themas von den Vertretern der Besatzungsbehörden aus, die dann meist die Form des Vortrags in engem Kreise,<sup>38</sup> der scheinbaren bloßen Sachunterrichtung<sup>39</sup> oder des persönlichen Gesprächs<sup>40</sup> wählten.

Ein Stellvertreter Tjulpanows schilderte einer Moskauer Kommission mit großer Genauigkeit, wie seine Behörde die Verantwortlichen der KPD/SED zur Umsetzung erteilter Weisungen in scheinbare Eigenbeschlüsse veranlaßte. Demnach wandte sich der zuständige Mitarbeiter an die ostdeutsche Parteiführung mit der Erklärung, „daß wir eine Meinung haben,“ und fügte hinzu, es

Die deutschlandpolitischen Handlungsspielräume der SED innerhalb der sowjetischen Deutschlandpolitik der Jahre 1949-1955, in: Gustav Schmidt, Hrsg., Ost-West-Beziehungen. Konfrontation und Détente 1945-1989, Bd. 2, Bochum 1993, S. 308).

- 35 Pieck-Notizen über Stalins Besprechung mit den Führern der KPD am 4.6.1945, in: R. Badstübner/W. Loth, a. a. O., S. 51 f.
- 36 Als Beispiele siehe Piecks Notizen über die Vorbereitung des II. Parteitags der SED vom Frühherbst 1947, in: Rolf Badstübner/Wilfried Loth (Hrsg.), Wilhelm Pieck – Aufzeichnungen zur Deutschlandpolitik 1945-1953, Berlin 1994, S. 131-134, 137-143, 147 ff; S. Tjulpanow an M. Suslow [Auszug], 27.9.1947, in: B. Bonveč/G. Bordjugov/N. Nejmark, a. a. O., S. 87-95.
- 37 So beispielsweise vor Proklamation der DDR, siehe die mit der Moskau-Reise vom 16.-28.9.1949 zusammenhängenden Vorlagen und Notizen aus dem Nachlaß Piecks, ebd., S. 302-309. Das Gespräch wurde intensiv vorbereitet: Auf Fragen aus Moskau hin formulierte die SED-Führung ein Antwortpapier (ebd., S. 293-297/Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“, B 5/91, 25.1.1991, S. 10-12), dem Ausführungen über Fragen hinzugefügt wurden, in denen man die „Meinung des Genossen Stalin“ erbat (R. Badstübner/W. Loth, a. a. O., S. 297-302; gekürzt wiedergegebene und teilweise anderslautende Fassung in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“, B 5/91, 25.1.1991, S. 12-14). Die nach dem Moskau-Besuch formulierten „Vorschläge des Politbüros an den PV“ (ebd., S. 14-16) sind, wie neben dem Zeitpunkt auch einige Passagen des Textes vermuten lassen, das Ergebnis der vorangegangenen Gespräche mit Stalin und anderen sowjetischen Politikern.
- 38 Vgl. z. B. Vortrag Tjulpanow, 8.5.1948, in: R. Badstübner/W. Loth, a. a. O., S. 216-226.
- 39 Vgl. z. B. Serows Mitteilung über die innere Lage in der SBZ, 7.8.1946, ebd., S. 77-79; Russkischs Information über die Organisationsprinzipien und die Arbeitsweise der KPdSU, 3.11.1948, ebd., S. 242 ff; Information Suslows über den gleichen Gegenstand, 28.1.1949, ebd., S. 274 f.
- 40 Vgl. z. B. Besprechung bei Marschall Bokow, 23.1946, ebd., S. 63-65.

„wäre gut“, wenn die Partei ihren Standpunkt zu der betreffenden Frage darlegen würde. Nach der dann folgenden Zustimmung und der Rückfrage nach näheren sachdienlichen Überlegungen betonte er, es handele sich um bloße Erwägungen und nicht etwa um einen Befehl, und holte dann einen bereits formulierten Text hervor, der dem Gesprächspartner zur Verfügung gestellt wurde. Dieser gab daraufhin seinen Mitarbeitern einen entsprechenden Auftrag, dessen Ausführung neben den vorliegenden schriftlichen Formulierungen noch mündliche Erläuterungen zugrunde gelegt wurden, die der Vertreter der Besatzungsmacht hinzufügte. Zum festgesetzten baldigen Termin nahm die sowjetische Seite das Ergebnis des ostdeutschen Bemühens im Empfang und unterzog es gründlicher Durchsicht und Korrektur. Wie der Kommission ausdrücklich versichert wurde, bereitete Tjulpanows Verwaltung auf diese Weise „so gut wie alle“ Dokumente der KPD/SED vor; alle vom ostdeutschen Parteiapparat gefertigten Beschlüsse und Stellungnahmen würden durchgesehen; alle dazu gemachten Bemerkungen würden eingearbeitet. Es gebe daher „keine Dokumente [der ostdeutschen Partei], die wir nicht verfaßt und zur Gänze gebilligt hätten.“<sup>41</sup> Als einmal in einem Ausnahmefall eine Ausarbeitung auf direktem Wege zwischen Ulbricht und Bokow in dessen Eigenschaft als Stellvertreter des SMAD-Chefs und Mitglied des Militärrats in Moskau besprochen worden war, nahm Tjulpanow nachträglich Einsicht und veranlaßte ausführliche Änderungen.<sup>42</sup>

Die Tatsache, daß die UdSSR den ostdeutschen Kommunisten als Inhaber besatzungsrechtlicher Vollgewalt gegenübertrat und ihnen nicht einmal die geringe Selbständigkeit der osteuropäischen Genossen zubilligte, trat anläßlich der Kominform-Gründungstagung vom September 1947 offen zutage: Die SED wurde nicht eingeladen und erfuhr erst hinterher aus den amtlichen Verlautbarungen von der Veranstaltung. Als sich die Führer der ostdeutschen Kommunisten mehr als ein Jahr später dazu entschlossen, in Moskau um Aufnahme nachzusuchen,<sup>43</sup> lehnte Stalin ihr Begehren als „verfrüht“ ab.<sup>44</sup> Schon Ende 1946 war Ulbricht in Moskau mit der – indirekt geäußerten – Anregung gescheitert, die Besatzungsmacht könne den ostdeutschen Kadern angesichts der von ihnen erfolgreich vorangetriebenen sozialistischen Umgestaltung die ökonomischen Entscheidungen überlassen und sich auf die Ausübung von Kontrollfunktionen in diesem Bereich beschränken.<sup>45</sup>

Es war nicht unproblematisch, die KPD/SED in deutlicher Abhängigkeit zu halten. Die politische Wirksamkeit der Partei nahm erheblichen Schaden durch

41 Ausführungen von Major Nasarow (einem der Stellvertreter Tjulpanows), Wortprotokoll der Sitzung der Kommission des ZK der Allrussischen KP zur Überprüfung der SMAD-Verwaltung für Propaganda [Auszug], 19.9.1946, in: B. Bonveč/G. Bordjugov/N. Nejmark, a. a. O., S. 182 f.

42 Ausführungen von S. Tjulpanow, ebd., S. 178 f.

43 Antwort der SED-Führung auf Fragen aus Moskau in Vorbereitung eines Gesprächs mit Stalin, Dezember 1948, wiedergegeben ebd., S. 253.

44 Siegfried Suckut, Zur Vorgeschichte der DDR-Gründung, in: Die Deutschlandfrage von Jalta und Potsdam bis zur staatlichen Teilung Deutschlands 1949. Studien zur Deutschlandfrage Bd. 12, Berlin 1993, S. 123.

45 J. Foitzik, Die SMAD, a. a. O., S. 48 f.

den sich verbreitenden Eindruck, daß sie ein willfähiges Instrument der – höchst unpopulären – UdSSR sei.<sup>46</sup> Ende 1946 erkannten maßgebliche SMAD-Funktionäre, daß der Ruf einer „Russenpartei“ zunehmend die Fähigkeit der ostdeutschen Genossen in Frage stellte, der Politik Moskaus in Deutschland auf die vorgesehene Weise Hilfestellung zu leisten. Nach ihrer Ansicht galt es darum, sichtbar vermehrte Handlungsspielräume zu schaffen, wollte man nicht riskieren, daß die Verfechter der eigenen Sache bei Ende der sowjetischen Besetzung hinweggefegt wurden.<sup>47</sup> Diese Warnung blieb jedoch weithin unberücksichtigt. Der Oberste Chef der SMAD wies zwar die ihm nachgeordneten Behörden an, den Umfang ihrer Interventionen in der SED einzuschränken und mit deren kleinlicher Bevormundung Schluß zu machen,<sup>48</sup> aber die ostdeutschen Kommunisten erhielten keine erweiterten politischen Freiräume oder gar eine Behandlung, die nicht länger von den Prämissen der Okkupationsgewalt bestimmt gewesen wäre. Die innenpolitische Lage der SED wurde nur dadurch etwas erleichtert, daß ihre Propaganda eine Zeit lang von einigen besonders unpopulären Punkten wie der Anerkennung der Oder-Neiße-Linie entlastet wurde.

Beliebtheit und Ansehen der ostdeutschen Kommunisten bei der Bevölkerung litten nicht zuletzt auch dadurch, daß sie sich im allgemeinen gleichgültig zeigte sowohl gegenüber den schlimmen Ausschreitungen, die sich die Rote Armee im Lande zuschulden kommen ließ,<sup>49</sup> als auch im Blick auf das Vorgehen der sowjetischen Sicherheitsapparate, die willkürlich Verhaftungen vornahmen, die Festgenommenen unter miserablen Bedingungen in Sonderlagern gefangen hielten und den Angehörigen oft genug jede Auskunft verweigerten.<sup>50</sup> Die maßgeblichen Spitzenfunktionäre bemühten sich im Interesse der Besatzungsmacht nach Kräften, jede öffentliche Artikulation zu verhindern, die Existenz eines Problems in Abrede zu stellen und, soweit sich dies als nicht möglich erwies, die Sache wenigstens zu bagatellisieren. Es bedurfte einer langen Zeit, bis sie dessen inne wurden, daß sie sich und auch den sowjetischen „Freunden“ auf diese Weise schweren Schaden zufügten, und daraufhin zaghaft begannen, bei der SMAD mit Bitten um Entgegenkommen vorstellig zu werden.<sup>51</sup>

46 Hierzu näher Harold Hurwitz, Die Stalinisierung der SED. Zum Verlust von Freiräumen und sozialdemokratischer Identität in den Vorständen 1946-1949, Opladen 1997, S. 90 f.

47 D.N. Filippovych, a. a. O., S. 57 [aufgrund von GARF-Akten]. Zum politischen Kontext siehe S. Kreuzberger, Die sowjetische Besatzungsmacht, a. a. O., S. 44-110.

48 D.N. Filippovych, a. a. O., S. 58.

49 Hierzu im einzelnen Norman M. Naimark, The Russians in Germany. A History of the Soviet Zone of Occupation, 1945-1949, Cambridge/MA 1995, S. 69-140.

50 Hierzu näher Klaus-Dieter Müller, „Wir dachten, der Krieg ist vorbei...“, in: Deutschland Archiv, 3/1997, S. 412-416.

51 Peter Erler, Zur Sicherheitspolitik der KPD/SED 1945-1949, in: Siegfried Suckut/Walter Süß (Hrsg.), Staatspartei und Staatssicherheit. Zum Verhältnis zwischen SED und MfS, Berlin 1997, S. 78 ff; Alexei Filitov, The Soviet Administrators and Their German „Friends“, in: Norman Naimark/Leonid Gibianski (Hrsg.), The Establishment of Communist Regimes in Eastern Europe, 1944-1949, Boulder/CO 1997, S. 113-116.

Eine Quelle ständiger Irritation auch für die Führung der KPD/SED (die das freilich nach außen hin nicht zu erkennen gab)<sup>52</sup> waren die – vor allem durch Reparations- und Ernährungsinteressen der UdSSR bedingten – Eingriffe in das wirtschaftliche Geschehen, die immer wieder alle Dispositionen über den Haufen warfen und die ohnehin schwierige Versorgungslage kritisch zuspitzten.<sup>53</sup> Die nach sowjetischem Gutdünken vorgenommenen Demontagen wirkten sich vor allem im Winter 1945/46 verheerend. Die Probleme, die dies für die sowjetische Position in Deutschland nach sich zog, veranlaßten – zusammen mit der Einsicht in den begrenzten Wert der durch den Abbau von Industriebetrieben gewonnenen Güter und Erwägungen des Verhältnisses zu den angelsächsischen Mächten – den Kreml zu einer Änderung der Herangehensweise. Er ging dazu über, seine Reparationsforderungen fortan überwiegend aus der laufenden Produktion zu befriedigen. Dazu wurden 1946 die interessant erscheinenden Betriebe in sowjetisches Eigentum überführt und – bei vorrangigem Zugriff auf die Ressourcen der SBZ – auf Befriedigung von Bedürfnissen der UdSSR programmiert.<sup>54</sup>

Ungeachtet der vom Kreml und den deutschen Kommunisten gleichermaßen vertretenen Auffassung, daß die sowjetische Politik in jedem Falle den Interessen aller „demokratischen“ und „fortschrittlichen“ Kräften diene, entstanden bereits in der frühen Nachkriegszeit zuweilen Differenzen. Im Gespräch mit den SED-Führern erklärte es Stalin am 31. Januar 1947 für notwendig, die SPD in der SBZ wieder zuzulassen. Er hoffte, die Westmächte damit zu einer Lizenzierung der SED bewegen zu können, die er als entscheidende Voraussetzung für den Erfolg seiner Politik ansah. Pieck, Ulbricht, Grotewohl und Fechner äußerten Bedenken. Augenscheinlich fürchteten sie, daß die SMAD außerstande sein werde, die politische Wirksamkeit der Sozialdemokraten hinreichend zu begrenzen. Der Diktator hatte für diese Sorgen kein Ohr und bestimmte, daß seiner Vorstellung zu entsprechen sei. Damit war die Diskussion zu Ende, bevor mit ihr überhaupt begonnen worden war.<sup>55</sup>

Daß im vorliegenden Falle überhaupt Einwände erhoben wurden, war ungewöhnlich. Erlauben konnten sich dies nur Personen, die sich des Moskauer Vertrauens sicher sein konnten.<sup>56</sup> Von deren Seite aber war, wie es scheint,

52 Vgl. u. a. ebd., S. 116.

53 Rainer Karlsch, *Allein bezahlt? Die Reparationsleistungen der SBZ/DDR 1945-53*, Berlin 1993, S. 68-70, 104-107.

54 Ebd., S. 64-66, 99-102, 110-112; Jochen Laufer, *Die sowjetische Reparationspolitik 1946 und das Problem der alliierten Kooperationsfähigkeit*, in: Gustav Schmidt (Hrsg.), *Ost-West-Beziehungen. Konfrontation und Détente 1945-1989*, Bd. III, Bochum 1995, S. 55-62; Vladimir Rudolph, *The Administrative Organization of Soviet Control, 1945-1948*, in: Robert Slusser, *Soviet Economic Policy in Postwar Germany*, New York 1950, S. 41-47, 52-57.

55 Zapis' I.V. Stalina s rukovoditeljami SEPG [Protokollniederschrift der sowjetischen Seite], in: *Istori eskij archiv*, 4/1994, S. 38 f. Wenn sich gleichwohl die vorgesehene Wiederzulassung der SPD in der SBZ niemals konkretisierte, so ist dies allem Anschein nach auf eine absolute Verweigerung der geforderten Gegenleistung durch London und Washington zurückzuführen.

56 Das galt insbesondere für Ulbricht, der nachweislich auch sonst in einigen Fällen auf vorsichtige Weise abweichende Auffassungen artikuliert (siehe beispielsweise Jochen Laufer, *Ursprünge des Überwachungsstaates in Ostdeutschland*, in: Bernd Florath/Armin Mitter/Stefan Wolle, Hrsg., *Die*

dem Kreml die Artikulation abweichender Ansichten willkommen, wenn sie hinter verschlossenen Türen stattfand und vom Geist des Vertrauens in die höhere Weisheit Stalins getragen war. Die sowjetischen Führer erhielten dadurch die Möglichkeit zu erfahren, wie die auswärtigen Gefolgschaften die Lage vor Ort und die daraus resultierenden Optionen beurteilten, und auf diese Weise die Informationsbasis für ihre Entscheidungen zu erweitern. Nach den Spielregeln des „demokratischen Zentralismus“ verstand es dabei von selbst, daß von den vorgetragenen Erwägungen keine Rede mehr sein durfte, sobald der Kreml abschließend sein Wort gesprochen hatte.

Nach dem Zeugnis Chruschtschows sah die Stalin-Führung auch im Falle von Ländern, die nicht so wie die SBZ einem Besatzungsregime unterworfen waren, völlige Unterordnung als unerläßlichen Freundschaftsbeweis an.<sup>57</sup> Die Kader der KPD/SED waren fraglos zu bedingungslosem Gehorsam bereit, hatten aber gleichwohl dabei manchmal Schwierigkeiten – wenn nämlich rechtzeitige Instruktionen ausblieben. Damit entstand für sie eine heikle Situation, denn der sowjetische Führer reagierte empfindlich nicht allein dann, wenn erteilte Befehle mißachtet wurden. Er wurde auch dann argwöhnisch, wenn jemand mangels Instruktion von sich aus zu handeln genötigt gewesen war.<sup>58</sup> Diese Einstellung prägte die gesamte Hierarchie der UdSSR – mit der Folge, daß allerorten die nachgeordneten Dienststellen auch bei dringendem Handlungsbedarf zu Abwarten neigten. Die mit der sonstigen Resolutheit kontrastierende gelegentliche Unentschiedenheit der SMAD hat hier ihre Ursache. Wie dringlich das Handeln immer sein mochte, so setzte sich doch, wer ohne Weisung von oben tätig wurde, stets einem hohen Risiko aus.

Das Sonderverhältnis zwischen der UdSSR und den Führungskadern der KPD/SED zog eine Implikation nach sich, die dem Vier-Mächte-Konsens widersprach: Das deutsche Parteienwesen wurde nicht zum Übungsfeld demokratischer Selbstverwaltung, sondern einer ins einzelne gehenden Entscheidung seitens der Besatzungsmacht unterworfen. Der unbedingte Vorrang, den die Siegerstaaten am 5. Juni 1945 in dem besiegten Land für die Durchsetzung ihres Willen beansprucht hatten, war von westlicher Seite nicht als Ermächtigung gedacht gewesen, eine der deutschen Parteien zum ausführenden Instrument des Okkupantenwillens zu machen und die so an sich gebundene deutsche Seite mittels Begünstigung wie Erzwingung in den Besitz der entscheidenden innenpolitischen Machtpositionen zu setzen, ohne daß dabei Rücksicht auf die Präferenzen der Bevölkerung genommen wurde. Das sowjetische Vor-

Ohnmacht der Allmächtigen, Berlin 1992, S. 149 f. Ihm – wie auch einigen anderen Spitzenfunktionären der KPD/SED – dürfte zugute gekommen sein, daß ihn mit seinen SMAD-Partnern aufgrund früherer gemeinsamer Komintern-Tätigkeit, bei der nicht selten die Unterstellungsverhältnisse umgekehrt gewesen waren, eine „mafiaähnliche Connection“ verband (so Alexei M. Filitov, *The Soviet Administrators and Their German „Friends“*. Referat auf der Konferenz „The Establishment of Communist Regimes in Eastern Europe 1945-1950: A Reassessment“, Moskau, 29.-31.3.1994, zitiert nach: I. Foitzik, Inventar, a. a. O., S. 52).

57 John Lewis Gaddis, *We Now Know. Rethinking Cold War History*, Oxford 1997, S. 31.

58 Ebd., S. 40.

gehen hatte weitreichende Folgewirkungen: Es bevorrechtigte nicht nur die deutschen Kommunisten gegenüber den anderen Parteien des Landes, sondern zielte darauf ab, das Besatzungsregime auch nach dessen späterem Ende durch einheimische Mittelsleute indirekt fortzusetzen. Eine solche Internalisierung und Permanierung aufgenötigter Fremdbestimmung widersprach – sowohl grundsätzlich als auch angesichts des Diktatur-Charakters des sowjetischen Systems – dem Konzept des Westens, das längerfristig auf demokratische Emanzipation des besiegten Landes durch allmähliche Wiederherstellung von dessen Selbstbestimmung ausgerichtet war.

### *5. Grundlegende Entscheidungen 1945/46*

Das zwar asymmetrische, aber wechselseitig uneingeschränkt bejahte Zusammenspiel von sowjetischer Besatzungsmacht und kommunistischer Partei bildete den Rahmen für die Umgestaltungspolitik, die sogleich in der SBZ einsetzte. Der erste Schritt auf diesem Wege war die Bodenreform. Die Führer der KPD waren Anfang Juni 1945 aufgrund der Weisungen, die sie gerade von Stalin und vom dortigen ZK-Apparat empfangen hatten, zunächst nicht auf baldige gesellschaftsverändernde Maßnahmen gefaßt. Aus dem in Moskau ausgearbeiteten Dokument, mit dem sie am 11. Juni im Namen ihrer Partei an die Öffentlichkeit appellierten,<sup>59</sup> schien der Auftrag hervorzugehen, bis auf weiteres keine über die hergebrachte bürgerliche Ordnung hinausführende Initiativen zu starten. Sie warnten daher vor radikal-sozialistischen Experimenten und waren sehr überrascht, als sie wenig später mit der Forderung nach einer sofortigen Bodenreform konfrontiert wurden, deren Umfang zudem über die Langzeitplanungen des Vorjahres hinausging.<sup>60</sup>

Ulbricht und die SMAD bemühten sich daraufhin, auf dem Lande eine „spontane“ Enteignungsbewegung einzuleiten. Sie kamen aber im Juli zu dem Schluß, daß sich der angestrebte Erfolg so nicht erzielen lasse, und entschieden sich daher für ein administratives Vorgehen. Die Maßnahmen wurden parallel im Parteisekretariat und von der SMAD ausgearbeitet; die Entwürfe gingen, wie es genereller Praxis in solchen Fällen entsprach, nach Moskau zur abschließenden Beurteilung. Der Wichtigkeit der Angelegenheit gemäß, befaßte sich Stalin persönlich damit. Die grundlegende Entscheidung, daß alle Besitzer von mehr als 100 ha Land zu enteignen seien, geht allem Anschein direkt auf sein Votum zurück. Semjonow zufolge, legte der oberste Führer der UdSSR den KPD-Spitzenfunktionären in einem Gespräch dar, was er von ihnen erwartete. Anschließend formulierte die sowjetische Seite den genauen Geset-

59 Text: P. Erler/H. Laude/M. Wilke, a. a. O., S. 387-397.

60 Jochen Laufer, Die UdSSR und die Einleitung der Bodenreform in der Sowjetischen Besatzungszone, in: Arnd Bauernkämper (Hrsg.), „Junkerland in Bauernhand“?, Durchführung, Auswirkungen und Stellenwert der Bodenreform in der Sowjetischen Besatzungszone, Beiheft 20 zu den Historischen Mitteilungen der Ranke-Gesellschaft, Stuttgart 1996, S. 22 f.

zestext, der Stalin zur Billigung unterbreitet wurde. In der zweiten Augusthälfte erhielt die KPD-Zentrale das Ergebnis. Sie mußte, ungeachtet starker Bedenken etwa Piecks gegen ein überstürztes Vorgehen, mit der Durchführung der Maßnahme sofort beginnen.<sup>61</sup> Während des gesamten Entscheidungsprozesses legte die sowjetische Seite außerordentlichen Wert darauf, der Bodenreform nach außen hin den Anschein einer deutschen Initiative zu geben, die von der Besatzungsmacht lediglich hinterher akzeptiert worden sei.<sup>62</sup>

Von Anfang an war die Einflußnahme auf das Parteiensystem ein zentrales Bestreben der sowjetischen Führung. Daher verfolgte die Behörde Tjulpanows „ständig die Prozesse, die in den zugelassenen politischen Parteien stattfanden, und wirkte aktiv auf sie ein, wobei sie von der Konzeption ausging, die vom ZK der Allrussischen Kommunistischen Partei (B) gebilligt worden war, von wo sie alle notwendigen Anweisungen erhielt.“<sup>63</sup> Es ging vor allem darum, den Kommunisten die beherrschende Rolle zu sichern. Diesem Zweck dienten – neben der Dekretierung des bereits erwähnten „Blocks der antifaschistisch-demokratischen Parteien“ – vielfältige administrative Einwirkungen, die jeweils auf Förderung der Aktivitäten von KPD bzw. SED und auf Hemmung oder gar Unterbindung nicht-kommunistischer Parteiarbeit hinausliefen. Die Manipulationen und Eingriffe erreichten ihren Höhepunkt bei den Wahlen vom Herbst 1946.<sup>64</sup> Als das Ergebnis trotzdem nicht zur Zufriedenheit der Besatzungsmacht ausfiel, stufte die SMAD die Bedeutung der gewählten Gremien herab und verlagerte Funktionen von diesen auf neue scheinparlamentarische Institutionen, in denen sich der kommunistische Führungsanspruch besser durchsetzen ließ. Die Vertreter der Okkupationsbehörden waren allgegenwärtig und nahmen bei wichtig erscheinenden Fragen entscheidenden Einfluß.<sup>65</sup>

Der Kernpunkt der Moskauer Planungen für Nachkriegsdeutschland war eine kommunistische Kampf- und Kaderpartei gewesen, die nach dem Vorbild der KPdSU die führende Rolle übernehmen und gleichzeitig eine „Massenpartei des werktätigen Volkes“ sein und disziplinierte „innere Geschlossenheit“ aufweisen sollte.<sup>66</sup> Die vorgesehene breite Gefolgschaft dachte man durch „Wie-

61 Ebd., S. 23-30; Arnd Bauernkämper, Amerikanisierung und Sowjetisierung in der Landwirtschaft. Zum Einfluß der Hegemonialmächte auf die deutsche Agrarpolitik von 1945 bis zu den frühen sechziger Jahren, in: Konrad Jarausch/Hannes Siegrist (Hrsg.), Amerikanisierung und Sowjetisierung in Deutschland 1945-1970, Frankfurt/Main – New York 1997, S. 198 ff; Wladimir S. Semjonow, Von Stalin bis Gorbatschow. Ein halbes Jahrhundert in diplomatischer Mission, Berlin 1995, S. 235-238.

62 Sogar in internen Berichten wurde mitunter behauptet, die Bodenreform sei ohne Mitwirkung der SMAD eingeleitet und durchgeführt worden (Vgl. D.N. Filippowich, a. a. O., S. 59f).

63 M.I. Semirjaga, Kak, a. a. O., S. 53.

64 S. Creuzberger, Die sowjetische Besatzungsmacht, a. a. O., S. 44-98. In führenden sowjetischen Besatzungskreisen war man sich dessen bewußt, daß „ein beträchtlicher Prozentsatz“ der für die SED abgegebenen Stimmen nicht auf Sympathien für diese Partei, sondern auf die Bemühungen der SMAD zurückzuführen waren (D.N. Filippowich, a. a. O., S. 56).

65 S. Creuzberger, Die sowjetische Besatzungsmacht, a. a. O., S. 111-176.

66 Aktionsprogramm des Blocks der kämpferischen Demokratie (Letztfassung), 21.10.1944, in: G. Keiderling, a. a. O., S. 131/P. Erler/H.Laude/M. Wilke, a. a. O., S. 266; Ausführungen von W. Pieck über Organisationsfragen vor dem ersten Lehrgang der KPD-Parteischule bei Moskau, 31.10.1944, ebd., S. 272-280.

derherstellung der Einheit der Arbeiterklasse“, d. h. durch Zusammenschluß von KPD und SPD, zu gewinnen. Um nicht von der geforderten leninistischen Struktur unter sozialdemokratischem Einfluß abgehen zu müssen, wurde eine längere Vorbereitungszeit ins Auge gefaßt, während der die Voraussetzungen für eine „richtige“ Art der Vereinigung zu schaffen waren.<sup>67</sup> Daher bremsten die Besatzungsmacht und die Führer der KPD den Eifer, als bei Kommunisten wie Sozialdemokraten spontane Bestrebungen zur Bildung einer einheitlichen Arbeiterpartei hervortraten: Mehr als eine „Aktionseinheit“ durfte es vorerst nicht geben.<sup>68</sup>

Dieses Vorgehen beruhte auf der Erwartung, daß die KPD zur stärkeren Partei werden würde und daher der SPD anschließend die Bedingungen des Zusammenschlusses vorschreiben könne. Dann aber fanden nicht die Kommunisten, sondern die Sozialdemokraten in der Bevölkerung den größeren Anklang. Die KPD geriet, ungeachtet der ihr von der Besatzungsmacht eingeräumten Machtpositionen und Wettbewerbsvorteile, zunehmend in die Hinterhand. Zugleich konfrontierte die SPD die KPD mit dem Anspruch, ihr müsse statt dieser die Führung gehören. Im Oktober 1945 kam Tjulpanow nach seinem internen Bekunden zu dem Schluß, daß angesichts dieser Entwicklung die für später vorgesehene Vereinigung beider Parteien rasch herbeizuführen sei. Andernfalls hätten die Kommunisten als die Vertreter des sowjetischen Interesses bei den künftigen Wahlen mit einer Niederlage zu rechnen.<sup>69</sup>

Der SMAD-Funktionär legte die Situation in einem Dokument dar, das zunächst vom Militärrat in Moskau und anschließend auch von Stalin gebilligt wurde. Der Beschluß wurde zur Grundlage der weiteren „Arbeit“ der Okkupationsbehörden mit KPD und SPD. Anfang Februar 1946 gab der sowjetische Führer Ulbricht einschlägige Instruktionen. Tjulpanow richtete bis Mai 1946 sein ganzes Bemühen auf den Zusammenschluß; alles andere „wurde dieser grundlegenden Idee untergeordnet“. Wie er zugab, regte sich in beiden betroffenen Parteien starker Widerstand, der nur durch „einseitiges“ Wirken und mit größter Anstrengung zu überwinden war.<sup>70</sup> Die Besatzungsorgane setzten daher schärfsten Druck ein,<sup>71</sup> und drangen seit Anfang 1946 auf noch größere

67 In der Einleitung der Herausgeber gemachte Angaben über eine Besprechung zwischen führenden KPD-Funktionären und W. Pieck vom 5.12.1943, in: P. Erler/H. Laude/M. Wilke, a. a. O., S. 75; Ausführungen von W. Pieck vor dem ersten Lehrgang der KPD-Parteischule bei Moskau, 31.10.1944, ebd., S. 272 ff; Ausführungen von W. Pieck vor KPD-Mitgliedern in Moskau, 27.6.1945, in: G. Keiderling, a. a. O., S. 594 f.

68 Auf dieser Prämisse beruhte der Anfang Juni 1945 in Moskau ausgearbeitete und am 11. Juni veröffentlichte Gründungsaufwurf des ZK der KPD (Text: P. Erler/H. Laude/M. Wilke, a. a. O., S. 387-397).

69 Rechenschaftsbericht Tjulpanows laut Wortprotokoll der Sitzung der ZK-Kommission zur Überprüfung der SMAD-Verwaltung für Propaganda [Auszug], 16.9.1946, in: B. Bonveč/G. Bordjugov/N. Nejmark, a. a. O., S. 158.

70 Ebd.; Pieck-Notizen über ein Gespräch Stalins mit Ulbricht am 6.2.1946, in: R. Badstübner/W. Loth, a. a. O., S. 68.

71 Vgl. Andreas Malycha, Einleitung, in: Andreas Malycha (Hrsg.), Auf dem Weg zur SED. Die Sozialdemokraten und die Bildung einer Einheitspartei in den Ländern der SBZ, S. LXIV-CIX. In der Vier-Sektoren-Stadt Berlin, in der die sowjetischen Behörden nicht alle Macht in ihrer Hand verein-

Eile.<sup>72</sup> Sowjetischer Übung entsprechend, galt das Bestreben zunächst dem Ziel, die zentrale Leitung der SPD gefügig zu machen. Das gelang den sowjetischen Politoffizieren in der Nacht vom 20. zum 21. Dezember 1945 auf bisher noch nicht geklärte Weise.<sup>73</sup> Anschließend wurde mit Unterstützung der sozialdemokratischen Führung die Basis der Partei zur Zustimmung genötigt.

Am 20./21. April 1946 wurde der Zusammenschluß vollzogen. Der Sieg hatte freilich einen Preis: Das Resultat entsprach nicht den Vorstellungen, die man in Moskau von einer leninistischen Kader- und Kampfpartei hatte.<sup>74</sup> In sowjetischer Sicht waren „sehr viele Unklarheiten“ geblieben, die „nicht überwunden worden“ seien. Zudem gebe es trotz vollzogener Vereinigung zwei voneinander getrennte Gruppen, und es seien erhebliche organisatorische Mängel festzustellen, so daß von einer marxistischen Partei keine Rede sein könne.<sup>75</sup> Nach dem offenen Ausbruch des Kalten Krieges wurde dieser Zustand unter sowjetischer Einwirkung korrigiert.<sup>76</sup>

## 6. Gleichschaltung der bürgerlichen Parteien

An CDU und LDP richtete sich unausgesprochen die Forderung der sowjetischen Behörden, die Politik mitzutragen, welche diese mit Hilfe der KPD/SED in der SBZ durchführten. In ihrer Sicht kamen Einwände und Widerstände gegenüber dem Willen der Besatzungsmacht einer Provokation gleich. Die zu-

nigten, stellten sich ihrem Druck von Anfang an erhebliche Widerstände entgegen (vgl. die Dokumente in: B. Bonveč/G. Bordjugov/N. Nejmark, a. a. O., S. 41-46.

72 Vgl. die Äußerung Bokows und Tjulpanows gegenüber Pieck am 22.12.1945, ein Vereinigungstermin in vier Monaten sei „zu früh“ (wiedergegeben in: R. Badstübner/W. Loth, a. a. O., S. 62), mit Bokows Bekundung großer Eile am 21.1.1946 (ebd., S. 63f). Am 6.2.1946 erklärte Stalin dem KPD-Sekretär Ulbricht ausdrücklich, daß er mit der Vereinigung „einverstanden“ sei (ebd., S. 68).

73 Einleitung, in: Gert Gruner/Manfred Wilke (Hrsg.), Sozialdemokraten im Kampf um die Freiheit. Die Auseinandersetzungen zwischen SPD und KPD in Berlin 1945/46. Stenographische Niederschrift der Sechziger-Konferenz am 20./21. Dezember 1945, München 1981, S. 41 f.

74 Hierüber geben nähere Auskunft verschiedene Berichte der SMAD-Verwaltung für Propaganda über Plenarsitzungen des Parteivorstandes der SED: S. Tjulpanow an M. Suslow [Auszug], 25.7.1946, in: B. Bonveč/G. Bordjugov/N. Nejmark, a. a. O., S. 48-51; S. Tjulpanow an I. Schikin [Auszug], ebd., S. 55-57; S. Tjulpanow an M. Suslow [Auszug], 4.7.1947, ebd., S. 77-79; Informationsniederschrift der SMAD-Verwaltung für Propaganda [Auszug], o. D. [vor 9.9.1947], ebd., S. 83-85; Berichtsniederschrift A. Panjuschkin/K. Kasakow/M. Burtzew für A. Shdanow über Ergebnisse der Überprüfung der SMAD-Abteilung für Propaganda [Auszug], 11.10.1946, ebd., S. 185 f. Vgl. Andreas Malycha, Partei von Stalins Gnaden? Die Entwicklung der SED zur Partei neuen Typs in den Jahren 1946 bis 1950, Berlin 1996, S. 81.

75 Bewertung des Ergebnisses der Überprüfung der SMAD-Verwaltung für Propaganda durch die ZK-Kommission [Auszug], 16.9.1946, ebd., S. 158, 160.

76 Die Besatzungsmacht nahm beispielsweise entscheidenden Einfluß auf den die volle Sowjetisierung einleitenden II. Parteitag der SED im Frühherbst 1947 (siehe die Dokumente in: R. Badstübner/W. Loth, a. a. O., S. 131-134, 137-143, 147 ff; S. Tjulpanow an M. Suslow [Auszug], 27.9.1947, in: B. Bonveč/G. Bordjugov/N. Nejmark, a. a. O., S. 87-95). Auch die folgenden innerparteilichen Entscheidungen wurden nachweislich durch Vorgaben und Ratschläge der sowjetischen Seite bestimmt (siehe die Dokumente ebd., S. 112-114, 114-117, 118 f, 119-123, 123 f, 125 f, 126-130 f, in: R. Badstübner/W. Loth, a. a. O., S. 216-226, 294-297, 301 f, und in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 5/91, 25.1.1991, S. 13 f, 15).

ständige SMAD-Verwaltung für Propaganda erkannte rasch, daß sie bei den bürgerlichen Parteien nicht mit unbedingter Subordination rechnen konnte. Ebenso wie die SPD, solange diese noch selbständig existierte, leisteten sie den ihnen ständig übermittelten „Empfehlungen“ der Okkupationsbehörde nicht jederzeit ohne Zögern Folge. Das reichte aus, um ihnen den Ruch politischer Gegner zu verschaffen.<sup>77</sup> Solange Stalins Generallinie offene Unterdrückungs- und/oder Verbotsmaßnahmen nicht zuließ, suchte Tjulpanow diesen Widersachern wenigstens die Möglichkeiten so weit zu beschneiden, daß sie weder feindliche noch auch nur zweideutige Aussagen machen konnten. Zugleich bemühte er sich, innerparteilich die „demokratischen Elemente“ zu stärken.<sup>78</sup> Als die am stärksten zu Widerspenstigkeit neigende Partei galt bald die CDU. Gegen sie richteten sich daher auch die ersten aufsehenerregenden Disziplinierungsmaßnahmen. Als sich Hermes als Vorsitzender der Partei Ende 1945 auf einer von Tjulpanow einberufenen Versammlung weigerte, die Kritik an den Modalitäten der Bodenreform einzustellen, und auch das ihm daraufhin erteilte Redeverbot mißachtete, forderte der SMAD-Funktionär ihn und seinen Stellvertreter Schreiber zum Rücktritt auf. Als sich beide dem Ansinnen widersetzen, verfügte er kurzerhand die Ersetzung beider durch die nächstfolgenden Chargen Kaiser und Lemmer.<sup>79</sup>

Die CDU blieb, zahlreicher Repressionsmaßnahmen ungeachtet, bis weit in das Jahr 1948 hinein die politische Hauptsorge der Besatzungsbehörde. Im Spätherbst 1947 führte die Weigerung der Partei, sich in die auf Betreiben des sowjetischen ZK-Apparats<sup>80</sup> von der SED-Führung organisierte Volkskongreßbewegung einzureihen, zum offenen Konflikt. Wieder suchte Tjulpanow den Widerstand von der Spitze her zu brechen: Er löste Kaiser als Vorsitzenden mit geradezu konspirativen Methoden ab; an seiner Stelle setzte Tjulpanow er einen Nachfolger seiner Wahl ein, der in der Partei keinen Rückhalt

77 Siehe die Dokumente in: B. Bonveč/G. Bordjugov/N. Nejmark, a. a. O., S. 51-53, 61-63, 85-87, 165-167.

78 Rechenschaftsbericht Tjulpanows vor der ZK-Kommission zur Überprüfung seiner Behörde, 16.9.1946, ebd. S. 165.

79 Ebd., S. 165; Werner Conze, Jacob Kaiser. Politik zwischen Ost und West 1945-1949, Stuttgart 1969, S. 45-52; Erich W. Gniffke, Jahre mit Ulbricht, Köln 1966, S. 74 f. Vgl. O političeskom položenu v Germanii [Auszug aus einem SMAD-Dokument], 3.11.1945, in: B. Bonveč/G. Bordjugov/N. Nejmark, a. a. O., S. 34 f. Über Unterdrückungsmaßnahmen gegen die CDU-Basis 1945/46 s. D.N. Filippovych, a. a. O., S. 53 f.

80 L. Baranow an M.A. Suslow, 25.10.1947, RCChIDNI, 17, 128, 1097, Bl. 1; Berichtsniederschrift von S. Tjulpanow für das ZK der Allrussischen KP (M. Suslow), 15.11.1947, RCChIDNI, 17, 128, 329, Bl. 207-217; S. Tjulpanow an I Schikin [Auszug], 9.12.1947, in: B. Bonveč/G. Bordjugov/N. Nejmark, a. a. O., S. 98-100.

hatte.<sup>81</sup> Dies wurde zum Ausgangspunkt eines gegen heftige und anhaltende Widerstände an der Parteibasis vorangetriebenen Satellisierungsprozesses.<sup>82</sup>

Die vorrangige Konzentration der den bürgerlichen Kräften geltenden Aufmerksamkeit auf die CDU führte dazu, daß die LDP zeitweilig im Windschatten der Auseinandersetzung stand und verringerter Kontrolle ausgesetzt war. Dem lag keineswegs so etwas wie eine relative Präferenz zugrunde. Tjulpanow erklärte, mit den Liberalen sei „an unserem Busen eine Schlange genährt worden“. Auch bedauerte er, daß es die SMAD kaum verstanden habe, die zwischen den bürgerlichen Parteien bestehenden Gegensätze zu deren wechselseitiger Schwächung auszunutzen.<sup>83</sup> Auch kann von einer wirklichen Tolerierung selbständiger Aktivitäten bei dieser Partei zu keinem Zeitpunkt die Rede sein. Die Besatzungsbehörde hatte bereits Ende 1945 massiv in Führung und Orientierung der LDP eingegriffen. Die Liberalen hatten sich jedoch schwächer gewehrt als die CDU, so daß die SMAD mit weniger aufsehenerregenden Maßnahmen ausgekommen war. Ein größeres Maß an Eigenständigkeit erlangten sie auf diese Weise nicht.

Das zeigte sich besonders deutlich an der Jahreswende 1947/48. Die Entscheidung der LDP, die ihr zgedachte Rolle im Volkskongreß zu spielen, den die SED-Führung organisierte, bewahrte sie nicht vor dem Schicksal, ebenso wie die CDU der bis dahin vorhandenen partiellen Selbständigkeit verlustig zu gehen.<sup>84</sup> Auch als beide Parteien danach durch neue Führer sowjetischer Wahl völlig auf die vorgeschriebene Linie gebracht waren, wurden sie nicht vom Druck befreit. Die SMAD sah, daß die Mitglieder nach wie vor oppositionelle Neigungen zeigten und nur durch die Pressionen der Besatzungsmacht dazu veranlaßt wurden, die ihnen aufgezwungene Leitung wie Politik hinzunehmen.<sup>85</sup> Das sowjetische Vorgehen zielte durchgängig darauf ab, zunächst die Führungen und Apparate gleichzuschalten und anschließend von da aus die

81 Ebd., S. 99; A. Smirnow an W. Semjonow, 26.1.1948, AVPRF, 0457a, 5, 28, 8, Bl. 26-33; S. Tjulpanow an 3. Europ. Abt. des Außenministeriums, 19.3.1948, ebd., Bl. 61 ff; Polozenie v ChDS, 19.3.1948, ebd., Bl. 63-70; Aufzeichnung Tjulpanows über die Lage der CDU in der SBZ und in Berlin, 3.5.1948, RCChIDNI, 17, 128, 568, Bl. 74-93; S. Tjulpanow an W. Semjonow, 28.2.1949, AVPRF, 0457a, 7, 39, 11, Bl. 11-42. Vgl. M.I. Semirjaga, Kak, a. a. O., S. 63 f.

82 Generalleutnant Guljajew an W. Semjonow, 4.12.1948, AVPRF, 0457a, 5, 28, 8, Bl. 297-299; Oberst Radionow an W. Semjonow, 6.1.1949, AVPRF, 0457a, 7, 39, 11, Bl. 1-6.

83 Rechenschaftsbericht Tjulpanows vor der ZK-Kommission zur Überprüfung seiner Behörde, 19.9.1946, in: B. Bonveč/G. Bordjugov/N. Nejmark, a. a. O., S. 166 f.

84 O političeskom položenii [Auszug aus einem SMAD-Dokument], 3.11.1945, in: B. Bonveč/G. Bordjugov/N. Nejmark, a. a. O., S. 35 ff; SMAD-Verwaltung für Information an L. Baranow [Auszug], 16.4.1948, ebd., S. 102 ff; Auskunftsprotokoll der SMAD-Verwaltung für Information [Auszug], o. D. [16.4.1948], ebd., S. 103-105; Monika Kaiser, Sowjetischer Einfluß auf die ostdeutsche Politik und Verwaltung 1945-1970, in: K. Jarausch/H. Siegrist, a. a. O., S. 116 f [für Ende 1945]; Aufzeichnung Tjulpanows über die Lage in der LDP für ZK der Allrussischen KP (L. Baranow), 19.4.1948, RCChIDNI, 17, 128, 569, Bl. 3-9; M. Gribanow an A. Smirnow, 14.2.1948, AVPRF, 0457a, 5, 28, 8, Bl. 36 ff; S. Tjulpanow an W. Semjonow, 2.11.1948, ebd., Bl. 214-231. Am 18.12.1948 äußerte Stalin ausweislich Piecks Notiz, es gelte, die LDP zu „zersetzen“ (wiedergegeben in: R. Badstübner/W. Loth, a. a. O., S. 261).

85 A. Sobolew/W. Poljakow/W. Fedossejew/W. Nemtschinow/G. Konstantinowitsch an A. Shdanow, o. D. [nach April 1948], in: B. Bonveč/G. Bordjugov/N. Nejmark, a. a. O., S. 212.

Mitgliederbasis unter Kontrolle zu nehmen.<sup>86</sup> Stalin sprach – in diesem Falle bezogen auf die LDP – von dem Erfordernis, die bürgerliche Seite zu „zersetzen“.<sup>87</sup>

Im Einvernehmen mit dem Moskauer ZK-Apparat hatte es Ulbricht bei Einberufung des Volkskongresses unter anderem auf innenpolitische Sowjetisierung abgesehen. Die damit konstituierte „Bewegung“ umfaßte neben Parteien auch „gesellschaftliche Organisationen“, d. h. scheinbar überparteiliche Gruppierungen, die von Kadern der KPD/SED aufgebaut worden waren und daher deren Kontrolle unterlagen. Indem jede von ihnen in den Volkskongreßgremien Sitz und Stimme erhielt, verschaffte sich die kommunistische Führung eine überwältigend große Mehrheit, während die zwei bürgerlichen Parteien von vornherein in eine hoffnungslos kleine Minderheit gedrängt waren.<sup>88</sup> Ein noch weitergehender Schritt zur Etablierung einer monolithischen Parteienstruktur war, daß im Frühjahr 1949 bei den Wahlen zum Volkskongreß erstmals Einheitslisten verwendet wurden – eine Praxis, die nach Ausrufung der DDR im Herbst dieses Jahres generell verbindlich wurde.<sup>89</sup> Die Angleichung des ostdeutschen Parteiensystems an das „volksdemokratische“ Modell der ostmitteleuropäischen Länder wurde abgeschlossen, als – auf der Basis von durch Semjonow aus Moskau nach Ost-Berlin mitgebrachten Instruktionen<sup>90</sup> und weiteren Anleitungen von sowjetischer Seite<sup>91</sup> – der bisherige „Block der antifaschistisch-demokratischen Parteien“ zur „Nationalen Front“ umgestaltet wurde.<sup>92</sup>

Die dargestellten Gleichschaltungsmaßnahmen reichten der Besatzungsmacht nicht aus, um die angestrebte politische Entwicklung zu gewährleisten. CDU und LDP galten, auch wenn ihnen jede Macht entzogen worden war, weiter als Risikofaktoren. Solange sie sich auf eine breite gesellschaftliche Basis stützen konnten, besaßen sie weiterhin ein unakzeptabel erscheinendes Einflußpotential. Aus diesem Grund ging Tjulpanow daran, Parteien ins Leben zu rufen, die

86 Das wurde auch ausdrücklich formuliert: S. Tjulpanow an W. Semjonow, 25.3.1949, AVPRF, 0457a, 7, 38, 7, Bl. 71-80.

87 So laut Piecks Notiz im Gespräch mit der SED-Führung am 18.12.1948, in: R. Badstübner/W. Loth, a. a. O., S. 261.

88 W. Ulbricht an M. Suslow, 12.12.1947, RCChIDNI, 17, 128, 1098, Bl. 7.

89 Michael Richter, Rolle, Bedeutung und Wirkungsmöglichkeiten der Blockparteien – die CDU, in: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages), hrsg. vom Deutschen Bundestag, Bd. II/4: Machtstrukturen und Entscheidungsmechanismen im SED-Staat und die Frage der Verantwortung, Baden-Baden 1995, S. 2553; Werner Müller, Entstehung und Transformation des Parteiensystems der SBZ/DDR 1945-1950, ebd., S. 2367.

90 Pieck-Notizen über einen Bericht Grotewohls im SED-Politbüro, 23.5.1949, in: R. Badstübner/W. Loth, a. a. O., S. 281.

91 S. Tjulpanow an das ZK der Allrussischen KP (W. Smirnow), 26.7.1949, RCChIDNI, 17, 137, 92, Bl. 3-10; W. Tschujkow/W. Semjonow an G. M. Malenkow/A. Ja. Wyschinski (mit 7 Anlagen), 10.8. 1949, AVPRF, 082, 36, 187, 40, Bl. 53-81; M. Gribanow u. a. an A. Ja. Wyschinski, o. D. [Anfang bis Mitte August 1949], AVPRF, 082, 36, 187, 40, Bl. 82 ff; Bericht von Generalleutnant Russkich über die Sitzung des PV der SED vom 4.10.1949, 1.11.1949, RCChIDNI, 17, 137, 92, Bl. 40-42.

92 W. Müller, Entstehung und Transformation, a. a. O., S. 2367 f.

den unter ihrem Einfluß stehenden Bevölkerungsschichten eine andere politische Orientierung und Leitung geben und die SED gegenüber der bürgerlichen Konkurrenz stärken sollten. Auf sein Betreiben hin leiteten zuverlässige kommunistische Kader seit Frühjahr 1948 den Aufbau der NDPD und der DBP ein, um so politische Sammelbecken zum einen für nationale Kreise des Bürgertums einschließlich früherer Angehöriger der Wehrmacht und der NSDAP und zum anderen für die Landbevölkerung zu schaffen. Es handelte sich um scheinbürgerliche Parteien, mit deren Hilfe die SED ihren Einfluß auf bisher zur Basis von CDU und LDP gehörende Schichten ausdehnen sollte. Das Bemühen hatte, was das Wirken der NDPD betrifft, recht großen Erfolg, während der Zulauf zur DBP deutlich hinter den sowjetischen Erwartungen zurückblieb.<sup>93</sup>

### *7. Bemühen um politische Einflußnahme auf die Westzonen*

Wie Stalin den an die Spitze der deutschen Kommunisten gestellten Kadern Anfang Juni 1945 erklärte, sah er in ihrer Partei die Grundlage für die Sicherung der deutschen Einheit.<sup>94</sup> Für den rückblickenden Betrachter stellt sich die Frage, wieso ausgerechnet die Vertreter einer Richtung, die weder mit der Bevölkerungsmehrheit noch mit den westlichen Besatzungsmächten übereinstimmte, die Einheit garantieren sollten. Der sowjetische Führer glaubte das Problem dadurch lösen zu können, daß er den KPD-Funktionären eine Nachkriegsordnung vorschrieb, deren vorgesehener Endzustand zunächst nicht sichtbar werden sollte. Die Wahl eines Ausgangspunktes, der das in Moskauer Sicht zurückgebliebene Bewußtsein der deutschen Gesellschaft und der westlichen Okkupationspartner berücksichtigte, sollte das Einvernehmen mit beiden Seiten gewährleisten und auf dieser Basis eine Entwicklung ermöglichen, die in allmählichem Fortschreiten schließlich zu dem gesetzten Ziel hinführen würde.<sup>95</sup> Stalin zeigte jedoch weniger Geduld, als ihm das eigene Konzept abverlangte. Kurz nach Kriegsende begann er mit der Vorverlegung geplanter Umgestaltungsmaßnahmen. Zur Überraschung der KPD-Führer, die sich nach

93 S. Tjulpanow an L. Baranow, 7.5.1948, RCChIDNI, 17, 128, 568, Bl. 103-105; S. Tjulpanow an W. Semjonow, 7.5.1948, AVPRF, 0457a, 5, 28, 8, Bl. 99-102; Buržuaznye partii sovetskij zony okupacii Germanii (po materialam PV GSOV v Germanii), 14.5.1948, RCChIDNI, 17, 128, 568, Bl. 136-138; S. Tjulpanow an W. Semjonow, 25.5.1948, AVPRF, 0457a, 5, 28, 8, Bl. 113; S. Tjulpanow an L. Baranow, 28.5.1948, RCChIDNI, 17, 128, 568, Bl. 136-138; Aufzeichnung von S. Tjulpanow für L. Baranow, o. D. [Ende Mai 1948], ebd., Bl. 140-145; Major Mamontow an W. Semjonow, 6.9.1948, AVPRF, 0457a, 5, 28, 8, Bl. 183 ff; S. Tjulpanow an W. Semjonow, 16.9.1948, ebd., Bl. 185-189; S. Tjulpanow an W. Semjonow, 29.9.1948, ebd., Bl. 190-195; S. Tjulpanow an W. Semjonow, 9.2.1949, AVPRF, 0457a, 7, 38, 7, Bl. 71-80; S. Tjulpanow an W. Semjonow, 13.4.1949, AVPRF, 0457a, 7, 39, 13, Bl. 53-61; Dokumente in B. Bonveč/G. Bordjugov/N. Nejmark, a. a. O., S. 107 f, 111 f, 229.

94 Notizen Piecks über die Unterredung Stalins mit den Führern der KPD vom 4.6.1945, in: R. Badstübner/W. Loth, a. a. O., S. 50.

95 Zur entsprechenden Deutschland-Planung siehe P. Erler/H. Laude/M. Wilke, a. a. O.; G. Keiderling, a. a. O.

den früheren Instruktionen auf eine Verschiebung aller grundlegenden gesellschaftlich-politischen Änderungen eingestellt hatten, ordnete er eine Bodenreform an, welche die „Macht der Rittergutsbesitzer brechen“ und die „Reste des Feudalismus beseitigen“ sollte.<sup>96</sup>

Entscheidend für das weitere Vorgehen in Deutschland wurde Stalins Entschluß, die – seit spätestens 1944 fest eingeplante – Erweiterung der KPD um die SPD zeitlich vorzuziehen und mittels Zwang durchzusetzen. Da die sowjetische Seite ihre Macht nur in der eigenen Zone zur Geltung bringen konnte und weder die Sozialdemokraten noch die Okkupationsbehörden in den westlichen Landesteilen zum Mitmachen bewegt werden konnte, blieb die aus beiden Parteien gebildete SED auf das Gebiet der SBZ beschränkt. Die Verwirklichung des Postulats, das zonengeteilte Land müsse von einer einheitlichen kommunistischen Partei zusammengehalten werden, setzte aber einheitliche Bedingungen für deren politisches Wirken voraus. Wenn es schon nicht gelungen war, die Westzonen-SPD in der KPD aufgehen zu lassen, dann sollte wenigstens die SED überall in Deutschland unter einheitlichem Firmenschild agieren und den Anspruch erheben können, die „einheitliche Partei der Arbeiterklasse“ zu sein. Stalin glaubte, dadurch ließen sich die breiten Massen von den Sozialdemokraten auf die Kommunisten umorientieren. Daher war er – anders als die ostdeutschen Führer – bereit, falls die westlichen Besatzungsbehörden SED in ihren Zonen neben der SPD zulassen sollten, seinerseits erneut die Existenz einer sozialdemokratischen Partei in der SBZ zu erlauben.<sup>97</sup> Das beruhte auf einer doppelten Prämisse. Eine Partei, die als Vertretung einer nicht länger gespaltenen Arbeiterklasse auftrete, konnte demnach mit einer überwältigend starken Unterstützung der westdeutschen Massen rechnen, und die Wende, die auf diese Weise in den Westzonen zustande kommen würde, sollte die Entwicklung in ganz Westeuropa bestimmen.<sup>98</sup>

Stalins Bemühen um westliche Zustimmung zu einer gesamtdeutschen SED wurde zu einer aussichtslosen Sache, als das Ost-West-Verhältnis Mitte 1947 in ein Stadium offener Konfrontation trat. Es folgte eine Phase der Ratlosigkeit in Moskau, bis schließlich das SED-Zentralsekretariat am 24. November 1947 von dort die Weisung erhielt, einen als überparteilich zu präsentierenden „Deutschen Volkskongreß“ einzuberufen. Dieser sollte namens des deutschen Volkes die in London tagenden Außenminister der Vier Mächte mit der Forderung nach „Einheit und gerechtem Frieden“ konfrontieren und die deutsche

96 Notizen Piecks über eine Unterredung Stalins mit den Führern der KPD vom 4.6.1945, in: R. Badstübner/W. Loth, a. a. O., S. 51.

97 Protokoll der Unterredung Stalins mit den SED-Führern am 31.1.1947, in: Zapis', a. a. O., S. 38 f. Vgl. auch die einschlägigen Unterlagen der Unterredung, ebd., S. 29-35. Bei Erwägung des Zugeständnisses dürfte Stalin davon ausgegangen sein, daß die SMAD genügend Machtmittel in der Hand habe, um in der SBZ dem Entstehen sozialdemokratischer Positionen vorzubeugen, wie sie im vorausgegangenen Jahr durch den Anschluß der SPD an die KPD verhindert worden waren. Die SED-Führer dagegen fürchteten die von einer wiederzugelassenen SPD ausgehende Attraktivität für breite Bevölkerungskreise.

98 Vgl. Stenografische Niederschrift über die 12. Tagung des PV der SED, 1.-3.7.1947, SAPMO, DY 30/IV 2/1/22, Bl. 7-51.

Öffentlichkeit gegen die „westlichen Spalter“ mobilisieren.<sup>99</sup> Der westdeutschen KPD, deren Spitzenkader in den Führungsorganen der SED vertreten waren, fiel die Aufgabe zu, das organisatorische Netzwerk zu schaffen, das der vorgesehenen Bewegung in den Westzonen Antrieb und Steuerung geben sollte.

Die Hoffnung des Kreml erfüllte sich nicht, die Westdeutschen mit Einheitsparolen auf die eigene Seite gegen die Westmächte zu ziehen. Mit der Verschärfung des Ost-West-Gegensatzes verstärkte sich im Gegenteil die gegen die UdSSR gerichtete Tendenz im Lande. Die westdeutschen Kommunisten kamen unter zunehmenden Druck, ihre prosowjetischen Positionen aufzugeben oder zumindest abzuschwächen, um nicht jede Unterstützung zu verlieren. Das erschwerte die Kontrolle der SED-Führung und der SMAD über das Vorgehen der KPD. Stalin entschied daraufhin im Dezember 1948, daß der bislang „zu offen“ geführte Kampf zu „maskieren“ sei. Die SED hatte die Verbindung zur KPD nach außen hin zu lösen, sollte aber zugleich den westdeutschen Kommunisten umfangreiche Hilfe leisten und ihnen insbesondere auch Instrukteure schicken.<sup>100</sup> Die SED stimmte daher – zur Überraschung der Genossen im Westen – der von diesen angeblich beschlossenen organisatorischen Trennung zu. Die KPD verlor daraufhin ihre Sitze in den SED-Gremien; ihre Vertreter wurden zu deren Beratungen nur noch fallweise hinzugezogen.<sup>101</sup> Die Partei blieb aber nach wie vor den Weisungen der ostdeutschen und sowjetischen Seite unterworfen.<sup>102</sup>

Stalin ordnete im Dezember 1948 auch an, daß die SED einem speziellen ZK-Sekretär die Verantwortung für die politische Arbeit in den Westzonen übertragen müsse.<sup>103</sup> Daher wurde nach entsprechenden organisatorischen Vorbereitungen am 2. Februar 1949 die Westkommission der SED eingerichtet.<sup>104</sup> Die sowjetische Seite veranlaßte eine Kompetenzerweiterung dieses Apparats im März<sup>105</sup> und stimmte seinem weiteren Ausbau im September zu.<sup>106</sup> Nach

99 Berichtsniederschrift von S. Tjulpanow für das ZK der Allrussischen KP (M. Suslow), 9.12.1947, RCChIDNI, 17, 128, 331, Bl. 95; L. Baranow an M. Suslow, 30.1.1948, 17, 128, 1166, Bl. 68.

100 Notizen Piecks über die Ergebnisse der Unterredung Stalins mit der SED-Führung am 18.12.1948, in: R. Badstübner/W. Loth, a. a. O., S. 260 ff; Bericht von W. Pieck vor dem Zentralsekretariat der SED, ebd., S. 267.

101 Innerparteiliche Maßnahmen. Beschlüsse des PV der SED, 24.1.1949, und der I. Parteikonferenz der SED, 25.-28.1.1949, in: Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei, Bd. II, [Ost-]Berlin 1950, S. 217; Michael Herms, Zur Stalinisierung der West-FDJ 1949 bis 1952, in: Helga Gotschlich (Hrsg.), „Links und links und Schritt gehalten...“. Die FDJ: Konzepte, Abläufe, Grenzen, Berlin 1994, S. 103; Patrick Major, XXX, in: XXX, S. 156-158.

102 Vgl. M. Gribanow an A.A. Smimow, 25.1.1949, AVPRF, 082, 36, 187, 40, Bl. 1-14.

103 Notizen Piecks über die Ergebnisse der Unterredung Stalins mit den SED-Führern vom 18.12.1948, in: R. Badstübner/W. Loth, a. a. O., S. 260 ff; Bericht von W. Pieck vor dem Zentralsekretariat der SED, ebd., S. 266 f.

104 H. Rau an A. Ackermann (W. Ulbricht z.K.), 6.1.1949, SAPMO, DY 30/IV 2/1/73, Bl. 47 ff; Entwurf [der SED-Führung] für Entschließung der Delegierten-Konferenz der KPD in Solingen am 5./6.3.1949 mit Anlagen (zwei Schreiben von F. Dahlem an W. Ulbricht), 23.2.1949, ebd., Bl. 1-26.

105 Dietrich Staritz, Die SED, Stalin und die Gründung der DDR. Aus den Akten des Zentralen Parteiarchivs, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“, B 5/1991, S. 4.

Gründung der DDR wurden Regeln über die Koordination der Westtätigkeit mit denen der staatlichen Organe formuliert und Westabteilungen in den SED-gelenkten Massenorganisationen geschaffen.<sup>107</sup> Die Wirksamkeit dieses Instrumentariums zur Lenkung der KPD und ihrer Arbeit hing aus Moskauer Sicht davon ab, ob es gelang, die westdeutsche Partei organisatorisch voll in die Hand zu bekommen und auf diese Weise den „sektierischen“ Tendenzen unter ihren Mitgliedern, d. h. deren Abneigung gegen nicht nachvollziehbare Handlungsanweisungen der UdSSR und gegen das damit gegebene Oktroi stalinistischer Verhaltensnormen, ein Ende zu machen. Dabei stand für die sowjetische Seite von vornherein fest, daß alle Mißerfolge in Westdeutschland auf Mängel bei der Ausführung der Moskauer Instruktionen zurückzuführen waren.<sup>108</sup>

Mitte Mai 1949 nahm Tjulpanow die Sache in die Hand. Er unterzog zunächst zwei Mitglieder des KPD-Sekretariats, Kurt Müller und Walter Fisch, einer peinlichen Anhörung. Dabei erhob er zahlreiche schwere Vorwürfe, unter anderem wegen nicht funktionsgerechter Arbeit des zentralen Apparats und mangelnder Unterordnung seitens der Partei. Der ausführlichen Strafpredigt folgten genaue Anweisungen über die notwendige Abhilfe. Das Sekretariat müsse künftig uneingeschränkt den Empfehlungen der SED-Westkommission folgen (über welche die SMAD ihre Instruktionen leitete), die Organisationsstruktur der Partei sei in detailliert bezeichneter Weise zu ändern, und bezüglich der geforderten Umbesetzung der Spitzenpositionen gab es präzise personelle Vorschriften. Zudem sollte die KPD den Kampf gegen den Westen kompromißlos führen und sich dabei der „schlagkräftige[n] Hilfe“ bedienen, die der für sie zuständige Apparat der SED leiste.<sup>109</sup> In der zweiten Monathälfte erschienen hintereinander der 1. und 2. Vorsitzende der westdeutschen Partei, um dem sowjetischen Funktionär Rede und Antwort zu stehen. Ihre um eine teilweise Rechtfertigung der KPD bemühten Darlegungen wurden scharf zurückgewiesen. Am Ende stand die Erklärung der Kritisierten, daß sich ihre Partei künftig der SED ohne Wenn und Aber unterwerfen werde.<sup>110</sup> Sie akzeptierten damit faktisch eine uneingeschränkte Kontrolle durch die SMAD, auch wenn diese mittels der SED-Westkommission ausgeübt wurde.<sup>111</sup> Darüber hinaus sah sich

106 P. Major, a. a. O., S. 157.

107 Ebd., S. 157 f.

108 Zur sowjetischen Beurteilung der KPD siehe u. a. P. Major, a. a. O., S. 160; S. Tjulpanow an W. Semjonow, 28.3.1948, AVPRF, 0457a, 2,28, 7, Bl. 43; S. Tjulpanow an W. Semjonow, 12.5.1949, AVPRF, 0457a, 7, 39, 10, Bl. 1 f.

109 Ebd., Bl. 1-10.

110 S. Tjulpanow an W. Semjonow, 24.5.1949, ebd., Bl. 28-46; S. Tjulpanow an W. Semjonow, 29.7.1949, ebd., Bl. 72-81.

111 Zu deren Modalitäten siehe Meldung von Major Mulin, 27.10.1949, von Oberst Guljajew dem ZK der Allrussischen KP (W. G. Grigorjan) übersandt, 28.10.1949, RCChIDNI, 17, 137, 93, Bl. 38-42; der sowjetischen Seite unterbreitete Entwürfe für den Bericht des KPD-Vorsitzenden, die Erklärung der Partei und die Begrüßungsansprache des Leiters der SED-Westkommission auf dem 13. Plenum der Zentralen Leitung der KPD, ebd., Bl. 43-92.

die Leitung der KPD veranlaßt, der Innenverwaltung in Berlin-Karlshorst Rechenschaft über ihre Tätigkeit abzulegen.<sup>112</sup>

Der Kreml hielt weiterhin eine Änderung der Organisationsformen für erforderlich, mit deren Hilfe Nicht-Kommunisten an die „nationale“ Politik der SED herangeführt und zu deren Unterstützung bewogen werden sollten. Im Mai 1949 überbrachte Semjonow der ostdeutschen Parteiführung entsprechende Instruktionen, die sich auf die politische Arbeit sowohl in der SBZ als auch in den Westzonen bezogen.<sup>113</sup> Auf dieser Basis formulierte der SED-Apparat ins einzelne gehende Vorstellungen über die Bildung einer „Nationalen Front“, die alle Deutschen im Kampf um die staatliche Einheit vereinen sollte. Als politische Plattform diene eine Sammlung scharfer Forderungen, die gegen die Westmächte gerichtet waren und „alle national gesinnten Deutschen“ zum Kampf vereinen sollten. Die sowjetische Seite suchte als politische Bundesgenossen nicht zuletzt auch die „aktive[n] Nazis und Unternehmer[n]“ zu gewinnen, soweit sie nicht zur „deutschen Finanzhierarchie“ gehörten und „die deutschen Interessen verraten“ hätten.<sup>114</sup> Die Entwürfe über Organisation und Verfahrensweise der Nationalen Front, die Pieck, Ulbricht und Grotewohl anfertigten, stießen auf scharfe Kritik der sowjetischen Auftraggeber<sup>115</sup> und wurden gemäß deren Korrekturen grundlegend verändert.<sup>116</sup> Diese und ähnliche Vorgänge machen deutlich, daß die deutschlandpolitischen Aktivitäten nicht allein der KPD, sondern auch der SED voll der Kontrolle Moskaus unterlagen.

### 8. *Aufbau von Verwaltung und Polizei*

Von Anfang an war es das Bestreben der SMAD, in der SBZ die alte Verwaltung durch eine neue zu ersetzen. Dabei ging es einmal um den Austausch des bisherigen Personals: Die entscheidenden Stellen sollten in die Hand parteipolitisch zuverlässiger Kader kommen. Da die Besatzungsmacht diese Absicht nach außen hin so weit wie möglich zu verbergen trachtete, wurde in der Besetzungspraxis zwischen repräsentativen, aber wenig einflußreichen Spitzenämtern und wenig sichtbaren, dafür aber um so wichtigeren Positionen im Hintergrund unterschieden: Die erste Kategorie war im allgemeinen für bür-

112 Vgl. Oberstleutnant Guljajew an W. Semjonow (mit Anlage), 17.8.1949, AVPRF, 0457a, 7, 39, 10, Bl. 85-110.

113 Notizen Piecks über den Bericht Grotewohls im Politbüro der SED vom 23.5.1949, in: R. Badstübner/W. Loth, a. a. O., S. 281.

114 S. Tjulpanow an das ZK der Allrussischen KP (W. Smirnow), 26.7.1949, RCChIDNI, 17, 137, 92, Bl. 3-10. Analog Bericht von Generalleutnant Russkich über die Sitzung des PV der SED vom 4.10.1949, 1.11.1949, ebd., Bl. 41 f.

115 W. Tschujkow/W. Semjonow an G.M. Malenkov/A. Ja Wyschinski, 10.8.1949, AVPRF, 082, 36, 187, 40, Bl. 53-81; M. Gribanow u. a. an A. Ja. Wyschinskij, o. D. [Anfang bis Mitte August 1949], ebd., Bl. 82 f.

116 Bericht von Generalleutnant Russkich über die Sitzung des PV der SED vom 4.10.1949, 1.11.1949, RCChIDNI, 17, 137, 92, Bl. 40-42. Als Resultate siehe die Dokumente in: Dokumente der SED, a. a. O., S. 293-311, 351-381.

gerliche oder sozialdemokratische Kräften vorgesehen, während die zweite „erprobten“ KPD-Funktionären vorbehalten werden sollte.<sup>117</sup> Unvermeidlicherweise ließ sich, vor allem wegen des Mangels an zuverlässigen Kadern, diese Vorstellung in der Anfangsphase nur unvollkommen verwirklichen. Die Besatzungsbehörden suchten durch wiederholte Säuberungen Abhilfe zu schaffen, die von Serows Sicherheitsapparat geleitet wurden.<sup>118</sup>

Gemäß der leninistischen Vorstellung, daß der Staatsapparat des Kapitalismus zu „zerschlagen“ sei,<sup>119</sup> wurde gleichzeitig die Schaffung grundlegend neuer Strukturen vorgesehen.<sup>120</sup> Dabei ging es vor allem um die Überwindung jeder Gewaltenteilung. Nach Ansicht des Kreml hing die Durchsetzung der „Demokratie“ davon ab, daß „Organe des Volkes“ dessen Macht überall geballt zum Einsatz brachten. Daher war nicht nur die Wirtschaft in den „Dienst des Volkes“ zu stellen, sondern auch ein „starkes demokratisches Volksregime“ aufzubauen, dessen Lenkungsorgane jederzeit unbeschränkte Verfügungsgewalt über Staatsbedienstete, Parlament und Justiz haben würden.<sup>121</sup> Auch wenn diese Vorstellung in der ersten Zeit oft nur unvollkommen realisiert wurde, so war sie doch von Anfang die Richtschnur des sowjetischen Umgestaltungsbemühens.

Bezeichnend für die angestrebte Machtkonzentration sind die mecklenburgischen Verhältnisse im Frühjahr 1947. Die Macht lag nicht beim Ministerpräsidenten, dem als Nicht-Kommunisten lediglich Funktionen der Repräsentation nach außen zukamen, sondern beim Minister für innere Verwaltung und Planung, Paul Warncke (SED), dem unter anderem Polizei und Justiz unterstellt waren. Dieser beherrschte über die zu seinem Haus gehörende Abteilung Planung, die von einem – zusammen mit der Roten Armee ins Land gekommenen und mit deren Generalität eng verbundenen – Moskau-Emigranten geleitet wurde, auch die Ministerien für Finanzen, Wirtschaft, Landwirtschaft sowie Handel und Versorgung. Das im agrarischen Mecklenburg besonders wichtige Landwirtschaftsressort wurde zudem von einem Abteilungsleiter dominiert, der während des Krieges zu den KPD-Kadern in der sowjetischen Hauptstadt gehört und im Nationalkomitee Freies Deutschland die Funktion eines Instruktors innegehabt hatte. Auch im Kultusministerium besaß nicht der Chef, sondern ein diesem formell unterstehender Altkommunist den entscheidenden

117 Siehe die eindruckliche Darstellung bei Wolfgang Leonhard, *Die Revolution entläßt ihre Kinder*, Köln – [West-]Berlin 1955, S. 356.

118 Heribert Schwan, Erich Mielke. *Der Mann, der die Stasi war*, München 1997, S. 78.

119 V.I. Lenin, *Polnoe sobranie sočinenij*, Bd. 33, Moskau 1962 (5. Aufl.), S. 1-120 (*Gosudarstvo i revoljucija*). Entsprechende rückblickende Feststellung im Blick auf den Verwaltungsaufbau in der SBZ enthalten in der Antwort [der SED-Führung] auf die Fragen [Stalins] zur [vorgesehenen] Besprechung am 18.12.1948, in: R. Badstübner/W. Loth, a. a. O., S. 249.

120 Vgl. Rechenschaftsbericht Tjulpanows vor der Kommission des ZK der Allrussischen KP zur Überprüfung seiner Behörde [Auszug], 16.9.1946, in: B. Bonveč/G. Bordjugov/N. Nejmark, a. a. O., S. 157.

121 Das wurde – in zunächst noch allgemeinen Wendungen – schon im Kontext der Moskauer Planungen für die deutsche Nachkriegsordnung vorgesehen, vgl. die einschlägigen Dokumente und Stellungnahmen bei G. Keiderling, a. a. O., S. 130 f, 262, 362 ff; P. Erler/H. Laude/M. Wilke, a. a. O., S. 266, 303.

Einfluß. Angesichts dieser Machtverhältnisse war es relativ bedeutungslos, daß der Ministerpräsident und die meisten seiner Kabinettsmitglieder nicht der SED angehörten. Entscheidend war vor allem die Tatsache, daß allein das Ministerium für innere Verwaltung und Planung, insbesondere dessen Abteilung für Planung, über eine direkte Verbindung zur Besatzungsbehörde verfügte und dabei gesamtplanerisch tätig wurde. An diese „letzte Instanz vor den Russen“ mußten sich alle Stellen von Regierung und Gesellschaft wenden, wenn sie irgendetwas bewirken wollten. Umgekehrt konnte die Okkupationsverwaltung mittels der Liaisonfunktion, die das Ministerium für innere Verwaltung und Planung wahrnahm, die Entscheidungen der deutschen Seite steuern, ohne normalerweise direkt in Erscheinung zu treten.<sup>122</sup>

Den auf Strukturänderung ausgerichteten sowjetischen Einflußnahmen lag zugrunde, daß die Militärbehörden der UdSSR aufgrund der Vier-Mächte-Erklärung vom 5. Juni 1945 in den Besitz aller administrativ-gouvernementalen Befugnisse in ihrer Zone gelangt waren. Die eingesetzten deutschen Amtsträger waren für die Durchführung der erteilten Befehle und Anordnungen verantwortlich; sie konnten nur aufgrund sowjetischer Genehmigung tätig werden und waren als Hilfsorgane uneingeschränkt zur Unterstützung der Okkupanten verpflichtet. Die Besatzungsbehörden in der SBZ machten von dieser Rechtslage einen ebenso extensiven wie intensiven Gebrauch. Wie Norman Naimark nach ausführlicher Untersuchung des Problems formuliert hat, betrachteten die Mitarbeiter der SMAD „jedes Detail des deutschen politischen und sozialen Lebens als Angelegenheit der Besatzungsmacht. Die sowjetischen Offiziere waren neugierig, aufdringlich, rechthaberisch und insistierten darauf, daß sie für nahezu alles eine Lösung parat hätten, von den Blumenarrangements über die Festsetzung des landwirtschaftlichen Aufbaus und Ertragsquoten bis zur Ausrichtung von Theateraufführungen, besonders von Werken der deutschen Klassiker.“ Sie seien als „Priester des rechten Glaubens“ aufgetreten, die eine „tiefe Überzeugung von der Überlegenheit des bolschewistischen Wegs“ besessen hätten.<sup>123</sup>

In der Anfangszeit hatte die SMAD bei ihren Anordnungen und Eingriffen nicht selten dadurch Schwierigkeiten, daß ihre regionalen und lokalen Unterorganisationen unkoordiniert handelten. Auch gab es manchmal Mißhelligkeiten wegen unzureichender Kompetenzabgrenzung zwischen einzelnen Ressorts. Die deutschen Stellen sahen sich durch unterschiedliche Weisungen verunsichert und gefährdet.<sup>124</sup> In einem hochzentralisierten System wie dem der UdSSR hätte dies kaum Störungen zur Folge gehabt, weil es dort immer eine vorgesetzte Stelle gab, welche die Entscheidung an sich ziehen konnte. In der

122 Abschrift des Artikels „Regiert ein Mann in Mecklenburg?“ aus der Neuen Zeitung vom 9.5.1947 [archiviert als Beweismittel gegen den der Agententätigkeit beschuldigten Dr. Spreche, welcher der Persönliche Referent Warnckes gewesen und im Januar 1948 nach West-Berlin geflohen war], BStU, Allg.S Bd. II 232/66, Bl. 91.

123 Norman N. Naimark, Die Sowjetische Militäradministration in Deutschland und die Frage des Stalinismus, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 4/1995, S. 306.

124 J. Foitzik, Einleitung, in: Inventar, a. a. O., S. 35-37.

SBZ der ersten Nachkriegsjahre war das jedoch anders. Der Grund dafür war das Selbstverwaltungsmodell, das die sowjetische Seite um des Einvernehmens mit den westlichen Okkupationspartnern willen übernommen hatte. Sie machte sich zwar dessen Kernpunkt, die von unten nach oben fortschreitende Betrauung der deutschen Wähler mit den inneren Angelegenheiten ihres Landes, nie zu eigen.<sup>125</sup> Gleichwohl zeitigte auch die bloß formale Einführung der Selbstverwaltung weitreichende Konsequenzen: Die deutschen Dienststellen erhielten ihre Weisungen von den Besatzungsbehörden auf der jeweiligen lokalen, regionalen oder zentralen Ebene, ohne daß ihnen deren Vorgesetzte etwas zu sagen hatten. Bei Widersprüchen zwischen den Instruktionen und Eingriffen verschiedener sowjetischer Seiten war unklar, wem sie Folge zu leisten hatten: den jeweiligen lokalen bzw. regionalen Kontrolleuren oder deren vorgesetzter Behörde.

Der Kreml begann seit Herbst 1946 diesem Übelstand durch Zentralisierung der deutschen Verwaltung abzuhelpfen.<sup>126</sup> Diese erhielt zunehmend Weisungsbefugnisse von oben nach unten, über die der SMAD in Ost-Berlin eine zonenweite Ausführung ihrer Instruktionen im jeweiligen Sachbereich gesichert wurde. Damit verband sich keine Stärkung der ostdeutschen Administration. Da es der sowjetischen Seite um Überwindung des eigenen Anordnungsdurcheinanders – und nicht etwa um eine Stärkung der ostdeutschen Institutionen – ging, wurde die Zentralisierung auf eine Weise durchgeführt, die den engen Spielraum der SBZ-Behörden nicht erweiterte. Nach wie vor konnten diese nicht ohne Einzelgenehmigung der zuständigen Besatzungsstelle tätig werden.<sup>127</sup> Der SMAD war es nur darum zu tun, die bislang unbefriedigenden Möglichkeiten zum Einsatz ihrer Macht zu optimieren. Indem sie – vor allem mit der Deutschen Wirtschaftskommission und der Deutschen Verwaltung des Innern<sup>128</sup> – in der SBZ einheitliche Befehlsempfänger schuf, gab sie ihren Weisungen einen höheren Wirkungsgrad: Fortan gab es nur noch einen einzigen ostdeutschen Adressaten, der von der ihm zugeordneten sowjetischen Seite Instruktionen entgegennahm, die er in der gesamten SBZ durchzuführen hatte.

125 In diesem Sinne existierte die deutsche Selbstverwaltung angesichts der umfassenden sowjetischen Anweisungspraxis nur auf dem Papier, wie auch Jan Foitzik, ebd., S. 43, hervorhebt.

126 Vgl. die einschlägigen Erörterungen während des Stalin-Gesprächs mit den SED-Führern am 31.1.1947, in: Zapis', a. a. O., S. 36 f.

127 J. Foitzik, Einleitung, in: Inventar, a. a. O., S. 35-46.

128 Aktennotiz der DVdI betr. Befehl Nr. 0212 der SMAD vom 30.7.1946 [einschl. des russischen Originaltextes dieses Befehls], 9.1.1948, BAAP, Mdl 7/1, Bl. 16-18; 3. Europäische Abteilung des Außenministeriums an S. Smirnow/W. Semjonow, 5.1.1947, AVPRF, 0457a, 5, 32, 25, l.Bl. 4; P. Morenow an M. Gribanow, 10.1.1947, ebd., Bl. 25-28; Obzor Kynina, AVPRF, AOB, 11z, 71, 20, Bl. 597; S. Serow, Vremennoe položenie o nemeckom upravlenii Vnutrennich del v Sovetskoj zone okkupacii Germanii, 13.1.1947, AVPRF, 0457a, 4, 19, 48, Bl. 40-47; Verordnung über die DVdI, bestätigt durch Generalleutnant Kurotschkin, o. D. [Mai 1947], BAAP, Mdl 7/1, Bl. 19-28; A. Smirnow an W. M. Molotow, 19.6.1947, AVPRF, 06, 9, 43, 632, Bl. 15; Verordnung über die DVdI [deutsche und russische Fassung], o. D. [Juli 1947], BAAP, Mdl 7/1, Bl. 29-33; Generalleutnant Dratwin, Položenie. O nemeckom Upravlenii Vnutrennich Del v Sovetskoj zone Germanii, o. D. [Juli 1947], AVPRF, 0457a, 4, 19, 48, Bl. 48-56; S. Creuzberger, Die sowjetische Besatzungsmacht, a. a. O., S. 155-163; J. Laufer, Die Ursprünge, a. a. O., S. 150-158.

Zusammen mit der gleichzeitigen Monopolisierung der Parteienmacht in der SED-Führung machte die administrative Zentralisierung eine Rationalisierung der Anleitung und Überwachung durch die SMAD möglich. Diese konnten ihre Aufmerksamkeit fortan auf drei Schwerpunkte konzentrieren: auf den Führungsapparat der SED, auf die Deutsche Verwaltung des Innern (DVdI) und auf die Deutsche Wirtschaftskommission (DWK).<sup>129</sup> Soweit es um administrative Maßnahmen ging, wurden die beiden genannten Behörden zu bevorzugten Ausführungsorganen der Besatzungsmacht, die dieser weithin bis dahin vorgenommene Direkteingriffe ersparten. Daß sich das Interesse der sowjetischen Seite vor allem auf die Ressorts des Innern und der Wirtschaft richtete, war bezeichnend für das Herrschafts- und Gesellschaftsverständnis in Moskau: Den Funktionen der Machtausübung nach innen und der Kontrolle auch in wirtschaftlicher Hinsicht kam entscheidende Bedeutung zu; dementsprechend waren die Prioritäten in dem besetzten Gebiet auszurichten.

Die Okkupationsmacht war von Anfang an in besonderem Maße um Lenkung und Überwachung der ökonomischen Aktivitäten im Lande bemüht.<sup>130</sup> Im Prozeß der Sowjetisierung war für den Kreml – neben der Bemühung um Abwehr industrieller Sabotage – das Bestreben maßgebend, in der SBZ die Betriebsbelegschaften unter Kontrolle zu nehmen, uneingeschränkt die staatliche Planwirtschaft einzuführen und eine den Vorstellungen „sozialistischer“ Budgetierung entsprechende Finanzplanung zu verwirklichen. Dabei ging es nicht nur um makroökonomische Eckdaten: Die Vorgaben der sowjetischen Führung erstreckten sich auch auf Einzelheiten wie die Gestaltung des landwirtschaftlichen Ablieferungssystems, den Aufbau von Maschinen-Traktoren-Stationen nach dem Vorbild der UdSSR, die Struktur und Höhe der Löhne, die Festsetzung von Arbeitsnormen, Details des Prämiensystems und die Schaffung von Betriebskindergärten. Bei allem stand zugleich die Überlegung im Hintergrund, wie die „Werkstätigen“ mittels Einbindung in ökonomische Strukturen einer zuverlässigen Kontrolle unterworfen werden könnten.<sup>131</sup>

Den Sicherheitsapparaten und deren genauester Kontrolle galt von Anfang an das besondere Interesse der Besatzungsmacht.<sup>132</sup> Seit Frühsommer 1945 formierte die SMAD unter ihrer direkten Kontrolle Polizeiorgane. Bei der Auswahl des Personals sah sie sich auf Vorschläge der KPD angewiesen. Soweit der ostdeutschen Seite allmählich weitere Einflußmöglichkeiten zugestanden wurden, gelang es Ulbricht als dem für Sicherheit zuständigen Führungskader der Partei, diese weithin auf sich zu konzentrieren. Er handelte – ebenso wie die anderen involvierten KPD-Funktionäre – in enger Absprache mit der Besatzungsmacht und verzichtete in der Regel auf eine Unterrichtung der einschlägigen Parteigremien. Der ihm ergebene ZK-Referent für Sicherheitsfragen, Erich Mielke, koordinierte die Aktivitäten. Bei der Auswahl der Kader

129 J. Foitzik, Einleitung, in: Inventar, a. a. O., S. 46 f.

130 Vgl. z. B. die Pieck-Notizen über einschlägige Vorgänge in: R. Badstübner/W. Loth, a. a. O., S. 63-65, 68 f, 82 f, 85-93, 148 f, 149-158, 248, 249-251, 260 f, 263-265, 267-269.

131 Vgl. Piecks Bericht über die Besprechung mit Stalin am 18.12.1948, ebd., S. 265-274.

132 H. Schwan, a. a. O., S. 78.

galt grundsätzlich das „Klassenprinzip“: Soziale Herkunft und politische Zuverlässigkeit waren die bestimmenden Gesichtspunkte.

In der Frühzeit gab es freilich wegen Informations- und Personalmangels viele Fehlgriffe, die anschließend durch individuelle Entlassungen und kollektive Säuberungen korrigiert wurden. Schon im Dezember 1946 war man so weit, daß etwa 90 Prozent der Länderpolizisten SED-Mitglieder waren.<sup>133</sup> Die Okkupationsbehörden überließen den ostdeutschen Polizisten jahrelang keine Schußwaffen; die daraus resultierende Ohnmacht gegenüber bewaffneten Verbrechern war eine ständige Klage.<sup>134</sup> In der Anfangsphase gab es in den Einzelheiten erheblich lokale und regionale Unterschiede. Soweit nachträglich Veränderungen vorgenommen wurden, ließ sich die dabei erforderliche Einheitlichkeit nicht zentral gewährleisten. Daher wurden Neuerungen wie der Sonderdienst „Kommissariate 5“ (K-5) modellartig in einem Land bzw. einer Provinz eingeführt und anschließend auf andere Regionen übertragen.<sup>135</sup>

Mit der Konstituierung der DVdI unter der Leitung des am 30. Juli 1946,<sup>136</sup> die zunächst noch nicht mit festen Leitungsbefugnissen gegenüber den Landespolizeien ausgestattet wurde, begann ein Prozeß immer weitergehender Vereinheitlichung und Zentralisierung. Dieser fand ein Jahr später seinen Abschluß, als der DVdI, an deren Spitze die Besatzungsmacht den bereits in Moskau als Apparatschik erprobten Kurt Fischer gestellt hatte, alle Polizeiorgane in der SBZ unterstellt wurden. Die – von besonders verlässlichen Kadern besetzten – Abteilungen dieser zentralen Innenbehörde erhielten zunächst im wesentlichen Kompetenzen bezüglich der administrativen Betreuung und der Kräftebereitstellung. Die Fragen des operativen Einsatzes wurden anfänglich unmittelbar von der sowjetischen Seite entschieden. Besonders lange galt der direkte Zugriff der Besatzungsmacht für diejenigen Teile der Polizei, die an die Demarkationslinie zu den Westzonen oder zur Bewachung sowjetischer Objekte abgestellt waren.<sup>137</sup> Sie blieben auch dann noch bloßes Hilfspersonal der sowjetischen Truppen, nachdem die DVdI in der zweiten Jahreshälfte 1947 ermächtigt worden war, unter Aufsicht eigene Entscheidungen zu treffen.<sup>138</sup>

Da die SMAD detaillierte Anweisungen gab, die neben bedeutsamen Fragen wie Amtsstruktur, Regeln der Vertraulichkeit, Dienstgradeinteilung und Disziplinarmaßnahmen auch nebensächliche Einzelheiten wie Bekleidung und Statistik umfaßten, und durch laufende Kontrollen dafür sorgte, daß die Instrukti-

133 P. Erlers, Zur Sicherheitspolitik, a. a. O., S. 82 ff; Generalmajor Malkow an M. Gribanow, 19.8.1947, AVPRF, 0457a, 4, 19, 48, Bl. 24-35.

134 N. Naimark, The Russians, a. a. O., S. 355-360.

135 Ebd., S. 360. Im vorliegenden Fall wurde das Modell in Sachsen entwickelt und von dort auf andere Länder übertragen.

136 P. Erlers, Die Sicherheitspolitik, a. a. O., S. 83 f.

137 Generalmajor Malkow an M. Gribanow, 19.8.1947, AVPRF, 0457a, 4, 19, 48, Bl. 24-35.

138 Ebd., S. 85 ff; Verordnung über die Deutsche Verwaltung des Innern, bestätigt von Generaloberst Kurotschkin, o. D. [Mai 1947], BAAP, Mdl 7/1, Bl. 19-28; Verordnung über die Deutsche Verwaltung des Innern, o. D. [Juli 1947], ebd., Bl. 29-33; Generalleutnant Dratwin, Položenie. O nemeckom Upravlenii Vnutrennich Del v Sovjetskom zone Germanii, AVPRF, 0457a, 4, 19, 48, Bl. 48-56.

nen genauestens befolgt wurden, wurde freilich der Leitung der DVdI ohnehin keine organisatorische und/oder operative Eigenständigkeit zugestanden. Die Innenbehörde wurde jedoch zur Schaltstelle für die Aufgabenbereiche Sicherheit und Verwaltung in der SBZ.<sup>139</sup> Nachdem 1947 der „sich verschärfende Klassenkampf“ proklamiert worden war, erhielt die Polizei eine effizientere Organisation und Ausrüstung.<sup>140</sup> Die SMAD übte weiterhin eine straffe Kontrolle über die polizeiliche Tätigkeit in der SBZ aus.<sup>141</sup> Nach dem Vorbild der Politischen Verwaltung in der sowjetischen Armee wurde im Juli 1948 ein System von – „Politkultur-Leitern“ (PK-Leitern) genannten – Parteikommissaren in allen als Polizei firmierenden Organen eingeführt. Anstoß und Durchführung lagen bei Mielke, der als Mann Ulbrichts die Kontakte zur Besatzungsmacht in Sicherheitsfragen wahrnahm.<sup>142</sup> Die Direktive war von sowjetischer Seite formuliert worden.<sup>143</sup> Eine Eigeninitiative aus den Reihen der SED war – zumal angesichts der Bedeutung der Sache – unter den damaligen Umständen von vornherein ausgeschlossen.

### 9. Anfänge von Staatssicherheitsdienst und Truppeneinheiten

Der offene Ausbruch des Kalten Krieges zog eine Verschärfung des sowjetischen Kurses in der SBZ nach sich. Die politische Repression war freilich kein Novum: Schon vorher hatte die SMAD die DVdI beauftragt, mit den ihr verfügbaren administrativen und polizeilichen Mitteln „die Umgestaltung Deutschlands auf der Grundlage demokratischer Prinzipien zu fördern.“<sup>144</sup> Nun aber wies sie Polizei und Justiz mit erhöhtem Nachdruck darauf hin, daß

139 K. Fischer an Oberstleutnant Dollada (russ.), 12.8.1948, BAAP, Mdl 7/42, Bl. 34 ff; K. Fischer an Generalmajor Gorochow (russ.), 29.9.1948, ebd., Bl. 61; S. Gorochow an K. Fischer, ins Deutsche übersetzt am 16.12.1948, ebd., Bl. 88-90; Oberst Dollada an K. Fischer, 11.10.1949, ebd., Bl. 100-104; S. Gorochow an K. Fischer (Übersetzung ins Deutsche), 24.6.1949, BAAP, Mdl 7/45, Bl. 262 ff; S. Gorochow an K. Fischer (mit Anlage), 11.7.1949, ebd., Bl. 182-197; S. Gorochow an K. Fischer (Übersetzung ins Deutsche), 12.8.1949, ebd., Bl. 271 f.

140 So etwa S. Gorochow an K. Fischer, 14.7.1949, ebd., Bl. 240 f.

141 Siehe u. a. die Notizen Piecks über eine Besprechung zwischen SED-Führern und Tjulpalow/Nasarow am 14.5.1948, in: R. Badstübner/W. Loth, a. a. O., S. 228 f, sowie die einschlägigen Dokumente in: Günther Glaser, Hrsg., „Reorganisation der Polizei“ oder getarnte Bewaffnung der SBZ im Kalten Krieg? Dokumente und Materialien zur sicherheitspolitischen Weichenstellung in Ostdeutschland 1948/49, Frankfurt/Main 1995, S. 276-279; S. Gorochow an K. Fischer, 16.12.1948 (Datum der Übersetzung ins Deutsche), BAAP, Mdl 7/42, Bl. 88-90; S. Gorochow an K. Fischer (Übersetzung ins Deutsche), 11.7.1949, BAAP, Mdl 7/45, Bl. 182-197; S. Gorochow an K. Fischer (Übersetzung ins Deutsche), 24.6.1949, ebd., Bl. 262 ff; S. Gorochow an K. Fischer (Übersetzung ins Deutsche), 14.7.1949, ebd., Bl. 240 ff; S. Gorochow an K. Fischer (Übersetzung ins Deutsche), 12.8.1949, ebd., Bl. 271 ff; Oberst Dollada an K. Fischer, 11.10.1949, BAAP, Mdl 7/42, Bl. 100-104.

142 H. Schwan, a. a. O., S. 82, 86.

143 In den ostdeutschen Akten finden sich zwei Fassungen der Direktive: die am 19.7.1948 vom Politbüro der SED beschlossene Version und ein von dieser sprachlich abweichender Text, der in schlechtem Deutsch formuliert ist und offensichtlich eine Übersetzung aus dem Russischen darstellt (Günther Glaser, Einführung, in: G. Glaser, „Reorganisation...“, a. a. O., S. 35.

144 *Vremennoe položenie o nemeckom upravlenii Vnutrennich del v Sovetskoj zone okkupacii Germanii*, erlassen von Generaloberst I.S. Serow, 13.1.1947, AVPRF, 0457a, 4, 19, 48, Bl. 40-47.

auf politische „Verbrechen“ mit Härte zu reagieren sei. „In Übereinstimmung mit der demokratischen Gesetzmäßigkeit“ sollte allen Gegnern des „antifaschistisch-demokratischen Regimes“ der Kampf angesagt werden.<sup>145</sup>

Bis Mitte 1947 war Stalin nicht willens gewesen, dem ostdeutschen Regime Geheimdienst und Militär zuzugestehen. Er hatte die entsprechenden Sicherheitsaufgaben eigenen Organen vorbehalten.<sup>146</sup> Es gab zwar in der SBZ einige Deutsche, die Funktionen von politischen Geheimpolizisten wahrnahmen. Dabei handelte es sich jedoch entweder unmittelbar um Mitarbeiter sowjetischer Dienste oder um Angehörige der Organisation K-5, die in einem engen und direkten Abhängigkeitsverhältnis zu den Besatzungsbehörden stand und auch dann noch, als in einer Sonderabteilung der DVdI zusammengefaßt wurde, faktisch eine mit Deutschen besetzte Außenstelle der sowjetischen Sicherheitsapparate war.<sup>147</sup> Auf deutscher Seite richtete die KPD in Zusammenwirken mit Tjulpanows Verwaltung Büros ein, die – weithin, aber nicht ausschließlich im Rahmen der Partei – Aufgaben der Abwehr, Westinfiltration und Nachrichtenbeschaffung übernahmen. Dort wurden Kader tätig, die bereits in der UdSSR einschlägig gearbeitet hatten.<sup>148</sup>

Die Vorstellung, man müsse den Erfordernissen des im Inneren wie nach außen verschärften „Klassenkampfes“ entsprechen, veranlaßte die Besatzungsmacht dazu, die Kader in der SBZ mit zusätzlichen Macht- und Repressionsinstrumenten auszustatten. Der erste, entscheidende Schritt war, daß die von Mielke geleitete Abteilung K-5 in der DVdI aufgrund des Befehls Nr. 201 der SMAD vom 16. August 1947<sup>149</sup> mit der Durchführung der Entnazifizierung betraut wurde. Die Klausel, daß bloß „formale“ Mitglieder der früheren NSDAP in ihren Positionen verbleiben sollten, gab der Organisation, die längst den Charakter einer politischen Polizei angenommen hatte, weitreichende Machtbefugnisse zum Straferzicht gegenüber jenen, die den Forderungen des Regimes uneingeschränkt zu entsprechen willens waren. Die SMAD erteilte auch Aufträge zum „Kampf gegen verbrecherische Aktivitäten der Feinde der neuen demokratischen Ordnung“, zur Unterbindung antikommunistischer Äußerungen und zur Verhinderung von Störakten gegen sowjetische Maßnahmen. Zur Erfüllung der gestellten Aufgaben erhielt die Behörde weitreichende Kompetenzen auf dem Gebiet der inneren Sicherheit, so etwa Weisungsbefug-

145 So nach einer späteren Formulierung: Vremennoe položenie o kriminal'noj policii zony okkupacii Germanii, unterzeichnet von S. Gorochow, 17.5.1949, BAAP, Mdl 7/1, Bl. 154.

146 P. Erler, Zur Sicherheitspolitik, a. a. O., S. 75-77. Molotow hatte den Vorbehalt noch im Gespräch zwischen Stalin und den SED-Führern vom 31.1.1947 zum Ausdruck gebracht (Zapis', a. a. O., S. 40).

147 S. Creuzberger, Die sowjetische Besatzungsmacht, a. a. O., S. 31 ff; N. Naimark, The Russians, a. a. O., S. 360 ff; Michael Kubina, Die Schaffung von strukturellen Voraussetzungen für die Westarbeit im zentralen Parteiapparat von KPD/SED in den ersten Nachkriegsjahren, in: Gerhard Wettig (Hrsg.), Die sowjetische Deutschland-Politik in der Ära Adenauer, Bonn 1997, S. 45.

148 Ebd., S. 41-47.

149 Befehl des Chefs der SMAD Nr. 201: Richtlinien zur Anwendung der Direktiven Nr. 24 und Nr. 38 des Kontrollrats über die Entnazifizierung (Übersetzung ins Deutsche), 16.8.1947, BAAP, Mdl 7/421, Bl. 14-18.

nisse gegenüber der Justiz. Mielke wahrte bei allen Aktivitäten seiner Leute engen Kontakt zur Besatzungsmacht.<sup>150</sup>

Die Abteilung K-5, die in der DVdI einen aus der engen Verbindung zur sowjetischen Seite<sup>151</sup> resultierenden Sonderstatus besaß, entwickelte sich rasch zu einem Apparat geheimpolizeilicher Kontrolle, der vor allem für die politische „Durchdringung und Durcharbeitung“ der Verwaltungen zu sorgen hatte. Aufgrund der Instruktionen der attachierten Berater fanden zahlreiche Praktiken des Staatssicherheitsdienstes der UdSSR Eingang, insbesondere Methoden der verdeckten Beobachtung Techniken der Zermürbung bei Verhören. Damit verband sich die Einstellung zahlreichen neuen Personals aus der „Arbeiterklasse“.<sup>152</sup> 1948 wurden zur Sicherung von Betrieben und staatlichen Einrichtungen „Ausschüsse zum Schutz des Volkseigentums“, Beauftragte zur Spionageabwehr und Kontrollkommissionen geschaffen.<sup>153</sup> Der einschlägige Apparat war der Deutschen Wirtschaftskommission zugeordnet. Als Leitstelle wurde am 5. Mai 1948 ein zentraler „Ausschuß zum Schutz des Volkseigentums“ etabliert, dem ebenfalls Mielke vorstand.

In der Folgezeit wurde die Organisation in das Umfeld der Kriminalpolizei verlagert und zu einem geheimpolizeilichen Instrument gestaltet, das zunehmend die Funktionen der – noch bis zur Gründung der DDR bestehenden – K-5 übernahm. Wie die SED-Führung Stalin im Spätherbst des Jahres berichtete, umfaßte der Auftrag unter anderem die „Abwehr von Sabotage“ und von Verbrechen wie Attentaten, die „Bekämpfung illegaler Organisationen“ und den „Kampf gegen antidemokratische Tätigkeit“. Der Ausschuß arbeitete ebenso wie seine Nachfolgeinstitution „Hauptabteilung zum Schutz der Wirtschaft und der demokratischen Ordnung“ ausdrücklich „unter direkter Leitung der sowjetischen Besatzungsorgane sowie des Präsidenten der DVdI und des Chefs der [jeweiligen] Landespolizei“.<sup>154</sup> Im Frühjahr 1949 gaben über hundert aus der UdSSR herbeigerufene zusätzliche Berater der Hauptabteilung die endgültige Gestalt und legten damit die Grundlage für das künftige Ministerium für Staatssicherheit (MfS). Auf Länderebene entstanden regionale Behörden, die

150 G. Bailey/S. Kondraschow/D. Murphy, a. a. O., S. 173; P. Erler, Zur Sicherheitspolitik, a. a. O., S. 85 ff; H. Schwan, a. a. O., S. 80 ff; N. Naimark, *The Russians*, a. a. O., S. 361 ff; David Gill/Ulrich Schroeter, *Das Ministerium für Staatssicherheit. Anatomie des Mielke-Imperiums*, Berlin 1991, S. 76; Jochen von Lang (unter Mitwirkung von Claus Sibyll), *Erich Mielke. Eine deutsche Karriere*, Berlin 1991, S. 69 ff; Bericht über eine Besprechung mit DVdI-Vizepräsident Mielke [November 1947], BAAP, Mdi 7/421, Bl. 65. Vgl. Aufzeichnung des Landeskriminalamts Sachsen, Dezernat 5, über Ergänzung und Abänderung der Durchführungsbestimmungen der Landesregierung zu Befehl 201, 25.11.1947, BAAP, Mdi, 7/421, Bl. 53-55.

151 Karl-Heinz Arnold, *Schild und Schwert. Das Ende von Stasi und Nazi*, Berlin 1995, S. 45-47.

152 N. Naimark, *The Russians*, a. a. O., S. 361; A. Haritonow, a. a. O., S. 155; Jochen Laufer, *Die Ursprünge des Überwachungsstaates in Ostdeutschland*, in: Bernd Florath/Armin Mitter/Stefan Wolle (Hrsg.), *Die Ohnmacht der Allmächtigen*, Berlin 1992, S. 161-164. Die regelmäßig erstatteten detaillierten Rechenschaftsberichte der K-5 an die SMAD in den Jahren 1947 bis 1949 finden sich im Bestand Mdi 7/436 des BAAP.

153 P. Erler, *Zur Sicherheitspolitik*, a. a. O., S. 87.

154 Antwort auf die Fragen [Stalins] zur [vorgesehenen] Besprechung [mit den SED-Führern] am 18.12.1948, in: R. Badstübner/W. Loth, a. a. O., S. 252. Vgl. P. Erler, *Zur Sicherheitspolitik*, a. a. O., S. 87.

nach dessen Konstituierung als Bezirksverwaltungen fungierten.<sup>155</sup> Nach den vorliegenden Archivdokumenten muß der Staatssicherheitsdienst der UdSSR als der „eigentliche Schöpfer des MfS“ gelten.<sup>156</sup> Die von ihm gestellten Instrukteure blieben auch weiterhin allgegenwärtig und bestimmten uneingeschränkt die Tätigkeit der ostdeutschen „Tschekisten“.<sup>157</sup>

Zur Ausstattung des SED-Regimes mit Machtinstrumenten, die Stalin angesichts des verschärften Ringens um Deutschland für notwendig hielt, gehörte auch der Aufbau bewaffneter Einheiten. Im Frühherbst 1947 sprach Ulbricht intern davon, daß die SMAD mit Vorbereitungen für eine „zentralisierte schlagkräftige Polizeitruppe“ begonnen habe.<sup>158</sup> Der SED-Sekretär und einige politisch zuverlässige Militärs wurden auf nicht näher bekannte Weise in die Planung der Details einbezogen.<sup>159</sup> Mitte des folgenden Jahres verfügte die Besatzungsmacht zur Unterstützung ihrer Kontrollkräfte an den innerdeutschen Demarkationslinien die Bildung kasernierter Grenzpolizei-Einheiten.<sup>160</sup> Am 2. Juli 1948 befahl Stalin darüber hinaus die Aufstellung kasernierter Polizei-„Bereitschaften“, denen 5000 Mannschafts-, 100 Offiziers- und 10 Generalskader, die in den Wehrmachtslagern der UdSSR auszuwählen waren, eine „reguläre militärische Ausbildung“ geben sollten.<sup>161</sup> Die herangezogenen Berufssoldaten umfaßten unter anderem Panzer-, Panzerabwehr-, Artillerie-, Funk- und Pionierfachleute sowie eine nicht ganz geringe Zahl von Seeleuten und Piloten.<sup>162</sup> Nach der Art der Organisation, Ausbildung, Übungstätigkeit und

155 H. Schwan, a. a. O., S. 87.

156 Walter Süß, Das Verhältnis von SED und Staatssicherheit. Eine Skizze seiner Entwicklung, BF informiert Nr. 17, hrsg. vom Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, Berlin 1997, S. 18.

157 Walter Süß, „Schild und Schwert“ – Das Ministerium für Staatssicherheit und die SED, in: Klaus-Dietmar Henke/Roger Engelmann (Hrsg.), Aktenlage. Die Bedeutung der Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes für die Zeitgeschichtsforschung, Berlin 1995, S. 89; Roger Engelmann, Diener zweier Herren. Das Verhältnis der Staatssicherheit zur SED und den sowjetischen Beratern 1950-1959, in: Siegfried Suckut/Walter Süß (Hrsg.), Staatspartei und Staatssicherheit, a. a. O., S. 51 f.

158 Erich W. Gniffke, Jahre mit Ulbricht, Köln 1966, S. 262 f.

159 Erinnerung von Heinz Hoffmann, wiedergegeben in: Ich schwöre. Eine Bilddokumentation über die Nationale Volksarmee, [Ost-]Berlin 1969, S. 251.

160 Aufzeichnung Major Ljulka für M. Gribanow, 15.7.1948, AVPRF, 0457a, 5, 33, 27, Bl. 162-168; Pieck-Notiz über ein Gespräch mit Tjulpanow und Nasarow, 14.5.1948, in: R. Badstübner/W. Loth, a. a. O., S. 228. Vgl. auch die Weisung von Oberst Dollada an den Präsidenten der DVdI bezüglich der Umorganisation des „Rings um Berlin“, 8.9.1949, in: G. Glaser, „Reorganisation“, a. a. O., S. 323.

161 Ministerstvo inostrannykh del SSSR, Istorizhesko-diplomatizheskoe upravlenie: Germanskij vopros vo vzaimootnošenijach SSSR, SŠA, Anglii i Francii v period ot Berlinskoi konferencii do obrazovanija dvuch germanskich gosudarstv (1945-1949 gg.). Obzor podgotovil G.P. Kynin. Redaktor: A.M. Aleksandrov. Čast' III (1963), AVPRF, Archivno-operativnaja biblioteka, 11ž, 71, 20 [hinfort: Obzor Kynina], Bl. 602 f. Vgl. Pieck-Notizen über ein Gespräch mit Tjulpanow und Nasarow am 14.5.1948, in: R. Badstübner/W. Loth, a. a. O., S. 228; Rüdiger Wenzke, Auf dem Wege zur Kaderarmee, in: Bruno Thoß (Hrsg.), Volksarmee schaffen – ohne Geschrei! Studien zur „verdeckten“ Aufrüstung in der SBZ/DDR 1947-1952, München 1994, S. 214-227.

162 K. Fischer an Gardegeneralmajor Gorochow, 11.3.1949, BAAP, Mdl 7/48, Bl. 164 f. Nach dem Urteil eines hohen Offiziers der späteren NVA ist dies als Indiz für eine langfristige angelegte militärische Personalplanung der sowjetischen Seite zu werten: Erinnerungsbericht des Generalmajors a.D. Günter Kaekow über seinen Dienst in der SBZ/DDR in den Jahren 1948 – 1956. Manuskript

Bewaffnung zu urteilen, waren die Formationen – außer als Kaderreservoir für eine künftige Armee – primär für den Einsatz in innerdeutschen Konflikten vorgesehen, die nach dem früher oder später zu erwartenden Abzug der Besatzungstruppen ausbrechen mochten. Sie unterstanden der direkten Kontrolle der Okkupationsstreitkräfte. Die Militärbehörden der UdSSR legten die generellen Rahmenbedingungen für den ostdeutschen Militäraufbau fest und griffen zusätzlich durch überraschende Sonderanweisungen ein, die sich vielfach störend auswirkten.<sup>163</sup> Sowjetische Berater kontrollierten von Anfang an den Alltag und die Tätigkeit der militärischen Formationen.<sup>164</sup>

Auch alle weiteren Schritte des militärischen Aufbaus wurden von der SMAD, oft nachweislich auf der von Stalin-Befehlen, eingeleitet. Das gilt insbesondere für die Einrichtung von „Volkspolizeischulen“ im April 1949,<sup>165</sup> die Mitte des Jahres verfügten Maßnahmen über deren Ausweitung und die Schulung der militärischen Spitzenkader in der UdSSR,<sup>166</sup> die im August verfügte Neugliederung der Einheiten nach Waffengattungen sowie Zahlenvermehrung der Bereitschaftsangehörigen und Schulen,<sup>167</sup> die Aufstellung erster Marinekräfte ab April 1950,<sup>168</sup> die Ausbildung von Luftwaffenkadern seit Ende 1951<sup>169</sup> und die Umgliederung der bisher nach Waffengattungen getrennten Einheiten zu gemischten Verbänden im Winter 1950/51.<sup>170</sup> Alle bisher bekannt gewordenen

der Arbeitsgruppe Befragungen/Erinnerungen, Militärgeschichtliches Institut der DDR, Potsdam, Juli 1990, Aufbewahrungsort MGFA Potsdam, S. 2.

- 163 Das galt insbesondere für die Anfang 1949 angeordnete Entfernung bestimmter Personenkategorien (etwa von Kadern mit Westverwandtschaft) aus den Einheiten, die – außer zu großen personellen Lücken – zu starker Verunsicherung der Bereitschaftsangehörigen führte. Die in den Befehl Nr. 2/49 des Präsidenten der DVd übersetzte Maßnahme betraf zunächst die Grenzpolizei, wurde dann aber auf alle als Polizei firmierenden Organisationen ausgedehnt (Günter Glaser, Einführung, in: G. Glaser, „Reorganisation“, a. a. O., S. 60 ff; Text: ebd., S. 254-258).
- 164 Vgl. etwa den Erinnerungsbericht von G. Kaekow, a. a. O., S. 1 f.
- 165 Befehl des Obersten Chefs der SMAD Nr. 175 vom 26.4.1949, erwähnt in: Befehl Nr. 0036 des Obersten Chefs der SMAD, 8.8.1949, AVPRF, 0458, 264ss, 314, 0036, Bl. 11; Befehl des Obersten Chefs der SMAD Nr. 175 vom 26.4.1949 (Auszug aus der Übersetzung ins Deutsche und aus dem russischen Originaltext), in: G. Glaser, „Reorganisation“, a. a. O., S. 282-284.
- 166 Sowjetischer Ministerrat, Beschluß vom 18.6.1949, No. 2625-1044ss, AVPRF, 0458, 264ss, 314, 0036, Bl. 1-5; Gespräch zwischen Pieck/Dahlem und Kabanow/Gorochow, 1.7.1949, in: G. Glaser, „Reorganisation“, a. a. O., S. 56 f. Vgl. Wolfgang Eisert, Zu den Anfängen der Sicherheits- und Militärpolitik der SED-Führung 1948 bis 1952, in: B. Thoß, a. a. O., S. 184 f.
- 167 Befehl Nr. 0035 des Obersten Chefs der SMAD, 8.8.1949, AVPRF, 0458, 264ss, 314, 0036, Bl. 6-13; Befehl [ohne Numerierung] von Gardearmeegeneral Tschujkow und Generalleutnant Lujkantschenko, 9.8.1949, ebd., Bl. 17-19. Vgl. R. Wenzke, a. a. O., S. 239-248.
- 168 Beschluß des Ministerrats der UdSSR, Nr. 1708-665ss, unterschrieben von J. Stalin und gegengezeichnet von M. Pomasnew, 25.4.1950, AVPRF, 0458, 264ss, 314, 0036, Bl. 24-38. Vgl. R. Wenzke, a. a. O., S. 249.
- 169 Beschluß des Ministerrats der UdSSR, Nr. 4594-2025ss, 15.11.1951, lt. Wiedergabe in dem Schreiben von Armeegeneral Maladin an Luftwaffengeneraloberst Shigarew und Generaloberst Beloskokow, nachrichtlich übermittelt an den Obersten Chef der SMAD, 21.11.1951, AVPRF, 0458, 264ss, 314, 0036, Bl. 40 ff; Beschluß des Ministerrats der UdSSR, Nr. 4594-2055ss, 15.11.1951, weitergeleitet an Luftwaffengeneraloberst Shigarew, nachrichtlich dem Obersten Chef der SMAD übermittelt, lt. Aufzeichnung von Armeegeneral Schtemenko, 21.11.1951, ebd., Bl. 42. Vgl. R. Wenzke, a. a. O., S. 250.
- 170 Ebd., S. 253 ff; Thomas M. Forster, NVA. Die Armee der Sowjetzone, Köln 1966/67 (3. Aufl.), S. 22-25.

Anweisungen lassen das Bestreben der sowjetischen Seite erkennen, die mit den ostdeutschen Militärkadern zusammenhängenden Fragen in allen Einzelheiten zu regeln sowie die Einhaltung der erlassenen Vorschriften und den alltäglichen Betrieb in der Truppe genauestens zu kontrollieren. Zu diesem Zweck wurden die sowjetischen Militärberater im August 1949 in einer hierarchisch straff gegliederten Anleitungs- und Überwachungsstruktur zusammengefaßt.<sup>171</sup> Insgesamt hatte das SED-Regime mit den militärischen Formationen kaum mehr zu schaffen, als sich auftragsgemäß um die Bereitstellung und Verwaltung der notwendigen Ressourcen zu kümmern.<sup>172</sup>

### *10. Konstituierung des ostdeutschen Staates*

Der Ausbau der Verwaltungsstrukturen und Machtapparate in der SBZ seit 1946/47 stand nicht nur in Widerspruch zu den interalliierten Grundsätzen dezentraler deutscher Selbstverwaltung. Er ging auch über die administrativen Anforderungen hinaus, zu deren Erfüllung die sowjetische Besatzungsmacht Hilfe von deutscher Seite benötigte. In zunehmendem Maße kristallisierte sich ein staatliches Gefüge heraus, dessen Existenz die SBZ zu einem separaten Gebilde in Deutschland machte. Dem lag eine – von Anfang an zu beobachtende – Ambivalenz in der Haltung des Kreml zur deutschen Einheit zugrunde, die auch dann weiter bestehen blieb, als die UdSSR ab Kriegsende in der Öffentlichkeit konsequent für ein ungeteiltes Deutschland eintrat. Im gleichen Atemzug, in dem sich Stalin am 4. Juni 1945 für die Sicherung von dessen staatlicher Einheit durch eine einheitliche KPD aussprach, sprach er die Überzeugung aus, daß es „2 Deutschlands geben“ werde.<sup>173</sup>

Das Problem wurde akut, nachdem der latente Ost-West-Konflikt Mitte 1947 in eine offene Konfrontation übergegangen war. Wie ein von Tjulpanow der SED-Führung Anfang Mai 1948 zugestelltes Papier erkennen läßt, sah die sowjetische Seite zu diesem Zeitpunkt die „Aufteilung Deutschlands in zwei Teile“ als faktisch gegeben an.<sup>174</sup> Die logische Konsequenz aus dieser Einschätzung war, die geplante Gründung eines westdeutschen Staates durch eine entsprechende Formalisierung der in der SBZ entstandenen bzw. entstehenden administrativ-politischen Strukturen zu kontern. Der Kreml wählte dafür einen Rahmen, der das öffentliche Bekenntnis zur deutschen Einheit nicht beeinträchtigte, sondern sogar bekräftigte. Die Kampagne für „Einheit und gerecht-

171 Befehle des Obersten Chefs der SMAD Nr. 0035 und Nr. 0036, jeweils 8.8.1949, AVPRF, 0458, 264ss, 318, 0036, Bl. 8, 13; Verordnung über die Berater bei den deutschen Polizeiorganen, unterzeichnet vom Leiter der Innenverwaltung der SMAD, 9.8.1949, ebd., Bl. 22 ff; Befehl des Obersten Chefs der SMAD, 11.8.1949, ebd., Bl. 20 f.

172 Hierzu näher Torsten Diedrich, Aufrüstungsvorbereitung und -finanzierung in der SBZ/DDR 1948-1953, in: B. Thoß, a. a. O., S. 278-305.

173 Notizen Piecks über die Besprechung Stalins mit den Führern der KPD am 4.6.1945, in: R. Badstübner/W. Loth, a. a. O., S. 50.

174 S. Suckut, a. a. O., S. 120.

ten Frieden“, welche die auf sowjetische Veranlassung hin organisierte Volkskongreßbewegung im Winter 1947/48 betrieben hatte, war zwar nur wenig erfolgreich gewesen. Das gesamtdeutsche Image der Bewegung bot aber die Möglichkeit, den Vorbereitungen für die Proklamierung eines Staates auf dem Boden der SBZ mit der Aura einer Vereinigungsinitiative zu versehen. Dies war allem Anschein nach von vornherein das entscheidende Motiv für den 2. Deutschen Volkskongreß, den die SED am 17./18. März 1948 in Ost-Berlin abhielt.<sup>175</sup> Unter Hinweis darauf, daß die Arbeit nach Abschluß der Veranstaltung fortgesetzt werden müsse, wurde ein Gremium von 300 ostdeutschen Kongreßteilnehmern gebildet, die in geschlossener Sitzung 100 Landsleute aus den Westzonen kooptierten. Die ausschlaggebenden Beratungen fanden jedoch nicht in dieser Körperschaft, sondern in Ausschüssen für Verfassung, Friedensvertrag, Wirtschaft, Recht, Kultur, Agrarpolitik und Soziales statt. Das angeblich zur Weiterführung der Diskussion auf dem Kongreß dienende permanente Gremium bildete lediglich das formale Dach für die Beratungstätigkeit der Ausschüsse. Deren Rückbezug auf den 2. und später den 3., diesmal – auf Einheitslistenbasis – gewählten Volkskongreß sollte die Ergebnisse als Ausdruck des Volkswillens legitimieren. Parallel abgehaltene „Volksdiskussionen“ in der SBZ dienten dem gleichen Zweck. In deren Verlauf setzte die SED neue Akzente, die anschließend von den Ausschüssen aufgegriffen wurden – ein Vorgehen, das dazu bestimmt war, ein weiteres Mal die Volksorientiertheit der Beratungen darzutun, auch wenn bei genauerer Betrachtung klar war, daß die Ost-Berliner Führer die Regie führten.

Die ostdeutschen Spitzenfunktionäre waren freilich nur vordergründig die bestimmenden Akteure. Wie sich insbesondere für die Tätigkeit des zentralen Verfassungsausschusses nachweisen läßt, gingen die wesentlichen Anstöße und Weichenstellungen immer wieder von der sowjetischen Seite aus. Die von den Ausschußmitgliedern erarbeiteten Entwürfe wurden der Besatzungsmacht vorgelegt und, teilweise unter persönlicher Einbeziehung Stalins, von hohen Stellen in Moskau einer sehr intensiven, ins einzelne gehenden Kritik und Korrektur unterzogen.<sup>176</sup> Außerdem sahen sich die Ost-Berliner Spitzenkader dazu bewogen, dem sowjetischen Führer in voller Breite und in genauem Detail die Entscheidung über ihre Politik insgesamt anzutragen.<sup>177</sup>

Die bestimmende Einflußnahme des Kreml setzte sich fort, als die Maßnahmen der unmittelbaren Staatsgründung eingeleitet wurden. Die SED-Führung un-

175 Obzor Kynina, Teil III, Archivno-operativnaja biblioteka, 11ž, 71, 20, Bl. 608-610; G.N. Goroškova, Dviženie nemeckogo narodnogo kongressa za edinstvo i mimosogovor, Moskau 1959, S. 73-80.

176 Siehe insbesondere W. Molotow an I. Stalin, 21.10.1948, AVPRF, 06, 10, 36, 488, Bl. 73-80; M. Gribanow an A. Smirnow, 25.1.1949, AVPRF, 082, 36, 187, 40, Bl. 1-12; M. Gribanow an Außenminister Wyschinskij, o. D. [August 1949], ebd., Bl. 82 f. Vgl. auch die sowjetische Einflußnahme auf die Formulierung der Pläne für eine „Nationale Front“: S. Tjulpanow an W. Semjonow, 25.3.1949, AVPRF, 0457a, 7, 38, 7, Bl. 71-73; Obzor Kynina, Teil III, Archivno-operativnaja biblioteka, 11ž, 71, 20, Bl. 620 ff; G.N. Goroškova, a. a. O., S. 162-243.

177 Antwort [der SED-Führung] auf die Fragen zur [vorgesehene] Besprechung [mit Stalin] am 18.12.1948, in: R. Badstübner/W. Loth, a. a. O., S. 247-253.

terbreitete Stalin detaillierte Vorschläge über die Umwandlung des aus dem 3. Volkskongreß hervorgegangenen Volksrats in ein Quasi-Parlament, die Billigung der im Rahmen des Volkskongresses ausgearbeiteten Verfassung durch dieses Gremium, das Verfahren der Regierungsbildung, die Verteilung der Ressorts an die SED und die Blockparteien, die mit den verschiedenen Ministerämtern zu betrauenden Personen, den Inhalt der abzugebenden Regierungserklärung, die Verschiebung der eigentlich fälligen Wahlen und die Einführung eines wirtschaftlichen Fünf-Jahr-Plans. Zugleich bat sie den sowjetischen Führer, Termin und Verfahren der künftig abzuhaltenden Wahlen, zentrale wirtschaftliche Fragen, verschiedene wichtige Probleme innerhalb der SED und eine Reihe weiterer anstehender Angelegenheiten zu entscheiden.<sup>178</sup> Die folgende Einflußnahme des Kreml schloß nachweislich Voten über die Zusammensetzung<sup>179</sup> und die Geschäftsordnung<sup>180</sup> der Regierung ein. Angesichts dieser Umstände trifft das Urteil de Gaulles, daß die DDR nichts als eine Kreatur der UdSSR sei,<sup>181</sup> nicht nur in dem allgemeinen Sinne ihres Angewiesenseins auf den innenpolitisch stützenden Rückhalt Moskaus zu. Der Vorgang ihres Entstehens macht konkret deutlich, daß die sowjetische Seite in allen Einzelheiten bestimmte, wie die DDR auszusehen hatte und welche Personen in ihr Führungspositionen bekleideten.

### *11. Erklärungen über den Status der DDR nach der Staatsgründung*

Mit der förmlichen Konstituierung der Deutschen Demokratischen Republik, die zwar nur über das Gebiet der SBZ und des Ostsektors von Berlin Macht besaß, aber gleichwohl den Anspruch erhob, das gesamte deutsche Volk zu repräsentieren und damit Träger der deutschen Staatsgewalt überhaupt zu sein, verband die an deren Spitze gestellte SED-Führung ursprünglich die Erwartung weitreichender politischer Kompetenzen. Wie sie Anfang September 1949 anregte, sollten der prospektiven DDR-Regierung alle bislang von der SMAD ausgeübten Verwaltungs- und Entscheidungskompetenzen übertragen werden; die Besatzungsmacht hätte sich danach auf eine „allgemeine Kontrolle“ der Regierungstätigkeit zu beschränken gehabt. Die Einräumung eines derartigen Status vorbehaltlicher Selbständigkeit brauchte Stalin darum keine Schwierigkeiten zu machen, weil sich die ostdeutschen Herrschaftsträger von vornherein uneingeschränkt zu seinen Vorstellungen und Zielen in Deutschland bekannten. Sie akzeptierten die „Schuld“ und „Verantwortung“ des deutschen Volkes „für die aggressive Kriegspolitik“ und gelobten „Wiedergutmachung der Schuld“, d. h. praktisch vor allem eine volle Erfüllung der sowjetischen Reparationsforderungen. Zugleich verpflichtete sich die SED-Führung

178 Brief der SED-Führung an Stalin, 19.9.1949, ebd., S. 294-297.

179 Ebd.

180 A. Gromyko an I. Stalin, 10.10.1949, AVPRF.

181 So während einer Unterredung mit der Breschnew-Führung in Moskau, berichtet von André Fontaine, Les entretiens franco-soviétiques à Moscou, in: Le Monde, 23.6.1966.

ausdrücklich dazu, die – mit den Stichworten „Kampf gegen Faschismus und Militarismus“ sowie „Potsdamer Beschlüsse“ umschriebene – Sowjetisierungspolitik der Besatzungsmacht zu übernehmen und den daraus folgenden Kampf gegen die Westmächte um den Besitz Westdeutschlands mit allen Kräften zu führen.<sup>182</sup>

Die Hoffnungen, die der SED-Vorsitzende den ZK-Mitgliedern seiner Partei kurz vor Proklamierung der DDR machte, gingen in die gleiche Richtung. Er stellte ihnen in Aussicht, daß die SMAD „ihre Funktion in Deutschland grundlegend ändern“, „auf die Verwaltungsarbeit verzichten“ und ihre Tätigkeit auf die Kontrolle der Transformation gemäß dem Potsdamer Abkommen und der Vier-Mächte-Übereinkünfte beschränken werde. In der Sicht des Vortragenden wie der Versammelten stellte der Vorbehalt keine Einschränkung für die Handlungsfreiheit des künftigen Staates dar, ging es ihnen doch selbst um die Verwirklichung des gesteckten Umgestaltungszieles. Das macht die Schlußfolgerung verständlich, die vorgesehene Statusregelung werde die „Souveränität des deutschen Volkes“ innerhalb des Gebietes sicherstellen, das der vorgesehenen Regierung unterstehen werde.<sup>183</sup>

Nach Ausrufung der DDR ließ Stalin durch den Obersten Chef der SMAD öffentlich erklären, „das Bestreben deutscher demokratischer Kreise“ sei als „rechtmäßig“ anzuerkennen, „die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands und dessen Wiedergeburt auf demokratischer und friedlicher Grundlage in die eigenen Hände zu nehmen.“ Die sowjetische Regierung nehme zur Kenntnis, daß die Führung des [ost]deutschen Staates auf dem Boden der Potsdamer Beschlüsse stehe und die aus den Vier-Mächte-Vereinbarungen resultierenden Verpflichtungen erfüllen werde, und übergebe ihr die Verwaltungsfunktionen, die bis dahin der SMAD zustanden.<sup>184</sup> Diese Formulierungen schienen auf den ersten Blick die Einräumung weitreichender gouvernementaler Zuständigkeiten zu bedeuten. Bei näherem Hinsehen jedoch fiel, vor allem wenn man den intern geäußerten Wunsch der SED-Führung kannte, die fehlende Erwähnung von Entscheidungsbefugnissen auf: Es war nur von administrativen Kompetenzen – also von der Wahrnehmung ausführender Aufgaben<sup>185</sup> – die Rede.

Die damit festgelegte Richtung trat noch deutlicher in einer Erklärung hervor, die der Oberste Chef der – nunmehr in Sowjetische Kontrollkommission

182 Disposition für die Regierungserklärung, 8.9.1949, wiedergegeben bei Siegfried Suckut, Zur Vorgeschichte der DDR-Gründung, in: Die Deutschlandfrage von Jalta und Potsdam bis zur staatlichen Teilung Deutschlands 1949, Studien zur Deutschlandfrage 12, Berlin 1993, S. 183-186. Vgl. Aufzeichnung Mutius (Rechts- und Vertragsabteilung des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten [MfAA]), 28.10.1949, Archiv des MfAA der früheren DDR [hinfort:AMfAA], A 5789, Bl. 2 f.

183 Ausführungen von W. Pieck auf der 22. (36.) Tagung des PV der SED, 4.10.1949, wiedergegeben in: Siegfried Suckut, Die Entscheidung zur Gründung der DDR. Protokolle der Beratungen des SED-Parteivorstandes am 4. und 9. Oktober 1949, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 1/1991, S. 157 f.

184 Erklärung von Armeegeneral W. I. Tschujkow, 10.10.1949, in: Dokumente zur Deutschlandpolitik der Sowjetunion, Bd. I, [Ost-]Berlin 1957, S. 236-238.

185 Auch im Russischen bezeichnet der Terminus „Verwaltung“ (upravlenie) kein aus originären Entscheidungen resultierendes Handeln.

(SKK) umbenannten – Besatzungsverwaltung am folgenden Tag gegenüber den Mitgliedern der DDR-Regierung abgab. Danach gingen die bis dahin von der SMAD in der SBZ und im Berliner Ostsektor wahrgenommenen Verwaltungsaufgaben an die [ost]deutschen Staatsorgane über. Diesen wurde auch eine Zuständigkeit bezüglich der auswärtigen Beziehungen und – sofern die materiellen Forderungen der UdSSR befriedigt würden – auch des Außenhandels zugestanden. Unter der Bedingung, daß die DDR-Regierung den Potsdamer Beschlüssen und den Vier-Mächte-Vereinbarungen nicht zuwiderhandele, könne diese ihre Tätigkeit „in Freiheit“ ausüben. Der Repräsentant der UdSSR nahm die [ost]deutsche Bereitschaft zur Kenntnis, die Bedingung zu erfüllen. Allerdings waren seine Vorgesetzten nicht willens, sich darauf zu verlassen. Gemäß Stalins Grundsatz, daß man sich gegen politische Risiken am besten durch die Ausübung von Kontrolle schütze, wurden in Ost-Berlin und anderen größeren Städten Dienststellen der SKK eingerichtet. Diese erhielten den generellen Auftrag, nirgends Maßnahmen zuzulassen, die den innen- und/oder außenpolitischen Vorstellungen des Kreml nicht entsprachen (die in der amtlichen Terminologie als sich aus den Potsdamer Beschlüssen und den anderen Vereinbarungen mit den Westmächten ergebende Erfordernisse figurierten). Der SKK wurde ausdrücklich das Recht zugesprochen, alle notwendigen Informationen bei den [ost]deutschen Ämtern einzuholen.<sup>186</sup>

Ein Indiz für den Umfang der Kontrollbefugnisse ist die Tatsache, daß in der Besatzungsbehörde (neben der es noch weitere einflußnehmende Stellen wie vor allem die Apparate der Militärberater und der Staatssicherheitsinstruktoren gab) 4000 Mitarbeiter tätig waren<sup>187</sup> und daß sich die 17 Abteilungen bzw. Inspektionen und 2 Verwaltungen der SKK unter anderem mit den Reparationslieferungen, dem Staatsaufbau, der Wirtschaft, dem Informationswesen, der Leicht- und Schwerindustrie, den Transport- und Kommunikationseinrichtungen, der Kaderauslese, der allgemeinen Politik sowie – dies vermutlich erst ab 1952 – den Land-, See- und Luftstreitkräften der DDR zu befassen hatten. Als Schalt- und Verbindungsstelle fungierte der Apparat des dem Außenministerium unterstellten Politischen Beraters, an dessen Spitze Semjonow stand.<sup>188</sup> Dieser war daher nächst dem Oberkommandierenden der sowjetischen Truppen, dem die SKK unterstand, der wichtigste Vertreter Moskaus in Ost-Berlin.

186 Erklärung von Armeegeneral W. I. Tschujkow, 11.10.1949, in: Dokumente zur Deutschlandpolitik der SU, a. a. O., S. 240 f.

187 Die Zahl der SKK-Bediensteten wurde erwähnt in einem Gespräch von Tschujkow und Semjonows Stellvertreter Iljitschow mit dem SED-Vorsitzenden Pieck am 10.11.1949, wiedergegeben in: Rolf Badstübner/Wilfried Loth, Wilhelm Pieck. Aufzeichnungen zur Deutschlandfrage 1945-1953, Berlin 1994, S. 315. Bis zum Frühjahr 1953 ging die Zahl der der SKK direkt zugeordneten Mitarbeiter (also ohne die Apparate der sowjetischen Berater und ohne die Funktionäre der Geheimdienste) auf 1905, 1605 oder 1689 zurück, wie die von Semjonow, Molotow und von einer ungenannten Seite jeweils gemachten Angaben lauten (s. Entwurf Semjonows für eine Vorlage Molotows im Präsidium des Ministerrats der UdSSR mit hinzugefügten Randbemerkungen und Ergänzungen, 4.6.1953, AVPRF, 06, 12, 288, 18, Bl. 3, 42).

188 Die Angaben entstammen späteren Reorganisationsvorschlägen Semjonows, die dieser am 4.6.1953 Außenminister Molotow zuleitete (AVPRF, 06, 12, 288, 18, Bl. 4f).

Zur Unterrichtung allein der zuständigen Parteistellen erläuterte die SKK-Spitze der SED-Führung, wie die getroffene Regelung im einzelnen aufzufassen und anzuwenden war. Danach hatte die DDR-Regierung den als Postulaten von Potsdam und der Vier-Mächte-Übereinkünfte firmierenden Systemforderungen der UdSSR sowie den Ansprüchen Moskaus auf Wiedergutmachung und Zahlung der Besatzungskosten zu entsprechen. Darüber sollte die SKK wachen. Sie hatte sofort einzugreifen, wenn sie Verletzungen dieser Verpflichtungen feststellte. Zu diesem Zweck konnte sie nach Zustimmung aus Moskau DDR-Gesetze aufheben oder im Extremfalle sogar Anordnungen erlassen, die für die ostdeutsche Seite bindend sein würden. Das Recht der SSK, alle für erforderlich erachteten Auskünfte einzuholen, sollte ausdrücklich „Untersuchungen“ und „Kontrollen“ ermöglichen, über die dann in die sowjetische Hauptstadt zu berichten war. In außenpolitischer Hinsicht wurde der SSK die Befugnis vorbehalten, die Kontakte mit den anderen drei Besatzungsmächten wahrzunehmen, die Vereinbarkeit der künftigen ostdeutschen Abkommen mit dritten Ländern mit den „allg[emeinen] Vereinbarungen“ zu gewährleisten und den auswärtigen Handelsverkehr der DDR zu überwachen. Dabei wurde ausdrücklich festgelegt, daß „strategisch wichtige Rohstoffe nicht ohne Verständigung mit [der] SKK“ die Grenze passieren durften. Die Anordnungen, welche die SMAD in den vorangegangenen Jahren für die SBZ erlassen hatte, sollten daraufhin geprüft werden, ob sie in Geltung bleiben oder aber revidiert bzw. dem veränderten Status des Landes angepaßt werden sollten.<sup>189</sup> Die DDR-Regierung beilegte sich anschließend, die Auskunftspflicht gegenüber der Besatzungsmacht in einer behördeninternen Weisung zu formulieren.<sup>190</sup>

Das Ausmaß der dem SED-Regime übertragenen Wahrnehmung der ostdeutschen Angelegenheiten blieb weit hinter den Erwartungen zurück, die der Parteivorsitzende zuvor geäußert hatte. Als die westlichen Besatzungsmächte im Frühjahr 1951 ihre Kontrolle über die Bundesrepublik lockerten, hoffte die ostdeutsche Führung auf analoge Konzessionen der sowjetischen Seite – aber vergeblich.<sup>191</sup> Dieser Enttäuschungen ungeachtet, äußerten die SED-Funktionäre nicht im geringsten Ärger oder Unzufriedenheit. Denn die von der UdSSR eingesetzten Kader waren sich stets dessen bewußt, daß sie ihre Macht allein von Moskau empfangen hatten und daß sie diese wegen des schwachen Rückhalts im Lande nur mit der Unterstützung der östlichen Okkupationsmacht behaupten konnten. Zugleich waren sie aufgrund ihrer politisch-ideologischen Sozialisation unverbrüchlich an die Sowjetunion und an die Person Stalins gebunden. Es blieb ihnen daher nichts anderes übrig, als die Zurückweisung ihres Wunsches nach größerer Selbständigkeit mit verstärktem Bemühen um das Wohlwollen des Kreml zu beantworten. Grotewohl erklärte daher vor der

189 Besprechung von Tschujkow und Iljitschow mit Pieck, Grotewohl und Ulbricht am 11.11.1949, ebd., S. 316 f.

190 Michael Lemke, Die DDR und die deutsche Frage 1949-1955, in: Wilfried Loth (Hrsg.), Die deutsche Frage in der Nachkriegszeit, Berlin 1994, S. 142.

191 Alexei Filitov, Germany and Europe from Adenauer to Brandt, Arbeitspapier für das internationale wissenschaftliche Kolloquium „L' Union Soviétique face a la construction européenne“, veranstaltet vom Centre R. Schuman, Luxembourg, 11./12.12.1997, S. 5.

Prominenz seiner Partei, der „Umfang der ostdeutschen Selbstverwaltung“ werde künftig davon abhängen, „welches Vertrauen die Sowjetunion zu unserer Regierung wie zu den einzelnen Trägern dieser Regierung aufzubringen in der Lage“ sein werde. Die „politische Vertrauenswürdigkeit“ der SED und die Qualität ihrer Arbeit würden darüber entscheiden, inwieweit man die erstrebte Selbstverwaltung für Deutschland „zurückerobern“ könne, denn „selbstverständlich“ müsse sich die UdSSR bei der Übergabe der Kompetenzen dessen sicher sein, „daß dabei nicht experimentiert wird.“<sup>192</sup>

Die SED-Führung akzeptierte damit den sowjetischen Willen grundsätzlich als eigenen und war ausdrücklich bereit, als sowjetischer „Transformationsriemen“ in Deutschland zu fungieren. Diese Internalisierung der politischen Vorgaben des Kreml zeigte sich im politischen Alltag der folgenden Jahre beispielsweise daran, daß das DDR-Regime auf jede nur mögliche Weise bemüht war, die Entscheidungen der Besatzungsmacht nicht nur zu bejubeln, sondern auch in größtmöglichem Umfang auf eigenes Handeln zurückzuführen, um ihnen so den Charakter des fremden Oktroi zu nehmen. Das galt nicht zuletzt dann, wenn es sich um heikle Angelegenheiten handelte. Als etwa die ostdeutschen Machthaber im Januar 1950 über den Beschluß der sowjetischen Regierung informiert wurden, eine größere Anzahl von in ihrem Gewahrsam befindlichen Landsleuten zu entlassen, und die Weisung erhielten, daß sie diese Personen fast ausnahmslos auf die eine oder andere Art als weiterhin strafwürdig zu behandeln hatten, wurde die Sache so an die Öffentlichkeit gebracht, daß die von der sowjetischen Seite verfügte Überstellung der Gefangenen als eine Freilassungsaktion erschien, zu der sich die UdSSR großzügigerweise auf Ersuchen der SED hin bereit gefunden hatte.<sup>193</sup>

Der übernommenen Transmissionsrolle entsprechend, suchte das ostdeutsche Regime auch den seinem Staat zugewiesenen Status in ein möglichst günstiges Licht zu rücken. Als Ansatzpunkt dafür diente etwa der Umstand, daß die UdSSR – anders als die Westmächte – kein Besatzungsstatut erlassen hatte. Das war zwar in Wahrheit ein Nachteil für die DDR, denn auf diese Weise vermied es die Okkupationsmacht, ihre Befugnisse genau zu umschreiben und damit zu begrenzen.<sup>194</sup> Dessen ungeachtet, erweckte Pieck in der Öffentlichkeit den Eindruck, als sei man wegen des fehlenden Besatzungsstatuts im Osten unvergleichlich viel besser dran als im Westen. Allein die Sowjetunion habe sich „dazu entschlossen, die Anerkennung des heiligen und unveräußerlichen Rechtes des deutschen Volkes auf ein staatliches Eigenleben in Einheit, Frieden und nationaler Unabhängigkeit durch eine wahrhaft befreiende Tat zu

192 Grotewohl auf der 23. (37.) erweiterten Tagung des PV der SED am 9.10.1949, wiedergegeben ebd., S. 139.

193 Unterredung zwischen Semjonow, Pieck und Ulbricht am 10.1.1950, wiedergegeben in: R. Badstübner/W. Loth, a. a. O., S. 322 f.

194 Wegen dieser einschränkenden Wirkung hatte die deutsche Seite in den Westzonen die Initiative zur Formulierung eines Besatzungsstatuts ergriffen, auf welche die Westmächte dann eingegangen waren.

verwirklichen.“<sup>195</sup> Auch Grotewohl sprach von der „befreienden Tat“, welche die Bildung der deutschen Regierung in Ost-Berlin darstelle, und leitete daraus den Schluß ab, daß eine weitere Vertiefung der Freundschaft mit der sowjetischen Seite die unerläßliche Voraussetzung für die „nationale Existenz des deutschen Volkes und Staates“ sei.<sup>196</sup> Damit verband sich fortan die These, daß die DDR – und nur sie allein – in Deutschland nationale Unabhängigkeit genieße und damit den wahren Staat aller Deutschen bilde, während die Bundesrepublik (die nicht mit ihrem Namen genannt, sondern als „westdeutscher Spalterstaat“ bezeichnet wurde) eine bloße Kolonie der Westmächte sei.

Einen für die ostdeutsche Seite günstigen Vergleich stellte auch der zur Ost-CDU gehörende Außenminister Dertinger an. Vor seinen Parteifreunden führte er aus, die DDR befinde sich im Zustand einer „neuen Freiheit und Unabhängigkeit“. Anders als die Landsleute im Westen sei man hier zum Träger des eigenen Schicksals geworden; auf dem Boden des Potsdamer Abkommens könne man „von nationaler Selbstbestimmung Gebrauch machen“. Die sowjetische Besatzungsmacht übe nur noch jene zwischen den vier [sic!] Mächten in Potsdam vereinbarten Funktionen aus, die sich auf die „Fragen der Entmilitarisierung, der Sicherung der deutschen Demokratie und der Sicherung der Reparationsverpflichtungen“ bezögen.<sup>197</sup> Intern war die Bewertung des Außenressorts nüchterner: Demnach war zwar das „Völkerrechtssubjekt Deutschland, verkörpert durch die Deutsche Demokratische Republik,“ aufgrund der sowjetischen Status-Erklärung „wieder handlungsfähig“ geworden, blieb jedoch weiterhin „beschränkt durch den Rahmen des Potsdamer Abkommens und der Vier-Mächte-Beschlüsse hinsichtlich Deutschlands“.<sup>198</sup> Die von der Besatzungsmacht wahrgenommenen Interventionsbefugnisse waren im Kern darauf ausgerichtet, die „Demokratisierung des gesamten öffentlichen Lebens“ nach sowjetischen Vorstellungen zu gewährleisten, wie es der aus dem Potsdamer Abkommen hergeleiteten Verpflichtung der Siegermächte zur „Mithilfe bei der Festigung der demokratischen Ordnung in Deutschland“ entspreche. Dabei war der DDR die Funktion zugewiesen, unter strikter sowjetischer Aufsicht das später für die Gesamtheit aller Deutschen vorgesehene Staats- und Gesellschaftsmodell zu etablieren.<sup>199</sup>

195 Rede Piecks anlässlich seiner Wahl zum Präsidenten durch Prov. Volkskammer und Prov. Länderkammer am 11.10.1949, in: Dokumente zur Außenpolitik der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, Bd. I, [Ost-]Berlin 1954, S. 14.

196 Regierungserklärung Grotewohls, 12.10.1949, in: Otto Grotewohl, Im Kampf um die einig Deutsche Demokratische Republik, Bd. 1: Reden und Aufsätze 1945-1949 [Ost-]Berlin 1959, S. 496.

197 Referat Dertingers auf der 4. Jahrestagung der CDU in Leipzig, 4.11.1949, AMFAA, A 10099, Bl. 23-29.

198 Aufzeichnung Mutius, a. a. O.

199 Aufzeichnung Dr. Reintanz über Gesichtspunkte für einen Friedensvertrag, 15.12.1950, AMFAA, A 6009, Bl. 2-4.

*12. Elemente der ostdeutschen Selbst- und Fremdbestimmung unter Stalin*

Die Übertragung der Verwaltungsfunktionen an die DDR änderte nichts daran, daß die UdSSR ihre bestimmende Macht wie bisher vor allem durch drei Kontrollstränge sicherte. Der erste von ihnen wurde freilich modifiziert. Als der administrative, in den vorangegangenen Jahren zunehmend zentralisierte und mit staatsähnlichen Funktionen ausgestattete Apparat in die Überwachungskompetenz der SKK übergang, ergab sich außer einer Einschränkung der bislang ubiquitären Präsenz der Besatzungsbehörden auch insofern ein Wandel, als die ostdeutschen Stellen nunmehr grundsätzlich in vielen Sachbereichen selbst handeln durften, ohne auf sowjetische Weisung zu warten. Aber sie waren jederzeit und überall der Kritik, Korrektur oder Annullierung der von ihnen verfügbaren Maßnahmen durch die Okkupationsmacht ausgesetzt. Dem konnten sie, da die nach Moskauer Dafürhalten aus dem Potsdamer Abkommen und den Vier-Mächte-Beschlüssen abzuleitenden praktischen Konsequenzen in den Einzelheiten oft unklar waren, nur dadurch entgehen, daß sie sich – zumindest in wichtigen Fragen – vorher über die SKK des Einverständnisses der UdSSR zu versichern suchten. Wenn der Kreml eine Angelegenheit für besonders wichtig hielt, beugte er ostdeutscher Ungewißheit von vornherein vor, indem er von sich aus Instruktionen erteilte.

Der zweite Strang der sowjetischen Kontrolle bestand im Prinzip unverändert fort: Die Anwesenheit von Beratern an den Schaltstellen der administrativ-staatlichen Strukturen blieb bestehen. Insbesondere die dadurch bewirkte Steuerung der Sicherheitsapparate unterlag keinem grundlegenden Wandel. Die Polizei war während der vorangegangenen Jahre bei der Ausübung ihres Dienstes grundsätzlich direkter sowjetischer Anleitung unterworfen gewesen – ein Tatbestand, der sich nach der Staatsgründung nur graduell änderte, wie die zahlreichen und weitreichenden Eingriffe der Okkupationsbehörden in der Folgezeit belegen.<sup>200</sup> Der Aufbau der als polizeiliche Sondereinheiten firmierenden Organisationen Grenzpolizei und Bereitschaften war von sowjetischer Seite zu einer Zeit in Gang gesetzt worden, als es nicht einmal ansatzweise eine ostdeutsche Staatsgewalt gab. Das hatte zur natürlichen Folge, daß sie den Charakter von ausgeprägten Instrumenten der Besatzungsmacht erhielten, die ihre Verfügungsgewalt durch ein Verhältnis direkter organisatorisch-dienstlicher Zuordnung sicherte.

An diesem Zustand änderte sich auch nach Ausrufung der DDR wenig. Die Grenzpolizei blieb in operativer Hinsicht dem Kommando der sowjetischen Streitkräfte unterstellt, dem die Aufgabe der Grenzsicherung weiterhin zugewiesen war. Die weithin militärisch organisierten Bereitschaften wurden zwar im Oktober 1949 dem – aus der Deutschen Verwaltung des Innern hervorgegangenen – Ministerium des Innern zugeordnet, in dem eine „Hauptverwaltung

200 Vgl. u. a. Michael Lemke, Die deutschlandpolitischen Handlungsspielräume der SED innerhalb der sowjetischen Deutschlandpolitik 1949-1955, in: Gustav Schmidt (Hrsg.), Ost-West-Beziehungen. Konfrontation und Détente 1945-1989, Bochum 1993, S. 314 f.

Ausbildung“ für sie und die parallel zu ihnen aufgebauten militärischen „Volkspolizeischulen“ zuständig wurde.<sup>201</sup> Die bisherige Verfügung der sowjetischen Seite über die Truppen wurde dadurch nicht beeinträchtigt. Auch in der Folgezeit traf Stalin die grundlegenden Entscheidungen, die anschließend von der DDR-Führung in eigene Beschlüsse umzusetzen waren. Die Einzelheiten wurden von der militärischen Führung in Moskau bestimmt. Sie legte vor allem Kaderauswahl, Ausbildung und Ausrüstung, Verbandsstruktur, Dislozierung, Unterbringung und Beförderungen fest. Vor Ort sorgten für jederzeitige Durchsetzung des sowjetischen Willens die – in allen Schulen und Einheiten tätigen – Berater, die als Exekutivorgane des sowjetischen Oberkommandos in Deutschland im August 1949 zu einem straffen, auf systematische Anleitung und Aufsicht ausgerichteten Apparat zusammengefaßt worden waren.<sup>202</sup> Nur sie hatten in den Einheiten das Sagen.<sup>203</sup> Als drittes Kontrollinstrument setzte der Kreml in den militärischen Formationen der DDR Abwehrberater ein, deren Leiter dem Chef der Sonderverwaltungen der Besatzungsarmee unterstand.<sup>204</sup>

Die Strukturen der geheimen Sicherheitsüberwachung, welche die Besatzungsmacht seit Kriegsende in der SBZ etabliert und allmählich von unten her mit deutschem Personal ergänzt hatte, erhielten am 8. Februar 1950 den organisatorischen Rahmen des DDR-Ministeriums für Staatssicherheit (MfS). Auch danach jedoch bestand nicht nur eine enge Verflechtung mit den sowjetischen Diensten fort. Ebenso blieben Leitung und Kontrolle in sowjetischer Hand. Die in dreistelliger Zahl im MfS weiterhin tätigen Instruktoren des MGB, an deren Spitze – als ausführendes Organ des Staatssicherheitssektors der SKK – der Chefinstrukteur bei der Leitung des MfS stand, kümmerten sich um alle Einzelheiten, dirigierten ausnahmslos die operative Tätigkeit und behielten sich Aktionen von größerer Bedeutung selbst vor. Die Abteilungen des MfS in den Ländern hatten nicht der Ost-Berliner Zentrale, sondern den jeweiligen Obersektionen des MGB Bericht zu erstatten, und die dortigen Instruktoren lenkten die Aktivitäten. Im Unterschied zu vorher nahm aber der Dienst der UdSSR Verhaftungen nicht mehr selbst vor, sondern überließ deren Durchführung den MfS-Untersuchungsorganen. Verstärkt wurde die Kontrolle der Besatzungsmacht durch den Umstand, daß führende Sicherheitsfunktionäre der ostdeutschen Seite alte KPD-Kader waren, die während der NS-Zeit im Mos-

201 Torsten Diedrich, Die bewaffnete Sicherung des deutschen Arbeiter-und-Bauern-Staates bei der Schaffung von Grundlagen des Sozialismus und im Ringen um ein entmilitarisiertes neutrales Deutschland, Dissertation (A) am Militärgeschichtlichen Institut der DDR, Potsdam 1989, S. 12-14.

202 Näheres bei Gerhard Wettig, Neue Erkenntnisse aus sowjetischen Geheimdokumenten über den militärischen Aufbau in der SBZ/DDR 1947-1952, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen, 2/1994 (53), S. 413 f.

203 Vgl. u. a. das Protokoll der Befragung von NVA-Generalmajor a.D. Bernhard Bechler durch Dr. Torsten Diedrich und OSL d.R. Reinhard Jänicke, Militärgeschichtliches Institut der DDR in Potsdam, März 1990, S. 3 f.

204 Bernhard Marquardt, Die Zusammenarbeit zwischen MfS und KGB, in: Deutscher Bundestag (Hrsg.), Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ (12. Wahlperiode), Bd. VIII: Das Ministerium für Staatssicherheit. Altkader, Regierungs- und Vereinigungskriminalität, Baden-Baden 1995, S. 302 f.

kauer Exil gewesen waren, im dortigen Sicherheitsapparat oder auch anderen Organisationen gedient hatten und von daher in besonderen Beziehungen zu dem damaligen Asylstaat standen. Im Ergebnis unterstand das MfS faktisch ohne Einschränkung sowjetischem Kommando.<sup>205</sup>

Anfang April 1952 unterrichtete Stalin die SED-Führer über seine Absicht, die DDR zum Bollwerk des sozialistischen Lagers gegen die Bundesrepublik zu machen und ihr zu diesem Zweck den Charakter eines echten Staates zu geben. Als Gegenstück zu dem im Westen ausgehandelten westdeutschen Wehrbeitrag sollten in der DDR Streitkräfte und Rüstungskapazitäten aufgebaut werden; deren westlichen Grenzen sollten künftig stärker geschützt werden. Für deren Sicherung wurde der Einsatz ostdeutscher Kräfte vorgesehen.<sup>206</sup> Welche Einzelmaßnahmen zur Verwirklichung dieses Programms seitens der ostdeutschen Führung zu ergreifen waren, wurde anschließend in Besprechungen zwischen dieser und der Sowjetischen Kontrollkommission festgelegt.<sup>207</sup>

Die Grenzpolizei, die anscheinend schon vorher aus dem Organisationsverband der sowjetischen Streitkräften ausgegliedert worden war, erhielt den Auftrag, das deren Standorten vorgelagerte Feld zu überwachen. Sie hatte die Verschärfungen zu exekutieren, welche die vom Kreml verfügten Absperrmaßnahmen gegenüber Westdeutschland und Berlin nach sich zogen. Für die weitere Lenkung und Überwachung der Einheiten durch die Besatzungsmacht sorgten Berater, die ab 1. Juni 1952 ihre Tätigkeit aufnahmen.<sup>208</sup> Innerhalb der ostdeutschen Herrschaftsstruktur wurde die Grenzpolizei in Einvernehmen mit der SKK dem MfS zugeordnet.<sup>209</sup> In der Folgezeit erhielt die DDR-Staatssicherheit weitere bewaffnete Kräfte, die nach sowjetischem Vorbild für den inneren Einsatz vorgesehen waren.

Ungefähr zur Jahreswende 1951/52 wurde dem MfS, in dessen Reihen sich wegen der fehlenden Möglichkeiten zu eigenem Handeln ein erhebliches Mo-

205 Roger Engelmann, Diener zweier Herren. Das Verhältnis der Staatssicherheit zur SED und den sowjetischen Beratern 1950-1959, in: Siegfried Suckut/Walter Süß, Staatspartei und Staatssicherheit. Zum Verhältnis von SED und MfS, Berlin 1997, S. 51-54; Clemens Vollnhals, Das Ministerium für Staatssicherheit, in: Jürgen Weber (Hrsg.), Der SED-Staat. Neues über eine vergangene Diktatur, München – Landsberg/Lech 1994, S. 62; B. Marquardt, a. a. O., S. 301; George Bailey/Sergej A. Kondraschow/David E. Murphy, Die unsichtbare Front. Der Krieg der Geheimdienste im geteilten Berlin, Berlin 1997, S. 177 f.

206 Ebd., S. 193; Pieck-Notizen über Gespräche in Moskau vom 1. bis 7.4.1952, wiedergegeben in: Badstübner/Loth, a. a. O., S. 382-399; Stalin and the SED Leadership 7 April 1952: „You Must Organize Your Own State“ [Dokumente aus dem Moskauer Präsidentenarchiv mit hinzugefügter Einleitung], in: Cold War International History Bulletin (hrsg. vom Woodrow Wilson Center in Washington), Heft 4, S. 34 f, 48 f.

207 Vgl. die Pieck-Notizen über Besprechungen am 14.4., 18.4. und 7.5.1952, in: R. Badstübner/W. Loth, a. a. O., S. 400-403.

208 T. Diedrich, Die bewaffnete Sicherung, a. a. O., S. 62.

209 Stefan Creuzberger, Abschirmungspolitik gegenüber dem westlichen Deutschland im Jahre 1952, in: Gerhard Wettig (Hrsg.), Die sowjetische Deutschland-Politik in der Ära Adenauer, Rhöndorfer Gespräche 16, Bonn 1997, S. 22-28; Pieck-Notizen über Besprechungen mit führenden Repräsentanten der SKK am 14. und 17.4.1952, wiedergegeben in: R. Badstübner/W. Loth, a. a. O., S. 400-402; Befehl Nr. 39/52 von Staatssicherheitsminister Zaisser, 7.4.1952, BStU, GVS 481/52; Befehl Zaisser, 12.5.1952, BStU, MfS – BdL/Dok. Nr. 000045.

tivationsdefizit bemerkbar machte,<sup>210</sup> größere Eigenständigkeit zugebilligt. Die ostdeutschen Mitarbeiter bekamen erstmals auch wichtigere Vorgänge in die Hand; die MfS-Ländersektoren leiteten ihre Rechenschaftsberichte nicht mehr an die Instruktoren, sondern an die Ost-Berliner Zentrale. Im Juni 1952 ordnete die Moskauer Führung an, daß ihre dort eingesetzten Kader künftig nicht mehr als Instruktoren, sondern als Berater tätig sein würden. Am beherrschenden Einfluß der Vertreter der UdSSR änderte das wenig. Aus der bruchstückhaften Überlieferung geht beispielsweise hervor, daß die Auswahl der von den Offizieren des MfS zu bearbeitenden Fälle nach wie vor von sowjetischen Weisungen abhing und daß auch die Formulierung der amtsinternen Regelungen fremdbestimmt wurde. Noch für 1959 ist bezeugt, daß sich die Abteilungs- und Referatsleiter in allen wesentlichen Fragen nach dem Rat der im MfS tätigen KGB-Mitarbeiter richteten.<sup>211</sup> Der Verzicht der Besatzungsmacht auf die bisherige Praxis, deutsche Staatsbürger unmittelbar durch ihren Sicherheitsdienst zu verhaften und zu verurteilen, bedeutete zwar im Verfahren, nicht aber in der Sache einen Wandel: Fortan dienten ihr die Organe des MfS als Exekutivinstrument.

Im Jahre 1952 änderte sich der Status auch der militärischen Bereitschaften und Schulen. Vor dem Hintergrund einer von der UdSSR angeordneten intensiven DDR-Kampagne für eine „Verteidigung der Heimat“ und die Aufstellung „nationaler Streitkräfte“<sup>212</sup> erhielten sie am 1. Juli 1952 die amtliche Bezeichnung „Kasernierte Volkspolizei“ (KVP). Damit verband sich eine Umorganisation, die – in der Annahme einer raschen Verwirklichung der zwischen der Bundesrepublik und den westlichen Staaten geschlossenen Verträge über einen westdeutschen Wehrbeitrag – auf eine Eingliederung in die erste Strategische Staffel der sowjetischen Verteidigung abzielte.<sup>213</sup> Mit ausdrücklicher Ermächtigung durch die Besatzungsmacht<sup>214</sup> faßte Ulbricht auf der II. Parteikonferenz Anfang Juli 1952 in Übereinstimmung mit den Vorschlä-

210 Vgl. die Angaben über einen Bericht dieses Inhalts, den der oberste Repräsentant des MGB in der DDR, General Kawersnew, im Februar 1952 erstattete, bei G. Bailey/S. Kondraschow/D. Murphy, a. a. O., S. 177.

211 Ebd., S. 178; B. Marquardt, a. a. O., S. 301 ff; Karl Wilhelm Fricke/Bernhard Marquardt, DDR-Staatssicherheit. Phänomen des Verrats. Die Zusammenarbeit zwischen MfS und KGB, Bochum 1995, S. 50-169; S. Suckut/W. Stüb, Staatspartei, a. a. O., S. 52 f, 56 f. In Moskau war bezeichnenderweise während der folgenden Jahre weiterhin von „Instruktoren“ die Rede, s. etwa die Aussage von Innenminister Kruglow auf dem ZK-Plenum der KPdSU vom Juli 1953 lt. Protokoll in: Delo Berija, wiedergegeben in: Izvestija CK KPSS, 1/1991, S. 213.

212 G. Wettig, Neue Erkenntnisse, a. a. O., S. 408-412.

213 Torsten Diedrich, Militär- und sicherheitspolitische Aspekte der stalinistischen Systemkrise 1953 aus DDR-Sicht, unkorrigiertes Vorbereitungsmanuskript für das internationale Symposium „Das Krisenjahr 1953 und der Kalte Krieg in Europa“ (Cold War International History Project/Zentrum für zeithistorische Forschung), Potsdam, 10.-12.11. 1996, S. 5 f.

214 Das der Entschließung zugrunde liegende zentrale Referat Ulbrichts hatte nachweislich der sowjetischen Seite vorgelegen und war von dieser ausführlich kommentiert bzw. korrigiert worden (vgl. Semjonow an Tschujkow/Kawersnew/Petrow/Maschirin/Iljitschow/Orlow, 4.7.1952, AVPRF, 0457a, 13, 68, 13, Bl. 16-20; A. Maschirin an W.S. Semjonow, 5.7.1952, AVPRF, 0457a, 13, 68, 14, Bl. 46-51). Nicht feststellbar ist, inwieweit der SED-Chef bereits bei seinem Entwurf außer auf die generellen Direktiven Stalins von Anfang April 1952 auch noch auf genauere Empfehlungen aus Moskau bzw. der SKK zurückgegriffen hat.

gen der sowjetischen Märznote in der DDR den Aufbau „nationaler deutscher Streitkräfte“ bzw. einer „Volksarmee“ ins Auge.<sup>215</sup> Dem folgte ein Beschluß der Versammelten über die künftige „Schaffung bewaffneter Streitkräfte“.<sup>216</sup>

Dieser Schritt wurde im Sommer organisatorisch vollzogen<sup>217</sup>, auch wenn es – wegen des sich unerwartet verzögernden westdeutschen Verteidigungsbeitrages – zu keiner formellen Erklärung darüber kam. Die Maßnahmen betrafen insbesondere die Einrichtung von Organen der militärischen Führung. Aufgrund der polizeilichen Tarnung, welche die ausgebliebene förmliche Beschlußfassung weiterhin notwendig erscheinen ließ, erhielten sie ihren Platz im Innenministerium. Für die drei Teilstreitkräfte Heer, Marine und Luftwaffe wurden jeweils Hauptverwaltungen und Stäbe gebildet. Bedingt durch die Verlagerung der eigentlich einem Verteidigungsministerium gebührenden Zuständigkeit auf die Ebene einer Abteilung, ergab sich die Anomalie, daß die unter der generellen Bezeichnung KVP laufenden Führungsorgane sowohl für die Gesamtstreitkräfte als auch für die Teilstreitkraft der Landtruppen allein zuständig waren, also zugleich die Spitze und eine der nachgeordneten Stellen repräsentierten. Die zu treffenden militärischen Entscheidungen wurden in einem Kollegium beraten, dem Innenminister Stoph, dessen vier Stellvertreter Heinz Hoffmann (für die KVP insgesamt), Vincenz Müller (für die KVP[-Land]), Waldemar Verner (für die KVP-See) und Heinz Keßler (für die KVP-Luft), der Chef der Politverwaltung und weitere führende Generale angehörten und zu dem nach einigen Monaten auch Ulbricht stieß.<sup>218</sup> Damit gab die sowjetische Seite die bisher unmittelbar wahrgenommene Führung des Militärs ab, behielt freilich sowohl die übergeordnete Leitung als auch die durch die Berater-Präsenz in der Truppe hergestellte operative Kontrolle.

Das der DDR bei ihrer Gründung zugestandene Recht zur Selbstaussübung der administrativen Kompetenz modifizierte den dritten Strang der sowjetischen Kontrolle, die Herrschaftsausübung im „gesellschaftlichen“ Bereich. Nachdem die kommunistische Führung des ostdeutschen Staates ihre Macht Anfang der fünfziger Jahre so gut wie uneingeschränkt im Innern durchgesetzt hatte, bemühte sich die Besatzungsmacht weithin nur noch um die SED mit ihren Unter- und Nebenorganisationen. Dabei scheinen die zuvor üblichen Direktinterventionen in das Parteiengefüge größtenteils aufgehört zu haben; nach der vor-

215 Text: Walter Ulbricht, Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. IV, [Ost-]Berlin 1958, S. 409, 423.

216 So gleichlautend formuliert in einem Grußtelegramm an Stalin und in der abschließenden Konferenzresolution, jeweils am 12.7.1952, wiedergegeben in: Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Bd. IV, [Ost-]Berlin 1954, S. 70, 72.

217 Die damals geschaffenen Strukturen bedurften keiner wesentlichen Änderung mehr, als 1955/56 aus der KVP die „Nationale Volksarmee“ mit einem Verteidigungsministerium an der Spitze entwickelt wurde. Wie der Chef der [Gesamt-]KVP Anfang 1954 in einem Rechenschaftsbericht an das Politbüro der SED ausführte, gab es zu diesem Zeitpunkt aufgrund der 1952 eingeleiteten Veränderungen eine „Organisation moderner Streitkräfte“, die „mit allen Arten moderner Bewaffnung und Kampftechnik“ sowjetischen Typs ausgerüstet war (SAPMO, J IV 2/202/64, Bl. 125).

218 Vgl. T. Diedrich, Die bewaffnete Sicherung., a. a. O., S. 52-54; T. Diedrich, Militär- und sicherheitspolitische Aspekte, a. a. O., S. 5-13.

angegangenen Sowjetisierung des Landes und angesichts der Empfänglichkeit der ostdeutschen Führungskader für Ratschläge der „Freunde“ bestand dafür kein Bedarf mehr. Die UdSSR konnte ihren Willen mühelos geltend machen, ohne direkt Befehle geben zu müssen, zumal die SED-Führer deren Voten häufig von sich aus einholten. Daß „Empfehlungen“ ohne Einwände befolgt wurden, war selbstverständlich. Zudem griff die SKK, als deren Sprachrohr in der Regel ihr Politischer Berater, Semjonow, hervor, oft ihrerseits in Angelegenheiten ein, die ihr wegen vermuteter Unwichtigkeit nicht vorgelegt worden waren.

Die SKK sandte in allen Fragen, die bedeutsam erschienen, Vorlagen mit Beurteilungen und Empfehlungen nach Moskau an das Außenministerium, oft auch an den ZK-Apparat. Von dort ging die Sache oft weiter hinauf, nicht selten bis zu Stalin.<sup>219</sup> Im Ergebnis erhielt die SED-Führung stets detaillierte kritische Anmerkungen und genau formulierte Abänderungsvorschläge.<sup>220</sup> Der oberste sowjetische Führer schaltete sich insbesondere dann persönlich ein, wenn es um deutschland- und ordnungspolitische Fragen ging. Auf diesen Feldern wurde die ostdeutsche Seite normalerweise überhaupt nicht von sich aus tätig, und die Initiative kam von Moskau. Dabei bemühte sich der Kreml jedoch weithin, nicht unmittelbar in Erscheinung zu treten. Der DDR fiel dann die Aufgabe zu, nach detaillierter, oft die Formulierungen vorgegebender Weisung die sowjetische Politik als angeblichen Willen des deutschen Volkes zu präsentieren bzw. aus fiktiv nationaler Motivation heraus an die deutsche Öffentlichkeit zu appellieren.<sup>221</sup>

219 Das betraf nicht selten auch Dinge, die nach westlichem Verständnis keinen hochpolitischen Charakter hatten. So ist beispielsweise Günther Wagenlehner bei seinen umfassenden Recherchen über das Schicksal der deutschen Kriegsverurteilten in sowjetischem Gewahrsam zu dem Schluß gekommen, daß auch in diesem Bereich „ohne Stalin nichts lief“ (s. seinen Diskussionsbeitrag in: Gerhard Wettig, Hrsg., *Die sowjetische Deutschland-Politik in der Ära Adenauer*. Rhöndorfer Gespräche 16, Bonn 1997, S. 78).

220 Als nachweisbare Exempel vgl. u. a. W. Pieck an W. Semjonow, 28.12.1949 [Erwiderung auf Kritik des Adressaten an unzureichenden publizistischen Kampfanstrengungen gegen den Titoismus], SAPMO, NY 4036 736, Bl. 22 ff; Aufzeichnung Mutius über Gespräch des Außenministers und seines Staatssekretärs mit Botschafter Puschkin am 17.1.1950 [betr. Erklärung der DDR-Regierung über Saarfrage, die dann am 14.3.1950 veröffentlicht wurde], AMfAA, A 15641, o. Bl.; Bericht Semjonow, 24.1.1950 [mit ins einzelne gehender Kritik an Tätigkeit der Nationalen Front, der Massenorganisationen, Landesregierungen, Kreis- und Ortsverwaltungen und an Arbeit der SED], SAPMO, NY 4036 736, Bl. 42-77; anonymes und überschriftsloses Papier [aus der SKK], ins Deutsche übersetzt am 3.3.1950 [über „Entlarvung reaktionärer Elemente“ in bürgerlichen Parteien], ebd., Bl. 78-82; anonyme und überschriftslose Papiere [aus der SKK], ins Deutsche übersetzt am 15. und 13.3.1950 [über Mängel der Parteiarbeit und innerparteiliche Konflikte in der Berliner Organisation der SED], ebd., Bl. 83-88; W. Pieck an W. Semjonow 11.7.1950 [Übermittlung des Erstentwurfs für Rechenschaftsbericht auf bevorstehendem III. SED-Parteitag mit der Bitte um „Hilfe“ bei abschließender Formulierung und um entsprechende Unterredung], ebd., Bl. 179 f.

221 Als Beispiele für eine derartige Umwandlung sowjetischer Initiativen in ostdeutsche Politik vgl. u. a. S. Bjornstad, a. a. O., S. 48-50 [Meinungsaustausch zwischen Moskau und Ost-Berlin bezüglich der Reaktion auf die Beschlüsse der New Yorker Außenministerkonferenz vom September 1950 und der Vorbereitung der Prager Außenministerkonferenz vom Oktober 1950]; Bericht der DDR-Delegation über die Prager Außenministerkonferenz der osteuropäischen Staaten an den Präsidenten der DDR, 23.10.1950 [über die Formulierung des seitdem bis 1953 für die DDR verbindlichen grundlegenden Konzepts eines für die Wiedervereinigungsmodalitäten allein zuständigen ge-

### 13. Interaktionsmuster von UdSSR und DDR in der Stalin-Zeit

Die sowjetische Seite übermittelte der SED-Führung regelmäßig Instruktionen, wie sie im Blick auf Westdeutschland vorzugehen hatte, um den dort angestrebten Zielen näherzukommen. Soweit die Weisungen nicht an das Politbüro oder das Sekretariat der Partei gerichtet waren, gingen sie an die Westkommission, die ihrerseits die Kader der KPD in Westdeutschland und auch die Westapparate der FDJ, anderer Massenorganisationen und der Blockparteien dirigierte. Die Maßnahmen, welche die SED-Spitze bezüglich der „Westarbeit“ einleitete, bedurften der vorherigen Billigung in Moskau.<sup>222</sup> Die lenkende Kontrolle der sowjetischen Seite vollzog sich in der Regel über die SKK. An diese hatte die Westkommission Rechenschaftsberichte zu schicken.<sup>223</sup> Zudem bestimmte die Besatzungsmacht Höhe und Art der Zuwendungen für die „Westarbeit“ in der Bundesrepublik.<sup>224</sup> Die sowjetischen Überwachungsbe-

samtdeutschen Rates aus Vertretern beider Teile Deutschlands], SAPMO, NY 4090 Bd. I 459, Bl. 2-18; Zamečanja i dopolnenja k planu, o. D. [Ende Okt. 1950], SAPMO, NY 4090 Bd. II 315, Bl. 235 [Anweisung für Grotewohls Regierungserklärung vom 15.11.1950]; M. Lemke, Die infiltrierte Sammlung. Ziele, Methoden und Instrumente der SED zur Formierung einer bürgerlichen Opposition in der Bundesrepublik 1949-1957, in: Tilman Mayer (Hrsg.), „Macht das Tor auf“. Jakob-Kaiser-Studien, Berlin 1996, S. 183 [Übermittlung des Textes für den Brief von Ministerpräsident Grotewohl an Bundeskanzler Adenauer vom 30.11.1950]; S. Bjornstad, a. a. O., S. 69 f, 73 f, 75 f, 78 f, 103 [die dem Appell Grotewohls vom 15.9.1951 vorausgehenden und nachfolgenden Beratungen und Entscheidungen in Moskau]; A. Gromyko an I.V. Stalin, 28.1.1952 [retrospektiver Hinweis auf Tatsache der sowjetischen Initiative zum Appell der DDR-Volkskammer an den Deutschen Bundestag vom 15.9.1951], AVPRF, 07, 25, 13, 100: 38-51; ebd./A. Gromyko an V.M. Molotov (mit Anlage), 21.1.1952, AVPRF, 07, 25, 13, 100: 25-37/ A. Gromyko an i.V. Stalin, 25.1.1952, AVPRF, 082, 40, 255, 11: 14 [jeweils Darlegung eines Plans aufeinanderfolgender, die sowjetische Note vom 10.3.1952 vorbereitender Schritte, deren erster die Note der DDR-Regierung an die Regierungen der Vier Mächte vom 13.2.1952 war]; Übermittlung (in russ. Sprache) eines „an das deutsche Volk“ zu richtenden Aufrufs der DDR-Volkskammer [der am 30.7.1953 verabschiedet wurde], o. D., SAPMO, NY Bd. III 897, Bl. 9-16.

222 Vgl. z. B. W. Ulbricht an W.S. Semjonow, 24.4.1952, AVPRF, 0457a, 13, 68, 12, Bl. 1-6.

223 Vgl. Berichte der SED-Westkommission [an die SKK] vom 16.1.1950, 2.3.1950, 22.9.1950 und 2.10.1950, SAPMO, NY 4036 Bd. I; 2 6491, Bl. 60-67, 147-153, 184 f, 186-190; Aktennotiz Dahlem/Axen über Gespräch mit Heinemann und Grüber am 10.1.1951, SAPMO, NY 4036 Bd. I; 2 649, Bl. 192-194; Aktennotiz Dahlem mit Nachtrag dazu, ebd., Bl. 195 ff; Bericht des Arbeitsbüros der KPD für das Politbüro der SED im Blick auf die [betriebene] Volksbefragung gegen Remilitarisierung, 16.4.1951, ebd., Bl. 197-202; Vorschläge für Maßnahmen in Westdeutschland, 16. und 17.4.1951, ebd., Bl. 203-208; Formulierungsentwürfe für an verschiedene westdeutsche Adressatengruppen zu richtende Briefe, 30.4.1951, ebd., Bl. 209-245; F. Dahlem an W. Pieck/O. Grotewohl/W. Ulbricht mit Anlagen, 9.8.1951, ebd., Bl. 252-254; weitere Berichte über Fühlungenahmen mit westdeutschen Militärkreisen, Daten vom Sommer 1951, ebd., Bl. 25-257; O. Grotewohl an S. Semjonow, 19.10.1951, NY 4090 Bd. II 315, Bl. 324 ff; [Dokument der SED-Westkommission:] vom SED-Politbüro am 4.12.1951 gebilligte Texte für seitens der KPD abzugebende Erklärungen und für einen SED-Appell an die Bundes- und Länderparlamentarier in Westdeutschland, SAPMO, NY 4182 Bd. II 897, Bl. 9-16; W. Ulbricht an F. Dahlem/P. Verner (mit handschriftlicher Erwidernung Dahlems), 17.1.1953. SED-Hausmitteilung, SAPMO, NY 4182 Bd. II 871, Bl. 47. Die hier aufgeführten Signaturen weisen ausnahmslos Bestände des SED-Zentralsekretariats aus, die den Austausch von Mitteilungen im Verhältnis zur SKK betrafen (für den das unter Ulbrichts Leitung stehende Zentralsekretariat zuständig war). Vgl. auch Michael Lemke, Die deutschlandpolitischen Spielräume der SED innerhalb der sowjetischen Deutschlandpolitik 1949-1955, in: Gustav Schmidt (Hrsg.), Ost-West-Beziehungen. Konfrontation und Détente, Bd. 2, Bochum 1993, S. 317.

224 Ebd., S. 324.

fugnisse schlossen eine unmittelbare Überprüfung der Tätigkeit der FDJ innerhalb der DDR und in der Bundesrepublik ein.<sup>225</sup> Bei all dem ging es der Führung der UdSSR darum, entscheidenden Einfluß auf die politische Entwicklung in Westdeutschland zu gewinnen. Als wichtigste Schaltstelle fungierte auch hier Semjonow; in Besprechungen mit ihm legten die Ost-Berliner Spitzfunktionäre die konzeptionellen und operativen Richtlinien fest.<sup>226</sup>

Das Außenministerium, dessen Angelegenheiten faktisch nicht von dem der CDU angehörenden Minister Dertinger, sondern vom SED-Politbüro wahrgenommen wurden,<sup>227</sup> hatte im wesentlichen nur mit den Staaten des sozialistischen Lagers zu tun und unterstand so wie die DDR-Regierung insgesamt zunächst völlig sowjetischer Anleitung. Der Kreml legte größten Wert darauf, den ostdeutschen Staat mit seinem als bedeutend angesehenen ökonomischen Potential durch die 1950 anlaufende Fünfjahresplanung und durch Aufnahme in den Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe eng an sich zu binden. Auch der Abschluß des – die Beziehungen der DDR zu Polen einleitenden – Görlitzer Grenzenerkennungsvertrags vom 6. Juli 1950 kam auf Moskauer Betreiben hin zustande. Die sowjetische Gängelung wurde durch die Existenz starker anti-deutscher Ressentiments im östlichen Ausland erleichtert, angesichts deren Ost-Berlin immer wieder der Hilfestellung Moskaus bedurfte. Dabei läßt sich oft schwer entscheiden, wie weit diese Abhängigkeit objektiv bedingt war und wie weit sie auf ängstliches Schielen der SED-Führung auf die Besatzungsmacht zurückging.<sup>228</sup> Deren Einwirkungsmöglichkeiten wurden auch dadurch verstärkt, daß die diplomatischen Kader der SED im außenpolitischen Dienst der UdSSR und seinen Gepflogenheiten ein bewundernswürdiges Vorbild sahen, das nachzuahmen war.<sup>229</sup> Bezüglich der auswärtigen Angelegenheiten bildete weithin nicht die SKK die Schaltstelle, sondern der Leiter der sowjetischen Diplomatischen Mission bei der DDR, Botschafter Puschkin.

Wie wenig weit die außenpolitische Selbständigkeit der DDR reichte, mögen einige Beispiele beleuchten. Die SKK entschied genau so wie früher die SMAD darüber, wer in das Land ein- und wer aus ihm ausreisen durfte. Dabei war ausdrücklich keine Konsultation mit dem Außenministerium in Ost-Berlin vorgesehen.<sup>230</sup> Für 1950 ist belegt, daß die DDR-Regierung die Zusammensetzung einer Handelsdelegation nach Moskau sowjetischer Billigung unterwer-

225 Kohrt (Büro StS des MfAA) an H. Lippmann [Anforderung eines Rechenschaftsberichts für die SKK], 4.8.1950, AMfAA, A 15641: o. Bl.

226 M. Lemke, Die deutschlandpolitischen Handlungsspielräume, a. a. O., S. 316-318; M. Lemke, Die DDR, a. a. O., S. 142.

227 Zur sowjetischen Sicht siehe Stein Bjornstad, Soviet policy and the Stalin note of 10 March 1952, Hovedoppgave, University of Oslo, Department of History, Fall 1996, S. 104.

228 Im Januar 1951 sah sich Pieck außerstande, den Chef der polnischen Partei, Bierut, ohne vorherige Zustimmung aus Moskau zu empfangen (ebd., S. 12f).

229 Vgl. etwa Vermerk Kohrt [persönl. Referent des DDR-Außenministers] über eine Sitzung der Hauptabteilungsleiter des MfAA, 27.10.1950, AMfAA, LS-A 555, o. Bl.

230 Aufzeichnung Mutius über ein Gespräch vom 17.1.1950 zwischen Minister/Staatssekretär des MfAA und Botschafter Puschkin, 18.1.1950, AMfAA, A 15641: 1 f.

fen mußte.<sup>231</sup> Das nachrichtendienstliche Instrument der ostdeutschen Außenpolitik wurde – in Analogie zu dem Vorgehen im Bereich der Staatssicherheit, jedoch zeitlich hinterherhinkend – unter unmittelbarer sowjetischer Regie aufgebaut. Die Ost-Berliner Residentur des Komitees für Information (KI), in dem die UdSSR ihre Kapazitäten der auswärtigen Aufklärung zusammengefaßt hatte,<sup>232</sup> beauftragte 1951 einen ihrer höheren Offiziere mit dem Aufbau eines entsprechenden Dienstes in der DDR. Als erster ostdeutscher Leiter der Organisation, die als „Institut für Wirtschaftswissenschaftliche Forschung“ (IWF) getarnt wurde, fungierte Anton Ackermann. Es entstanden zunächst vier Abteilungen, denen jeweils ein sowjetischer Berater beigegeben wurde. Später kam unter anderem eine Gegenspionageeinheit unter Leitung von Georg Szinda (mit Markus Wolf als Stellvertreter) hinzu.<sup>233</sup>

Der Krenml legte großen Wert darauf, daß die besatzungsrechtliche Basis seiner Kompetenzen auf keine Weise einem Zweifel unterlag. Ungeachtet dessen, daß die UdSSR 1948/49 den Vier-Mächte-Status Berlins in Abrede gestellt hatte, der westlicherseits zur Begründung der Präsenz im Westteil der Stadt und des damit verbundenen Transits über ostdeutsches Territorium in Anspruch genommen wurde, ließ sie nunmehr dessen Beeinträchtigung auch nicht in Fällen zu, in denen dies ihrem Interesse anderweitig entsprochen hätte. Auch der Wunsch nach Westabriegelung der DDR erlaubte da keine Ausnahme. Schon in seinen Ausgestaltungsvorschlägen für die Grenzsperrung des Frühjahrs 1952 hatte Ulbricht das Erfordernis hervorgehoben, insbesondere auch die Lage in Berlin zu ändern.<sup>234</sup> Gleichwohl beschränkte Moskau die Maßnahmen auf die Trennlinien der DDR zur Bundesrepublik und zu West-Berlin, während der Verkehr zwischen den Sektoren nicht angetastet wurde. Damit blieb im System der Abschließung gegen den Westen eine empfindliche Lücke. Die Kontrollen, die zwischen der DDR und dem Ostsektor eingerichtet wurden, engten die freie Bewegung zwischen den beiden Teilen Berlins nur wenig ein und schufen überdies eine höchst unerwünschte Barriere zwischen dem ostdeutschen Gebiet und dessen staatlicher Zentrale. Die SED-Führung suchte, gestützt auf Befürwortungen der SKK und Außenminister Wyschinskijs, im Winter 1952/53 Stalin dazu zu bewegen, diesem unbefriedigenden Zustand ein Ende zu machen und die Absperrung auf die Sektorengrenze auszudehnen. Der Diktator konnte sich nicht dazu entschließen, und kurz nach seinem Tod wurde das Begehren endgültig abgelehnt.<sup>235</sup>

231 Ebd.

232 Diese Institution darf nicht verwechselt werden mit dem „kleinen“ Komitee für Information, das ab 1951 für das Außenministerium der UdSSR auswärtige Situationen analysierte und bewertete.

233 G. Bailey/S. Kondraschow/D. Murphy, a. a. O., S. 180-184.

234 S. Kreuzberger, Abschirmungspolitik, a. a. O., S. 23 f.

235 Spravka obustavlenii ochrany na sektornoj granice v Berline, 4.12.1952, AVPRF, 082, 40, 266, 98, Bl. 15; A. Ja. Wyschinski/W. Semjonow an I.W. Stalin, 20.12.1952, AVPRF, 082, 40, 266, 98, Bl. 18-22; Entwurf für eine Weisung Molotows an W. Sokolowski/G. Puschkin, 16.3.1953, wiedergegeben in: Christian Ostermann (Hrsg.), *The Post-Stalin Succession Struggle and the 17 June 1953 Uprising in East Germany: The Hidden History*. Declassified Documents from U.S., Russian and Other European Archives. The Cold War International History Project of the Woodrow Wilson In-

Für die Moskauer Weigerung dürfte das Bestreben maßgeblich gewesen sein, den Eindruck zu vermeiden, als verzichte die UdSSR auf Mitsprache im Kreise der Vier Mächte.<sup>236</sup> Stalin war zwar, wie sich während der Berliner Blockade gezeigt hatte, zur Demontage des Vier-Mächte-Status bereit, wenn dies auf Ausschaltung allein der drei westlichen Staaten hinauslief. Er wollte aber auf keinen Fall die Rolle gefährden oder beeinträchtigen, welche die Sowjetunion in Deutschland und dessen früherer Hauptstadt spielte. Es war für ihn eine Sache, dem Westen bei sich bietender Gelegenheit das Recht auf Präsenz und Mitwirkung abzusprechen, und eine ganz andere, durch Änderung der Verhältnisse in Berlin die eigene Position dem Zweifel auszusetzen. Das aber wäre zu befürchten gewesen, wenn, wie Stalin erwartet haben dürfte, die Sperrung der Sektorengrenze vom Westen als nicht mit dem speziellen Status der Stadt vereinbar bewertet worden wäre, so daß der Ostsektor durch Einbeziehung in das Grenzregime der DDR uneingeschränkt als ostdeutsches Gebiet ohne besatzungsrechtliche Besonderheit erschienen wäre. Der sowjetische Führer mochte zudem in diesem Fall unerwünschte Zuspitzungen im Verhältnis zu den Westmächten voraussehen. Der Versuch, die Bewegungsfreiheit innerhalb Berlins anzutasten, erschien aus seiner Sicht mit dem Risiko schwer kalkulierbarer Weiterungen behaftet. Daher nahm er vorsichtshalber von dem Vorhaben Abstand, auch wenn so die 1952 forcierte Abriegelungspolitik empfindlich beeinträchtigt wurde.

Die Besatzungsmacht behielt sich in der Innenpolitik die obersten Steuerungs- und Überwachungsfunktionen vor. Die einschlägigen Quellen sind zwar unvollständig, lassen aber in ihrer mehr oder weniger zufälligen Zusammenstellung ein ungewöhnlich breites Spektrum der Aufsicht und des Eingreifens von seiten der SKK erkennen. Es gab offensichtlich kaum einen Bereich der DDR-Regierungstätigkeit, der davon ausgenommen gewesen wäre. Den ostdeutschen Behörden wurde beispielsweise das Vorgehen bei auftretender Maul- und Klauenseuche<sup>237</sup> ebenso vorgeschrieben wie das Verfahren bei der Registrierung der LPGs,<sup>238</sup> die Lohn- und Ausbildungspolitik,<sup>239</sup> die Normen der

ternational Center for Scholars and The National Archive at the George Washington University [beides in Washington, D.C.] Arbeitspapier für die internationale Konferenz „The Crisis Year 1953 and the Cold War in Europe“, Potsdam, 10.-12.11.1996, Dokument Nr. 4.

236 Als Grund für Moskaus Festhalten am Berlin-Status läßt sich auch der Umstand vermuten, daß insbesondere die Bahnverbindungen des ostdeutschen Staates noch nicht hinreichend von den Westsektoren abgekoppelt waren, um deren konsequente Abriegelung zuzulassen. Es ist jedoch zweifelhaft, ob dieser Gesichtspunkt bei den Überlegungen im Kreml eine Rolle spielte, denn schließlich drang nicht nur die SED-Führung, sondern auch die SKK auf Sperrmaßnahmen. Es ist unwahrscheinlich, daß ausgerechnet die vom Schauplatz weit entfernte Zentrale die lokalen Verhältnisse besser einschätzte bzw. stärker gewichtete als ihre Vertretung vor Ort. Es war nicht ungewöhnlich, daß Stalin bestimmte, für seine Politik wesentliche Umstände nicht kannte: So sah er beispielsweise bei Verhängung der Berliner Blockade nicht deren negative Folgen für die SBZ voraus, weil er sich über deren wirtschaftliche Abhängigkeit von westdeutschen Lieferungen nicht im klaren war (G. Bailey/S. Kondraschow/D. Murphy, a. a. O., S. 89f).

237 W. Tschujkow an W. Pieck/O. Grotewohl, 30.11.1951 (russ.), SAPMO, NY 4090 Bd. II 315, Bl. 344.

238 W. Tschujkow an O. Grotewohl, 30.7.1952 (russ.), SAPMO, NY 4090 Bd. II 316, Bl. 66-70.

Verpflegung in den Betrieben,<sup>240</sup> die Entscheidung organisatorischer Fragen bei der Polizei, in verschiedenen Ministerien und bei parastaatlichen Organisationen,<sup>241</sup> die für das Jagdwesen zu erlassenden Vorschriften,<sup>242</sup> Verordnungen über Kartoffelsaatgut,<sup>243</sup> Viehzucht<sup>244</sup> und Betriebsführung<sup>245</sup> wie Kreditvergabe<sup>246</sup> in der Landwirtschaft, die Zulässigkeit der Produktion einzelner Medikamente,<sup>247</sup> die Regelung von Konflikten unter Künstlern<sup>248</sup> oder die Traktorenproduktion für die MTS.<sup>249</sup> Die staatliche Nachrichtenpolitik wurde von der SKK genau überprüft, wobei die Kritik nicht selten einzelnen Formulierungen galt.<sup>250</sup> Anlässlich eines Abschreibefehlers bestimmten die sowjetischen Kontrolleure Art und Umfang der dem Verursacher aufzuerlegenden Strafe.<sup>251</sup> Dem Inhalt der in die Bundesrepublik ausgestrahlten Radiosendungen galt besondere Aufmerksamkeit.<sup>252</sup> Die Vertreter der UdSSR befanden sich auch darüber, welche Rundfunkfrequenzen die DDR bei dem entsprechenden zwischenstaatlichen Gremium beantragen durfte.<sup>253</sup>

Besonders ausgeprägt war das Interesse der Besatzungsmacht an allen finanziellen und wirtschaftlichen Angelegenheiten. Das fing bei der Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln an, für die genaue Regelungen vorgegeben

- 239 Ob uchode rabočich, sluzjaščich i inženerno-techničeskich rabotnikov v Zapadnuju Germaniju iz okruga Gera, o. D. [1952], ebd., Bl. 187-191.
- 240 Aufzeichnung ohne Überschrift, Herkunfts- und Adressatenangabe (russ.), 28.3.1953 [handschriftlich hinzugefügt], ebd., Bl. 235.
- 241 A.F. Kabanow an W. Ulbricht, 17.1.1950, SAPMO, NY 4036 736, Bl. 28 ff; Anlage 3 zu Protokoll der Politbürositzung Nr. 123 vom 29.7.1952: Verbesserung der Arbeit der Volkspolizei, ebd., Bl. 126-130; W. Tschujkow an O. Grotewohl, 19.8.1952, ebd., Bl. 132 ff; M. Lemke, Die deutschlandpolitischen Handlungsspielräume, a. a. O., S. 314 ff; Pamjatka, o. D. [Frühjahr 1951], SAPMO, NY 4090 Bd. II 315, Bl. 315; Ob organizacii samostojatel'nogo štats-sekretariata vnutrennich del GDR, o. D. [Weitergabevermerk: 9.2 (1953)], SAPMO, NY 4090 Bd. II 316, Bl. 215 ff; Pamjatka, o. D. [Anfang 1953], ebd., 194.
- 242 Pamjatnaja zapiska, o. D. [ins Deutsche übersetzt am 4.9.1953], ebd., Bl. 302.
- 243 Aufzeichnung ohne Überschrift, Herkunfts- und Adressatenbezeichnung (russ.), o. D. [abgezeichnet von Mückenberger am 9.10. (1953)], ebd., Bl. 345.
- 244 Aufzeichnung ohne Überschrift, Herkunfts- und Adressatenbezeichnung (russ.), o. D. [abgezeichnet von Mückenberger am 9.10. (1953)], ebd., Bl. 347.
- 245 Aufzeichnung ohne Überschrift, Herkunfts- und Adressatenbezeichnung (russ.), o. D. [Okt. 1953], ebd., Bl. 350 f.
- 246 Proekt [durchgestrichen] pamjatnoj zapiski, o. D. [handschriftlich hinzugefügt: 29.8. (1952)], ebd., Bl. 110 f.
- 247 I. Semitaschastnow an O. Grotewohl, 17.4.1951, SAPMO, NY 4090 Bd. II 315, Bl. 272.
- 248 Aufzeichnung ohne Überschrift, Herkunfts- und Adressatenbezeichnung (russ.), o. D. [mit handschriftlicher Angabe „SKK“ und abgezeichnet von Kunest am 10.10. (1953)], SAPMO, NY 4090 Bd. II 316, Bl. 338 f.
- 249 Aufzeichnung ohne Überschrift, Herkunfts- und Adressatenbezeichnung (russ.) [mit handschriftlichen Hinzufügungen: „Traktoren“, „Sofort an W. Ulbricht“], o. D. [nach 1.10.1952], ebd., Bl. 154 f.
- 250 Aufzeichnung ohne Überschrift, Herkunfts- und Adressatenbezeichnung (russ.), o. D. [Anfang August 1952], ebd., Bl. 82; O. Grotewohl an W.S. Semjonow, 21.8.1952, ebd., Bl. 94.
- 251 Bericht der Intendanz des [Ost-]Berliner Rundfunks an Intendant Heiß/Major Rusanow, 16.5.1950, SAPMO, NY 4090 Bd. II 315, Bl. 161 ff; Major Rusanow an S.S. Iljitschow, 16.5.1950, ebd., Bl. 168; O. Grotewohl an W. Tschujkow, 9.6.1950, ebd., Bl. 173 f.
- 252 O radiopredačach iz GDR dlja zapadnoj Germanii, o. D. [Sommer 1952], SAPMO, NY 4090 Bd. II 316, Bl. 33-36.
- 253 O pereregistracii radiocastot, o. D. [Herbst 1951], SAPMO, NY 4090 Bd. II 315, Bl. 322.

wurden. Die Einhaltung dieser Normen wurde genau überwacht.<sup>254</sup> Bank- und Investitionsentscheidungen<sup>255</sup> waren ebenso Sache der sowjetischen Seite wie die Erfüllung von Importplänen,<sup>256</sup> die Planung des Staatshaushalts,<sup>257</sup> die Aufsicht über die einzelnen ökonomischen Direktiven der DDR,<sup>258</sup> die Verwendung erzielter Deviseneinnahmen<sup>259</sup> und die Kriterien für staatliche Sparsamkeit samt deren Beachtung.<sup>260</sup>

Das Kernstück der DDR-Wirtschaft, der Anfang 1950 erstmals formulierte Fünf-Jahr-Plan, wurde der SKK unterbreitet und von dieser nach intensiver Rücksprache mit den zuständigen Stellen in Moskau in allen Einzelheiten geprüft und abschließend festgelegt.<sup>261</sup> Auch die Ausbildung der in der DDR-Wirtschaftsplanung einzusetzenden Kader wurde von der Besatzungsmacht vorgeschrieben.<sup>262</sup> Die Vorbereitungen für die Einbeziehung des ostdeutschen Faktors in den Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) erfolgten unter Regie der SKK.<sup>263</sup> Die Sowjetischen Aktiengesellschaften blieben – von einigen Betrieben abgesehen, die zurück in ostdeutsche Regie kamen – als ein fremder Verfügung direkt unterstehender, zentral wichtiger Wirtschaftskörper

- 254 W. Tschujkow an W. Ulbricht (Übersetzung ins Deutsche), 1.2.1950, SAPMO, NY 4090 Bd. II 315, Bl. 11; Dr. Hamann an O. Grotewohl, 28.3.1950, ebd., Bl. 40-43; O. Grotewohl an W. Tschujkow (mit Anlagen), 1.4.1950, ebd., Bl. 50, 40-43, 52; Aufzeichnung ohne Überschrift, Herkunfts- und Adressatenangabe (russ.), 17.5.1950, ebd., Bl. 115 ff; Aufzeichnung ohne Überschrift, Herkunfts- und Adressatenangabe (russ.), o. D. [vermutlich März 1951], ebd., Bl. 264; Aufzeichnung ohne Überschrift, Herkunfts- und Adressatenangabe (russ.), o. D. [übersetzt am 21.10.1952], NY 4090 Bd. II 316, Bl. 161; Aufzeichnung ohne Überschrift, Herkunfts- und Adressatenangabe, o. D. [übersetzt am 21.10.1952], ebd., Bl. 164 f.
- 255 Aufzeichnung ohne Überschrift, Herkunfts- und Adressatenangabe (russ. mit deutscher Übersetzung), o. D. [Mai 1950], SAPMO, NY 4090 Bd. II 315, Bl. 171 ff; Aufzeichnung ohne Überschrift, Herkunfts- und Adressatenangabe (russ. mit deutscher Übersetzung) [Notiz auf übersetztem Text: „Gen. Ulbricht z. Kts, 4.7.1950 Gr.“], ebd., Bl. 180, 178; O. Grotewohl an W. Tschujkow, 31.7.1950, ebd., Bl. 176.
- 256 Aufzeichnung ohne Überschrift, Herkunfts- und Adressatenangabe (russ.), o. D. [Frühjahr 1951], ebd., Bl. 266.
- 257 Zamečanja i dopolnenija k planu, o. D. [Ende Okt. 1950], ebd., Bl. 235-240; Aufzeichnung ohne Überschrift, Herkunfts- und Adressatenangabe (russ.), o. D. [Anfang 1951], ebd., Bl. 260 ff; Aufzeichnung ohne Überschrift, Herkunfts- und Adressatenbezeichnung, o. D. [Mitte 1952], SAPMO, NY 4090 Bd. II 316, Bl. 42.
- 258 W. Tschujkow an W. Ulbricht, 30.4.1953, AVPRF, 082, 35, 23, 15, Bl. 10.
- 259 Aufzeichnung ohne Überschrift, Herkunfts- und Adressatenangabe, o. D. [Mitte 1952], SAPMO, NY 4090 Bd. II 316, Bl. 47 f.
- 260 Spravka o realizaciji nemeckimi organami peredannyh t. Čujkovym V.I druž'jam pamjatnych zapisok po finansovom voprosam, o. D. [der ostdeutschen Seite am 22.8.1952 übergeben], ebd., Bl. 158-160; Pamjatnaja zapiska, o. D. [handschriftlicher Vermerk: 29.8. (1952)], ebd., Bl. 103-105; Aufzeichnung ohne Überschrift, Herkunfts- und Adressatenangabe, o. D. [handschriftlicher Vermerk: 29.8. (1952)], ebd., Bl. 121-125.
- 261 W. Ulbricht an K.I. Kowal, 21.2.1950, SAPMO, NY 4036/736, Bl. 60 ff; W. Pieck an I.W. Stalin, 28.2.1950, ebd., Bl. 62 ff; O pjatiletnem plane, o. D. [handschriftlicher Vermerk: 20.5. (1950), 1 Durchschrift Herm Ulbricht gegeben], SAPMO, NY 4090 Bd. II 315, B. 153.
- 262 Pamjatnaja zapiska, o. D. [Frühjahr 1950], ebd., Bl. 133-136.
- 263 Nekotorye sročnye ekonomičeskie voprosy, o. D. [Frühjahr 1950], ebd., B. 143.

bestehen. Ihnen wurden im Lande Vorrechte eingeräumt, über deren Wahrung ein gemischt-paritätischer Ausschuß wachte.<sup>264</sup>

Die vorliegenden Befunde lassen das Urteil Michael Lemkes berechtigt erscheinen, „daß die Entwicklung der DDR auf allen Gebieten – nicht selten bis in die Details – von der UdSSR reglementiert“ wurde und daß die SKK „eine Art Überregierung der DDR“ war, die ihrerseits zwar „bestimmte taktische und operative Handlungsspielräume gegenüber ihrer [Moskauer] Zentrale“ sowie ein „Vorschlagsrecht“ bei der Regelung aller Fragen des unterworfenen Landes besaß, aber sich doch immer nach den Weichenstellungen der sowjetischen Hauptstadt zu richten hatte.<sup>265</sup> Auch noch einem von Vertretern der UdSSR und der DDR 1954 verfaßten Dokument ist zu entnehmen, daß der SED-Staat nicht, wie nach außen hin behauptet, über souveräne Rechte verfügte. Demnach konnte dessen Führung ungeachtet der Tatsache, daß zwischen ihr und der Besatzungsmacht die von dieser als zur Bedingung gemachte Sowjetisierungspolitik unstrittig war, nicht nach eigenem Ermessen über die inneren und äußeren Angelegenheiten des Landes entscheiden; diese waren vielmehr der Kontrolle des Kreml und seiner Ausführungsorgane unterworfen.<sup>266</sup> Die so etablierte Oberherrschaft wurde dadurch vervollständigt, daß die ostdeutschen Machträger bis hinauf zum Politbüro an den ihnen gegebenen Empfehlungen nach wie vor niemals Kritik übten.<sup>267</sup> Dem bestimmenden Einfluß der UdSSR lag unter anderem der rechtliche Tatbestand zugrunde, daß es in der DDR – anders als in der damaligen Bundesrepublik – kein Besatzungsstatut gab, durch das die Okkupanten ihre Befugnisse begrenzt hätten.<sup>268</sup>

#### *14. Bemühen um Aufwertung der DDR nach Stalins Tod*

Schon Anfang 1953 stellten Berichte der sowjetischen Auslandsaufklärung eine kritische Zuspitzung der Lage in der DDR fest.<sup>269</sup> Nach dem Tod Stalins wurden die dortigen Schwierigkeiten zum zentralen Thema des internen Diskurses zwischen Ost-Berlin und Moskau. Die im Vorjahr vom Kreml dekretierte Politik einer verschärften Sozialisierung und politisch-gesellschaftlichen wie wirtschaftlichen Militarisierung<sup>270</sup> und die damit verbundene Überanstren-

264 Gespräch zwischen Pieck/Ulbricht/Grotewohl und Merkulow/Kabulow/Semjonow, 26.11.1949, wiedergegeben in: R. Badstübner/W. Loth, a. a. O., S. 316 f.

265 M. Lemke, Die deutschlandpolitischen Handlungsspielräume, a. a. O., S. 312.

266 Erklärung der Regierung der DDR über die künftigen Beziehungen der DDR zur Sowjetunion [=Ergebnis von Beratungen der Gemischten sowjetisch-ostdeutschen Kommission], 27.3.1954, AM-fAA, C 293/75: o. Bl. Vgl. auch die Feststellungen bei M. Lemke, Die deutschlandpolitischen Spielräume, a. a. O., S. 310 f.

267 M. Lemke, Die DDR, a. a. O., S. 142.

268 Die östliche Propaganda stellte die Dinge auf den Kopf, wenn sie das Fehlen eines Besatzungsstatuts als Beweis dafür hinstellte, daß die DDR ein souveräner Staat sei, während sich die Bundesrepublik dadurch als eine den Westmächten total unterworfenene „Kolonie“ erweise.

269 G. Bailey/S. Kondraschow/D. Murphy, a. a. O., S. 202-204.

270 Vgl. u. a. Iz dnevnika Chomjakova B.A. [Leiter der SKK-Abteilung für Wirtschaft], 9.4.1952, AVPRF, 0457a, 40, 261, 52, Bl. 1-4; Iz dnevnika Sirotnina P. K. [Leiter der SSK-Abteilung für Wirt-

gung der ostdeutschen Leistungsfähigkeit hatten äußerst negative Auswirkungen sowohl auf die Versorgungslage wie auf die Stimmung im Lande gezeitigt. Die neuen Herren in Moskau sahen sich mit dringenden Ost-Berliner Bitten um materielle Hilfe konfrontiert.<sup>271</sup> Sie hatten aber, zumal angesichts ökonomischer Schwierigkeiten im eigenen Land, wenig Neigung, diesen Wünschen zu entsprechen. Mit der Deutschland-Frage befaßte sowjetische Spitzenfunktionäre erkannten freilich, daß sich die Probleme mit einer bloßen Ablehnung der Gesuche nicht lösen ließen. Sie schlugen vor, die DDR ohne allzu großen Mitteleinsatz vor allem anderweitig zu unterstützen. Dabei sollte die UdSSR zugleich die verlorengegangene Initiative im Ringen um Deutschland zurückgewinnen. Der Ansatzpunkt war die Erwägung, das Image des SED-Staates bedürfe dringend der Aufbesserung bei Freund und Feind. Das werde dem kommunistischen Regime sowohl bei dessen Auseinandersetzung mit den Problemen im Innern als auch im Kampf um die Sympathien der deutschen Öffentlichkeit zugute kommen.

Botschafter Puschkin entwickelte in Zusammenwirken mit der zuständigen Abteilung des Moskauer Außenministeriums die ersten Grundlagen für das neue Konzept. Die DDR sollte international aufgewertet werden, indem der diplomatische Verkehr mit ihr künftig über Vertretungen mit dem Status von Botschaften statt bloßer „Missionen“ abgewickelt wurde und an die Stelle der SKK eine Hochkommission trat, deren Kontrollfunktion weniger deutlich in Erscheinung träte. Diese als große politische Zugeständnisse herauszustellenden Maßnahmen sollten die – mager ausfallenden – wirtschaftlichen Erleichterungen für Ost-Berlin und die Bereitschaft der UdSSR zum Verkauf eines – weniger wichtigen – Teils der 1946 als Reparationsleistung requirierten ostdeutschen Betriebe in ein positives Licht zu rücken. Diese einseitig festzulegenden Beschlüsse, die durch eine noch engere wirtschaftliche Anbindung der DDR an die Sowjetunion zu vervollständigen waren, sollten dem Publikum als Verhandlungsergebnis einer ostdeutschen Regierungsdelegation präsentiert werden, von deren offizieller

schaftsstatistik], 12.4.1952, ebd., Bl. 8-11; Iz besedy P. Sirotina, 14.4.1952, ebd., Bl. 12-14; Iz dnevnika B. Odinkova [stv. Leiter der SKK-Abteilung für Wirtschaft], 14.4.1952, ebd., Bl. 15-18; Iz dnevnika Sirotina P. K., 29.4.1952, ebd., Bl. 37-40; Iz dnevnika L. M. Matveeva [stv. Leiter der SSK-Abteilung für Wirtschaft], 30.4.1952, ebd., Bl. 41-45; Iz dnevnika Odinkova B.D., 6.5.1952, ebd., Bl. 46-49; W. Ulbricht an W.S. Semjonow, 24.4.1952, AVPRF, 0457a, 13, 68, 12, Bl. 1-6; W. Ulbricht an W. I. Tschujkow, 24.4.1952, AVPRF, 0457a, 13, 68, 12, S. 7-24; Semjonow an Tschujkow/Kawersnew/Petrow/Maschirin/Iljitschow/Orlow, 4.7.1952, AVPRF, 0457a, 13, 68, 13, Bl. 16-20.

271 Rolf Stöckigt, Ein forciert stalinistischer Kurs führte in die Krise [Darstellung aufgrund einschlägiger Dokumente aus dem Zentralen Parteiarchiv der SED], in: Berliner Zeitung, 8.3.1990; Torsten Diedrich, Aufrüstungsvorbereitung und -finanzierung in der SBZ/DDR 1948-1953, in: Bruno Thoß (Hrg.), Volksarmee erschaffen – ohne Geschrei! Studien zu den Anfängen der „verdeckten Aufrüstung“ in der SBZ/DDR 1947-1952, München 1994, S. 306-334; [Heinz Lippmann,] Der 17. Juni im Zentralkomitee der SED [auf der Basis eines damals vom Verfasser für die sowjetische Seite erstellten Berichts], in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung 'Das Parlament', 13.6.1956, S. 374; Helmut Müller-Enbergs, Der Fall Rudolf Herrnstadt. Tauwetterpolitik vor dem 17. Juni, Berlin 1991, S. 171 ff; Lew Besymenski, Sowjetischer Nachrichtendienst und Wiedervereinigung Deutschlands, in: Wolfgang Krüger/Jürgen Weber (Hrsg.), Spionage für den Frieden?, Nachrichtendienste in Deutschland während des Kalten Krieges, München – Landsberg/Lech 1997, S. 157.

Einladung nach Moskau sich die Verfasser des Papiers zusätzlichen propagandistischen Effekt erhofften.<sup>272</sup>

Semjonow schloß sich dieser Linie seines Ministeriums an und lieferte dafür prägnante Begründungen. Nachdem die SKK mit der bisher „gewährten [Anleitungs-]Hilfe“ die „demokratischen Kräfte der DDR“ gestärkt und ihnen zum Erwachsensein verholfen habe, würden diese nunmehr „mit der Regierung des Landes selbständig fertig“. Auch schaffe „der Aufenthalt der sowjetischen Truppen auf dem Boden der DDR eine hinreichende Garantie für die Stabilität der volksdemokratischen Ordnung in der DDR.“ Unter diesen Umständen hätte eine Fortsetzung der Kontrolle über die ostdeutschen Machtorgane „ernstliche Nachteile“: Sie würde die „Ungleichheit in den Beziehungen zwischen der UdSSR und der DDR“ betonen und könnte von den „demokratischen Kräften der DDR“ als „Ausdruck des Mißtrauens“ aufgefaßt werden. Zudem wäre sie dort bei der Rekrutierung von Führungskadern hinderlich. Eine Aufhebung der Kontrolle durch die sowjetischen Militärbehörden dagegen würde „dem gesamten deutschen Volk zeigen, daß die sowjetische Regierung konsequent und entschieden den Weg der Übergabe der Unabhängigkeit und souveräner Rechte an das deutsche Volk beschreitet.“<sup>273</sup>

Am 26. Mai 1953 verfügte der Ministerrat der UdSSR auf Vorschlag Molotows, daß die Diplomatische Mission in Ost-Berlin den Status einer Botschaft erhielt (mit einer gleichen Änderung für die DDR-Vertretung in Moskau), und daß an die Stelle des militärischen Organs SKK eine dem Außenministerium unterstehende Hochkommission trat. Zu deren Leiter wurde Semjonow bestellt.<sup>274</sup> Die Maßnahme wurde am 29. Mai bekanntgegeben. Dabei hieß es, die SKK werde von der Ausübung der Kontrollfunktionen entbunden, und der neu etablierte Hohe Kommissar übernehme die „Vertretung der Interessen der Sowjetunion in Deutschland“ und die „Überwachung der Tätigkeit der staatlichen Organe“ der Deutschen Demokratischen Republik im Hinblick auf die Erfüllung der Verpflichtungen, die sich aus den Potsdamer Beschlüssen der alliierten Mächte über Deutschland ergeben.“<sup>275</sup>

Nach Semjonows Vorschlag wurden anschließend die konkreten Einzelbestimmungen festgelegt. An die Stelle der bisherigen 17 Abteilungen und Inspektionen sowie 2 Verwaltungen der SKK traten 5 Abteilungen (mit den Auf-

272 G. Puschkin/M. Gribanow an W. M. Molotow, 18.4.1953, AVPRF, 082, 41, 271, 19: 13-19. Weitere Ausarbeitungen in diesem Sinne: Zapiska po germanskomu voprosu, 21.4.1953, ebd., Bl. 30-43; Ja. Malik/G. Puschkin an W. M. Molotow, 24.4.1953, ebd., Bl. 2-12; Ja. Malik/W. Semjonow/G. Puschkin/M. Gribanow, 28.4.1953, AVPRF, 082, 41, 271, 18: 44-47; W. Semjonow an W. M. Molotow, 2.5.1953, ebd., 55-58. In der Sicht der Autoren bot der vorgeschlagene Übergang von der SKK zu einer Hochkommission zugleich den Vorteil, daß die DDR und die Deutschland-Fragen aus militärischer Zuständigkeit in die Kompetenz des Außenministeriums überführt wurden.

273 V. Semenov, Spravka po germanskomu voprosu, 5.5.1953, AVPRF, 082, 41, 271, 19, Bl. 31-38 (Zitate auf Bl. 36).

274 Bezugnahme auf den Beschluß des Ministerrats der UdSSR „Über die Organisation der sowjetischen Organe in Deutschland“ vom 25.5.1953, in: Entwurf Semjonows zur Vorlage im Ministerrat der UdSSR, 4.6.1953, AVPRF, 06, 12, 288, 18, Bl. 2.

275 Text: Dokumente zur Deutschlandpolitik der SU, a. a. O., S. 319 f.

gabenfeldern Politische Fragen der DDR, Gesamtdeutsche Angelegenheiten, Wirtschaftsfragen, Staats- und Verwaltungsorgane sowie Militärberater) und eine Verwaltung, die neben einer Abteilung für Eigenadministration eine Politische Abteilung und ein Sekretariat umfaßte. Die Zahl der – bisher in allen Bezirkshauptstädten eingerichteten – Außenstellen wurde um ein Drittel reduziert; der Personalbestand nahm um mehr als die Hälfte auf 674 ab. Der Hochkommission wurden Gruppen von Beratern zur Seite gestellt, die sich mit den Außenbeziehungen, der Landwirtschaft sowie dem Finanz-, Transport- und Kommunikationswesen in Ostdeutschland zu befassen hatten. Das bisher als Sachwalter der Okkupationsmacht fungierende Oberkommando der im Lande stationierten Truppen und dessen nachgeordnete Stellen sahen ihre Zuständigkeit auf die Erfüllung der Pflichten beschränkt, die mit dem militärischen Dienst und der Aufrechterhaltung der Ordnung zusammenhingen. Das Außenhandelsministerium der UdSSR installierte in Ost-Berlin einen Bevollmächtigten, dessen hauptsächliche Aufgabe die Leitung und Kontrolle der – für die sowjetische Nuklearrüstung wichtigen – Wismut AG war.<sup>276</sup>

Der Krenl zeigte sich im Frühjahr 1953 insgesamt bestrebt, die Position des SED-Regimes durch sichtbare Selbständigkeitsgewährung zu stärken. Er räumte daher der Ulbricht-Führung erstmals das Recht ein, selbst über interne personelle Fragen zu entscheiden. Das erlaubte es dem Parteichef, am 15. Mai einen langjährigen Rivalen, Franz Dahlem, zu entmachten, obwohl diesem in Moskau besonderes Vertrauen entgegengebracht wurde. Ein weiteres Indiz für das Bemühen der UdSSR, die DDR durch sichtbare Zugeständnisse an deren Selbständigkeit innen- und außenpolitisch zu festigen, war die Entscheidung Berijas, den Apparat der im MfS tätigen sowjetischen Geheimdienstfunktionäre und anscheinend auch die Präsenz des KGB insgesamt sehr zu verkleinern. Dies sollte freilich nicht auf die grundsätzliche Preisgabe von Kontrollbefugnissen hinauslaufen. Zwar wurde formell das bisherige Weisungsrecht der Berater aufgehoben, doch sahen sich die Stasi-Offiziere zugleich darauf verpflichtet, deren Empfehlungen so auszuführen, als handele es sich um dienstliche Weisungen. Ein Fortschritt für die ostdeutsche Seite war, daß die KGB-Funktionäre von ihrer Leitung angewiesen wurden, die Bestimmungen und Eigenarten des MfS nach Möglichkeit zu berücksichtigen.<sup>277</sup>

### *15. Der Neue Kurs als Oktroi der UdSSR*

Die Absicht, dem SED-Regime einen größeren Handlungsspielraum zu gewähren, spielte für die sowjetische Führung in dem Augenblick keine Rolle mehr,

276 W. Semjonow an W. M. Molotow (mit beigefügten Entwürfen zur Vorlage im Präsidium des Ministerrates der UdSSR), 4.6.1953, AVPRF, 06, 12, 288, 18, Bl. 1-61.

277 Aussage von Berijas Nachfolger im Amt des Innenministers, Kruglow, auf dem Plenum des ZK der KPdSU vom Juli 1953 lt. dem stenografischen Protokoll in: Delo Berija, a. a. O., S. 213; G. Bailey/S. Kondraschow/D. Murphy, a. a. O., S. 208 ff; B. Marquardt, a. a. O., S. 301 f.

als sich in der DDR eine ernste Herausforderung abzeichnete. Bis weit in das Frühjahr 1953 waren die maßgeblichen Politiker davon ausgegangen, die ostdeutschen Schwierigkeiten mit marginalen Vorgehensänderungen beheben zu können.<sup>278</sup> Mitte Mai jedoch veranlaßten besorgniserregende Berichte, die nicht zuletzt auch von Berija in Umlauf gebracht wurden,<sup>279</sup> das KPdSU-Präsidium dazu, die Probleme ernster zu nehmen. Dabei kam man zu dem Schluß, die entstandene kritische Lage sei wesentlich auf die übermäßig forcierte Sozialisierungspolitik zurückzuführen. Als deren Hauptprotagonist in der SED wurde Ulbricht zur Zielscheibe des Unmuts. Auf den beiden einschlägigen Sitzungen beschloß das KPdSU-Präsidium jeweils direkte Interventionen in Ost-Berlin. In dem einen Fall sollten führende Vertreter der SKK Ulbricht und Grotewohl zum Verzicht auf weitere Maßnahmen der Landwirtschaftskollektivierung bewegen; in dem anderen wurde Suslow aufgetragen, mit Pieck über einen Abbruch des Personenkults zu sprechen, der anläßlich des bevorstehenden 60. Ulbricht-Geburtstags getrieben wurde.<sup>280</sup>

Auch der generell zu Beharrung neigende Außenminister sah sich dazu bewegen, der ostdeutschen Lage Aufmerksamkeit zu widmen. Molotow beriet darüber mit seinem für die Deutschland-Frage zuständigen Stellvertreter Gromyko. Beide hielten ebenfalls den scharfen Sozialisierungskurs für kontraproduktiv und revisionsbedürftig. Nur durch dessen Zurücknahme könnten sich Regime und System wieder festigen.<sup>281</sup> Der daraufhin im Ministerium ausgearbeitete Vorschlag wurde am 27. Mai 1953 im KPdSU-Präsidium erörtert. Molotow begründete den geforderten Kurswechsel in Ostdeutschland mit dem Argument, daß die Alternative dazu, die von der SED-Führung verlangte materielle Unterstützung, nicht akzeptabel sei. Wieso solle denn die UdSSR für die Fehler anderer zur Kasse gebeten werden?<sup>282</sup> Berija machte aus seiner Geringschätzung für das ostdeutsche Regime keinen Hehl: „Die DDR? Was ist die DDR denn schon? Sie ist nicht einmal ein richtiger Staat. Sie wird nur durch sowjetische Truppen am Leben gehalten, auch wenn wir sie die ‘Deutsche Demokratische Republik’ nennen.“ Diese Äußerung wurde allgemein als ungehörig empfunden.<sup>283</sup> Molotow, der dagegen am schärfsten protestierte, mag

278 Noch in dem Vierteljahresbericht über die Lage in der DDR, den SKK-Funktionär Orlow am 20.4.1953 dem ZK-Apparat übersandte, erschien der im Sommer 1952 proklamierte forcierte „Aufbau des Sozialismus“ als fraglos gültig, s. A. Filitov/T. Domračeva, *Sovetskaja politika v germanskom voprose*, in: M.M. Narinskij (Hrsg.), *Cholodnaja vojna. Noveje podchody, noveje dokumenty*, Moskau 1995, S. 241.

279 G. Bailey/S. Kondraschow/D. Murphy, a. a. O., S. 204.

280 Z.K. Vodop'janova/N.G. Tomilina, *Dokumenty CChSD o sovetsko-germanskich otnošenijach i vlijanie na nich sobytij ijunja 1953g. v Berline*, Arbeitspapier für die internationale Konferenz „Das Krisenjahr 1953 und der Kalte Krieg in Europa“, Potsdam, 10-12.11.1996, S. 1 f [Quelle: im CChSD aufbewahrte Protokolle der Sitzungen des KPdSU-Präsidiums vom 14. und 20.5.1953].

281 Sto sorok besed s Molotovym. Iz dnevnika F. Čueva, Moskau 1991, S. 332 f.

282 Vladislav M. Zubok, „Unacceptably rude and blatant on the German question...“. The succession struggle after Stalin's death, Beria and the significance [of] the debate on the GDR in Moscow in April-May 1953, Arbeitspapier für die internationale Konferenz „Das Krisenjahr 1953 und der Kalte Krieg in Europa“, Potsdam, 10-12.11.1996, S. 7.

283 Ebd., S. 333 [hier das Berija-Zitat]; A.A. Gromyko, *Pamjatnoe*, Bd. 2, Moskau 1990 (2. erg. Aufl.), S. 505 f.

dabei ebenso wie andere Kollegen noch Illusionen über die ostdeutsche Lage gehegt haben. Daß aber die Lage in der DDR kritisch war und entschiedenes Handeln erforderte, war allen Anwesenden klar.<sup>284</sup>

Nachdem der Innenminister zunächst noch in den zu fassenden Beschluß eigene Überlegungen einzubringen versucht hatte, schloß er sich am folgenden Tag nach dem Scheitern seines Bemühens um Unterstützung durch Kollegen dem vom Außenressort ausgearbeiteten Entwurf an. Dieser wurde vom KPdSU-Präsidium ohne Abänderungen angenommen.<sup>285</sup> Der Beschluß machte die SED zum totalen Objekt sowjetischer Weisung. Sie hatte den von der sowjetischen Führung formulierten „Neuen Kurs“ ohne Einwände zu übernehmen und auszuführen. Das wurde der obersten Parteispitze einige Tage später klargemacht, als sie, nach Moskau beordert, das – noch russischsprachige – Dokument ausgehändigt bekam. Schüchterne Versuche des Widerspruchs wurden von den Vertretern des Kreml beiseite gewischt.<sup>286</sup>

Auch anschließend in Ost-Berlin blieben alle Bedenken unberücksichtigt. Gegenüber den dort zurückgebliebenen SED-Führungsmitgliedern bestand Semjonow, der die Beratungen über die Umsetzung der oktroyierten Maßnahmen leitete, auf ebenso uneingeschränkter wie sofortiger Durchführung. Er akzeptierte weder ideologische Bedenken noch die Erwägung, daß man einige Wochen Zeit benötige, um die Kader von Partei und Staat auf die radikale Kehrtwendung vorzubereiten. Er stellte sich auf den Standpunkt, daß die geforderte Zeit nicht zur Verfügung stehe, denn wenn man noch warte, gebe es die DDR bis dahin vielleicht gar nicht mehr.<sup>287</sup> Das ungeduldige Drängen hatte fatale Folgen. Der abrupt, nicht hinreichend erläuterte Vollzug des Neuen Kurses desorientierte den kommunistischen Apparat und überantwortete ihn damit der Hilflosigkeit. Gleichzeitig entstand in der unzufriedenen Bevölkerung der Eindruck, daß alles Bisherige preisgegeben werde und der Sozialismus insgesamt am Ende sei. Zudem bot man zwar den bürgerlichen und bäuerlichen Schichten viele Erleichterungen, machte aber keine Anstalten, die der Arbeiterschaft kurz zuvor auferlegte drastische Normenerhöhung, d. h. Lohnverringerung, zurückzunehmen. So kam es zu einer explosiven Kombination von Voraussetzungen für die bald darauf am 17. Juni kulminierenden Unruhen. Zwar machte dann die Besatzungsmacht der spontanen Aufstandsbewegung rasch durch mi-

284 Das geht aus dem Text des dann hinsichtlich der DDR gefaßten Beschlusses (Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 5/1990, S. 648-654) hervor.

285 Sto sorok besed, a. a. O., S. 333-335; A.A. Gromyko, a. a. O., S. 506.

286 Aufzeichnungen Grotewohls über die Besprechung mit den sowjetischen Führern am 2.-4.6.1953, wiedergegeben in: C. Ostermann, *The Post-Stalin*, a. a. O., Dokument Nr. 11; H. Müller-Enbergs, a. a. O., S. 173 f.

287 Ebd., S. 175-181; Rudolf Herrnstadt, *Das Herrnstadt-Dokument. Das Politbüro der SED und die Geschichte des 17. Juni 1953*, hrsg., eingeleitet und bearbeitet von Nadja Stultz-Herrnstadt, Reinbek 1990, S. 57-75.

litärische Gewalt ein Ende, aber die Streiks in den Betrieben zogen sich vielfach noch über Wochen hin.<sup>288</sup>

Der Neue Kurs wirkte sich stark auf die Machtverhältnisse in der SED aus. Seit langem war Ulbricht im Politbüro unbeliebt, denn er hatte als Generalsekretär der Partei und mittels des ZK-Sekretariats ein eigenmächtiges Regiment errichtet hatte, ohne sich um die Vorstellungen und Gefühle seiner Kollegen zu kümmern. Wegen des ihm erwiesenen besonderen Vertrauens der sowjetischen Seite war er jedoch unangreifbar gewesen. Nun aber geriet er in die Schußlinie als Exponent jenes harten Kurses, der zur Revision anstand. Im Kreml zweifelten mittlerweile selbst Betonköpfe vom Schlag eines Molotow daran, daß die „ein wenig geradlinige“, unflexible Art des SED-Chefs der Situation angemessen sei,<sup>289</sup> der von ihm maßgeblich vorangetriebene rasche „Aufbau des Sozialismus“ war abgeblasen worden, und sogar der stets überaus vorsichtige Semjonow gab deutliche Kritik am Generalsekretär der ostdeutschen Partei zu erkennen:<sup>290</sup> Das waren untrügliche Anzeichen dafür, daß die Moskauer Spitze einem Führungswechsel in Ost-Berlin nicht abgeneigt war.<sup>291</sup>

In der gleichen Weise, wie die Infragestellung der Machtverteilung an der Parteispitze von Moskauer Vorgängen angestoßen worden war, nahm auch die Restabilisierung der Ulbricht'schen Position von Entwicklungen in der sowjetischen Hauptstadt ihren Ausgang. Am 26. Juni 1953 wurde Berija von seinen Kollegen gestürzt und inhaftiert. Dem folgte die Anklage, er sei ein Verräter am Sozialismus. Dieser Vorwurf sollte unter anderem durch die These glaubwürdig gemacht werden, er habe ein neutralisiertes Gesamtdeutschland westlichen Stils angestrebt und zu diesem Zweck die Preisgabe der sozialistischen DDR betrieben. Auch wenn die dafür angeführten Belege wenig zu überzeugen vermögen,<sup>292</sup> war die These überall im sowjetischen Herrschaftsbereich unumstößlich. Ulbricht erkannte sofort seine Chance. Anders als seine Führungkollegen erfuhr er aufgrund seiner guten Verbindungen nach Moskau frühzeitig von den Entwicklungen und konnte auf dieser Basis die neue Lage

288 Armin Mitter, Die Ereignisse im Juni und Juli 1953 in der DDR. Aus den Akten des Ministeriums für Staatssicherheit, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung 'Das Parlament', 25.1.1991, S. 31-41; Ilko-Sascha Kowalczyk/Armin Mitter, Die Arbeiterschaft während der Krise 1952/53, in: Ilko-Sascha Kowalczyk/Armin Mitter/Stefan Wolle (Hrsg.), Der Tag X. 17. Juni 1953, Berlin 1995, S. 31-74.

289 Sto sorok besed, a. a. O., S. 332.

290 H. Müller-Enbergs, a. a. O., S. 180-182; Fritz Schenk, Im Vorzimmer der Diktatur. 12 Jahre Pankow, Köln – [West-]Berlin 1962, S. 192 f.

291 Sokolowski, Semjonow und dessen Stellvertreter Judin richteten – sicherlich nicht ohne Ermutigung aus Moskauer – am 24.6.1953 ein Schreiben an das Außenministerium, in dem sie die Entfernung Ulbrichts vom Amt des stellvertretenden Ministerpräsidenten und die Liquidierung des von ihm innegehabten Posten des SED-Generalsekretärs vorschlugen (A.F. Filitov, Perelomnyj 1953-j: dinamika peremen v mirovoj i sovetskoj vnešnej politike, Arbeitspapier für die internationale Konferenz „Das Krisenjahr 1953 und der Kalte Krieg in Europa“, Potsdam, 10.-12.11.1996, S. 27 f [Quelle: AVPRF, 082, 41, 280, 93: 63-68].

292 Nähere Angaben bei Gerhard Wettig, Did Beria Seek Agreement on Germany?, erscheint als Working Paper des Cold War International History Project, Woodrow Wilson Center, Washington. S. auch A.M. Filitov, Gernanskij vopros: ot raskola k soedineniju, Moskau 1993, S. 155; G. Bailey/S. Kondraschow/D. Murphy, a. a. O., S. 201 f.

zu seinem Vorteil zu nutzen suchen. Er richtete sein Bemühen darauf, die am meisten gegen ihn hervorgetretenen Mitglieder des SED-Politbüros, Zaisser und Herrnstadt, mit Berija in eine Reihe zu stellen. Es ist vermutet worden, daß er sich dabei persönliche<sup>293</sup> und politische<sup>294</sup> Spannungen zunutze machte, die zwischen seinen beiden Haupttrivalen und Semjonow entstanden waren. Die Tatsache jedoch, daß der Hochkommissar zusammen mit Marschall Sokolowskij noch am 9. Juli für eine weitgehende Entmachtung Ulbrichts plädierte,<sup>295</sup> läßt auf eine Einflußnahme mittels anderer Kanäle schließen. Sicher ist, daß der Generalsekretär ab Anfang Juli in wachsendem Maße auftrumpfte<sup>296</sup> und daß der SED-Spitze eine Woche später in Moskau bei Übermittlung der Nachricht von Berijas Sturz der erneute Rückhalt für Ulbricht zu verstehen gegeben wurde.<sup>297</sup> Damit war der Machtkampf an der Spitze der SED entschieden.

### *16. Bemühungen um Rekonsolidierung der DDR nach dem 17. Juni 1953*

Der Überwindung der Erschütterung von Regime und System, die der Aufruhr des 17. Juni 1953 und die oft auch danach noch lange andauernden Streiks bedeuteten,<sup>298</sup> galt anschließend die Hauptsorge der Machthaber in Moskau wie Ost-Berlin. Kurz nach Berijas Sturz wurde der KGB-Resident in der DDR, Pitrowranow, vom stellvertretenden Innenminister der UdSSR, Schatalin, damit beauftragt, die Lage in Ostdeutschland wiederherzustellen. Bei seinen folgenden Bemühungen ging er davon aus, daß das MfS mit den Schwierigkeiten nicht fertigzuwerden vermöge. Daher baute er – entgegen der in den vorangegangenen Monaten verfolgten Linie – seinen Apparat aus, teilte dessen in den Bezirken tätigen Abteilungen zusätzliches Personal zur Bekämpfung der feindlichen Tendenzen zu und bemühte sich um die Bildung einer zentralen Inspektorengruppe, die „kritische Hilfe leistet und die Arbeit in den Bezirksämtern überwacht.“<sup>299</sup> Diese und andere Maßnahmen liefen auf eine mas-

293 R. Herrnstadt, a. a. O., S. 62, 74 f, 79, 84, 87 f, 149 f.

294 A.F. Filitov, Perelomnyj 1953-j, a. a. O., S. 27, erwähnt ein Schreiben Semjonows an seine vorgesetzte Behörde [Quelle: AVPRF, 082, 41, 280, 93: 14], in dem dieser seine große Verärgerung über die von Herrnstadt im SED-Zentralorgan „Neues Deutschland“ am 18.6.1953 zugelassene Publikation eines Baubrigadenbriefs darlegte und hinzufügte, daß er bei Ulbricht auf die „Unzulässigkeit derartiger Veröffentlichungen“ gedrungen habe.

295 Spravka. O predložení tt. Sokolovskogo, Semenova i Judina v svjazí s sozdašimsja položénija v GDR, 9.7.1953, AVPRF, 0457a, 41, 280, 93, Bl. 66.

296 H. Müller-Enbergs, a. a. O., S. 240-244; R. Herrnstadt, a. a. O., S. 112-118; Aufzeichnung Grotewohls über Sitzung des SED-Politbüros vom 8.7.1953, wiedergegeben in: C. Ostermann, *The Post-Stalin*, a. a. O., Dokument Nr. 28.

297 So wurde Grotewohl dort am 9.7.1953 bedeutet, er solle mit Ulbricht und Pieck zusammenarbeiten (Monika Kaiser, *Machtwechsel. Von Ulbricht zu Honecker. Funktionsmechanismen der SED-Diktatur in Konfliktsituationen 1962 bis 1972*, Berlin 1997, S. 31).

298 Zur internen Einschätzung der Lage in der DDR vgl. die zwischen dem 17. und 20.6.1953 an die Moskauer Zentrale gesandten Berichte sowjetischer Repräsentanten in Ost-Berlin, wiedergegeben in: C. Ostermann, *The Post-Stalin*, a. a. O., Dokumente Nr. 14, 15, 17, 19 und 20.

299 G. Bailey/S. Kondraschow/D. Murphy, a. a. O., S. 379-381.

sive Verstärkung der Kontrolle über den Staatssicherheitsdienst der DDR hinaus.

Die sowjetische Seite entschied außerdem über die Art der Veränderungen, die im MfS vorgenommen wurden. Nach der Entmachtung von Minister Zaisser war ein neuer Chef einzusetzen. Obwohl der Kreml bei den Konflikten in der SED schließlich Partei für Ulbricht ergriffen hatte, war er nicht willens, diesem uneingeschränkte Machtvollkommenheit zuzugestehen. Zum Mißvergnügen des Generalsekretärs wurde Ernst Wollweber – ein nicht zu seinem Kreis gehörender Funktionär, der bis dahin im Verkehrsministerium Staatssekretär gewesen war, aber in Moskau als langjähriger Geheimdienstmitarbeiter der UdSSR besonderes Vertrauen genoß – an die Spitze des ostdeutschen Apparats gestellt. Der Favorit Ulbrichts für die Nachfolge Zaisers, Mielke, mochte zwar als die „natürliche“ Wahl erscheinen, wurde aber auf die Leitung der Abwehrabteilung beschränkt, doch gelang es dem SED-Chef, seinen der persönlichen Bereicherung überführten Mann vor völligem Funktionsverlust zu bewahren. So wie in der UdSSR verlor die Staatssicherheit auch in der DDR den Status eines Ministeriums; sie wurde zu einem Staatssekretariat im Geschäftsbereich des Innenministeriums. Gleichwohl gelang es ihr, die organisatorische Eigenständigkeit auch weiterhin zu behaupten. Dazu trug nicht unwesentlich bei, daß Pitowranow Ulbrichts Bemühen um klare Unterordnung des Sfs unter den seiner Kontrolle unterstehenden Parteiapparat scheitern ließ. Der Generalsekretär mußte zusehen, wie der sowjetische Sicherheitsfunktionär andere Vorstellungen für den ostdeutschen Sicherheitsdienst verbindlich machte.<sup>300</sup>

Der KGB-Resident mißtraute auf lange Sicht der Leistungsfähigkeit des ostdeutschen Dienstes. Der Vorsitzende der Organisation in Moskau war jedoch anderer Meinung. Serow bewertete das Potential des Sfs grundsätzlich positiv und sah überdies – vor allem auch im Blick auf eine Aktivierung der Agententätigkeit in West-Berlin und in Westdeutschland – die Notwendigkeit, die Eigenkräfte der Stasi zu stärken. Aufgrund des dadurch geschaffenen Handlungsspielraums sah sich Wollweber am 11. November 1953 in der Lage, eine zusammen mit Repräsentanten des Moskauer Innenministeriums ausgearbeitete detaillierte Offensivstrategie der „konzentrierten Schläge“ zu präsentieren, die zentral gesteuerte Massenverhaftungen der „Feinde und Agenten“ in der DDR und deren propagandistische Flankierung vorsah. Die dem Sfs zugestandenem Aktionsmöglichkeiten verbanden sich mit laufender Instruierung und Überwachung durch die in jeder operativen Abteilung und in jeder Bezirksleitung anwesenden KGB-Berater. Diese bestimmten die wesentlichen Personal- und Strukturentscheidungen sowie Arbeitsschwerpunkte der Behörde. Dabei

300 Ebd., S. 187; R. Engelmann, a. a. O., S. 55-58; Heribert Schwan, Erich Mielke. Der Mann, der die Stasi war, München 1997, S. 97-100.

wurden nicht selten andere Präferenzen festgelegt, als die SED-Führung wünschte.<sup>301</sup>

Veränderungen schienen dem Krenl auch beim ostdeutschen Militär angebracht. Wegen übermäßiger Kostenbelastung der DDR war schon in Zusammenhang mit dem Neuen Kurs von Personalverminderungen die Rede gewesen. Nachdem am 17. Juni 1953 nicht wenige Einheiten den erwarteten Einsatz hatten vermissen lassen oder in einigen Fällen sogar mit ihrer Entwaffnung durch Aufständische einverstanden gewesen waren, bot sich ein solches Vorgehen auch zum Zweck der Säuberung an. Es wurde eine umfangreiche Entlassungsaktion eingeleitet, die mit einer begrenzten Wiederauffüllung des Kaderbestandes einherging. Die bisherigen vier Armeekorps („Territorialverwaltungen“), die jedoch zum Teil nur gekadert gewesen waren, wurden auf zwei reduziert.<sup>302</sup> Gemäß den Vorstellungen der Hochkommission, die in Moskau gebilligt und dann von der SED-Führung in Reorganisationsvorschläge umgesetzt worden waren, wurden zuverlässige Kader für die Verwendung in künftigen Einheiten des inneren Einsatzes abgezweigt.<sup>303</sup> Dem folgten ab Ende 1953 im Geschäftsbereich des SfS (dessen Kontrolle durch die UdSSR in besonderem Maße gewährleistet war) eine Reorganisation der Grenztruppen und die Aufstellung spezieller Verbände der inneren Sicherheit.<sup>304</sup> Auf Ulbrichts Ersuchen hin, das kaum ohne sowjetische Anregung zustande gekommen sein dürfte, wurden die militärischen Berater in der KVP drastisch vermehrt; sie waren nunmehr bis hinunter zur Kompanie und Batterie tätig.<sup>305</sup>

Die Hochkommission kreidete der DDR-Polizei an, mit dem Aufruhr im Lande nicht fertiggeworden zu sein. Daher wurde die personelle Präsenz der Besatzungsmacht in ihrem Apparat – von der Schutz- und Verkehrspolizei über den Schulungsapparat bis hin zum Paß- und Meldewesen – vermehrt.<sup>306</sup> Die sowjetische Seite zog den weiteren Schluß, daß Zahlenstärke, Organisation und Dislozierung der Polizeikräfte der Überprüfung bedürftigen. Die ostdeutsche Führung wurde angewiesen, diesbezügliche Vorschläge zu unterbreiten, deren Verwirklichung „ohne Hilfe der sowjetischen Truppen die Aufrechterhaltung von Ordnung und Ruhe in der Republik“ gewährleiste.<sup>307</sup> Darüber kam es zu

301 Ebd., S. 58-64; Walter Stüb, „Schild und Schwert“ – Das Ministerium für Staatssicherheit und die SED, in: S. Suckut/W. Stüb, a. a. O., S. 89-91; G. Bailey/S. Kondraschow/D. Murphy, a. a. O., S. 383-385; B. Marquardt, a. a. O., S. 302.

302 Bericht des Chefs der [Gesamt-]KVP an das SED-Politbüro, o. D. [Anfang 1954], SAPMO, J IV 2/202/64, Bl. 125-131; T. Diedrich, Die bewaffnete Sicherung, a. a. O., S. 71 f, 77 ff; Herbert Peter, Als Politoffizier in den Vorläufern der NVA, in: Militärgeschichte, 6/1990, S. 590.

303 Spravka. O predložení tt. Sokolovskogo, Semenova i Judina v svjazí s sozdavšimsja položením v GDR, 9.7.1953, AVPRF, 0457a, 41, 280, 93, Bl. 66.

304 W. Ulbricht an N. Chruschtschow (dt. und russ.), 25.4.1955, SAPMO, J IV 2/202/64, Bl. 195.

305 W. Ulbricht an das KPdSU-Präsidium (dt. und russ.), 5.8.1953, SAPMO, J IV 2/202/64, Bl. 69 ff; W. Ulbricht an das KPdSU-Präsidium (dt. und russ., mit Anlagen), 24.2.1954, SAPMO, J IV 2/202/64, Bl. 146-150.

306 W. Ulbricht an das KPdSU-Präsidium (dt. und russ.), 29.6.1954, SAPMO, J IV 2/202/64, Bl. 155 ff; M. Lemke, Die deutschlandpolitischen Handlungsspielräume, a. a. O., S. 315.

307 Spravka. O predložení tt. Sokolovskogo, Semenova i Judina v svjazí s sozdavšimsja položením, AVPRF, 0457a, 41, 280, 93, Bl. 67.

Beratungen zwischen den Leitern des einschlägigen Beraterapparats und Ulbricht. Als in deren Verlauf Meinungsdivergenzen entstanden, beugte sich der ostdeutsche Parteichef der höheren Einsicht der anderen Seite.<sup>308</sup>

Auf sowjetisches Betreiben hin stellte die DDR-Führung ab Frühsommer 1953 „Kampfgruppen der Arbeiterschaft“ zum Schutz der Großbetriebe und anderer wichtiger Wirtschaftsobjekte auf.<sup>309</sup> Das SED-Politbüro sah sich veranlaßt, gegenüber der Besatzungsbehörde eine weithin schlechte Arbeit der Stasi-Organen in den KVP-Einheiten einzuräumen, die es vielfach nicht verstanden hätten, die Tätigkeit von „Agenturen feindlicher Nachrichtendienste“ aufzudecken und den Übertritt ganzer Gruppen von Einheitsangehörigen nach West-Berlin zu verhindern.<sup>310</sup> Aufgrund derartiger Erfahrungen verstärkte vor allem der sowjetische Abwehrdienst seine Präsenz in den waffentragenden Formationen der DDR.<sup>311</sup> Als Maßnahmen zur Festigung der inneren Stabilität in Ostdeutschland ordnete die Besatzungsmacht die Durchführung einer „strengen Überwachung“, das Abhören der Telefone von „Spionen und Provokateuren“, eine verschärfte Zensur in den Medien, die Kontrolle der postalischen Korrespondenz mit dem Westen und eine Bekämpfung des vom westlichen Rundfunk ausgehenden Einflusses durch gezielte Störsendetätigkeit an.<sup>312</sup> Als Beitrag der UdSSR zur Stabilisierung der ostdeutschen Lage änderte das Oberkommando der im Lande stehenden sowjetischen Truppen deren Dislozierung unter dem Gesichtspunkt, im Fall neuerlicher Unruhen optimal reagieren zu können. Insbesondere wurden zahlreiche Panzereinheiten in den Berliner Raum verlegt.<sup>313</sup>

Zugleich suchten die Führer der UdSSR nach den Zuspitzungen, zu denen die Ereignisse des 17. Juni geführt hatten, sowohl die psychologische Lage als auch das Verhältnis zum Westen zu entspannen. Sie veranlaßten daher, daß die Sperrung der Sektorengrenze in Berlin, die sie wegen der Unruhen des 17. Juni verfügt hatten, baldmöglichst wieder aufgehoben wurde.<sup>314</sup> Sie sahen sich auch durch die eingetretene Erschütterung des SED-Regimes dazu veranlaßt, Maßnahmen zur besseren Versorgung der ostdeutschen Bevölkerung zu ergreifen. Dazu gehörten sowohl eine Änderung der wirtschaftlichen Prioritäten in der DDR als auch materielle Hilfslieferungen.<sup>315</sup> Sie entschlossen sich auch zu einem Verzicht auf weitere Reparationslieferungen ab 1954, zur unentgeltlichen

308 Vgl. Aktennotiz der Abteilung für Sicherheitsfragen beim ZK der SED, 9.1.1954, SAPMO, DY 30/IV 2/12/119, Bl. 1-10.

309 Ebenda.

310 *Perevod s nemeckogo* [Papier des SED-Politbüros für die Hochkommission], 21.11.1953, SAPMO, J IV 2/202/64, Bl. 87 f.

311 B. Marquardt, a. a. O., S. 302 f.

312 M. Lemke, *Die deutschlandpolitischen Handlungsspielräume*, a. a. O., S. 315.

313 *Spravka. O predloženíi tt. Sokolovskogo, Semenova i Judina v svjazí s sozdaščimsja položéním v GDR*, 9.7.1953, AVPRF, 0457a, 41, 280, 93, Bl. 68.

314 Mirošničenko/Lun'kov an W. Semjonow, 4.7.1953, AVPRF, 0457a, 41, 280, 93, Bl. 61 ff; G. Puschkin an A. Ja. Wjuschinski, 6.7.1953, ebd., Bl. 60.

315 Mirošničenko an Außenministerium, 5.7.1953, AVPRF, 06, 12a, 52, 314, Bl. 4 ff; G. Puschkin an A. Ja. Wjuschinski (mit Anlage), 11.7.1953, AVPRF, 0457a, 41, 280, 93, Bl. 63-65; W. Semjonow/P. Judin an G.M. Puschkin, 18.7.1953, AVPRF, 06, 12a, 52, 314, Bl. 6 f.

Rückgabe der SAG-Betriebe mit Ausnahme der Wismut und zu einer Begrenzung der Besatzungskosten.<sup>316</sup> Die ökonomischen Umdispositionen der ostdeutschen Seite unterlagen ebenso die Veränderungen innerhalb der SED-Führung genauer sowjetischer Kontrolle.<sup>317</sup>

Zugleich begann der Kreml den Akzent der Deutschland-Politik behutsam von der Forderung nach nationaler Einheit auf eine Bekräftigung der Zweistaatlichkeit zu verlagern. Auf der Grundlage von Entwürfen, die Molotow schon im Frühjahr hatte ausarbeiten lassen, wandte er sich am 15. August 1953 an die drei Westmächte mit der Aufforderung, von der bisher betriebenen Integration der Bundesrepublik abzulassen und als Alternative einen Friedensvertrag mit einer Provisorischen Gesamtdeutschen Regierung anzustreben, die neben den Regierungen der zwei deutschen Staaten zu bilden sei.<sup>318</sup> Das stand in deutlichem Gegensatz zu dem früheren Verlangen, daß die im Blick auf einen Friedensvertragsabschluß zu schaffende Regierung die Führungsorgane beider Seiten ersetzen solle. In der Sicht Moskaus ging es nunmehr darum, alles zu vermeiden, was möglicherweise als Infragestellung der DDR aufgefaßt werden konnte. Statt dessen galt es, das Ansehen des SED-Staates so weit wie möglich zu heben. Dieser Wille wurde eine Woche später nochmals deutlich, als in der sowjetischen Hauptstadt erstmals eine ostdeutsche Regierungsdelegation mit allen diplomatischen Ehren empfangen wurde und neben den obengenannten Zusagen das Versprechen „allseitige[r] Unterstützung und Hilfe“ erhielt.<sup>319</sup> Dem Zweck, die DDR als geschätzten und gewichtigen Partner erscheinen zu lassen, diente die offizielle Darstellung, daß die Zugeständnisse das Ergebnis von Verhandlungen seien. In Wirklichkeit hatte die Führung der UdSSR alles einseitig vor Eintreffen der ostdeutschen Besucher festgelegt. Auch bei Gewährung von – durch den kritischen Zustand des SED-Staates erforderlich gewordenen – Wohltaten blieb die sowjetische Seite beim Verhaltensmuster des Oktroi.

316 3. Europäische Abteilung des Außenministeriums an das Präsidium der KPdSU z.H. G.M. Malenkov und N.S. Chruschtschow, August 1953, AVPRF, 082, 41, 270, 15, Bl. 196; Communiqué über die Verhandlungen zwischen den Regierungen der UdSSR und der DDR, 23.8.1953, in: Dokumente zur Deutschlandpolitik der SU, a. a. O., S. 345-350.

317 B. Mirošničenko an das Außenministerium zur Weiterleitung an das Präsidium der KPdSU, 5.7.1953, AVPRF, 082, 35, 23, 15, Bl. 12 ff; Leiter der Kanzlei der DDR-Regierung an Oberst Kotzjuba (Hochkommission der UdSSR), ebd., Bl. 19; A. Orlov (Hochkommission der UdSSR) an Botschafter Puschkin, 28.9.1953, AVPRF, 082, 35, 23, 11, Bl. 25-30.

318 Text: Dokumente zur Deutschlandpolitik der SU, a. a. O., S. 329-344. Die SED-Führung war nicht konsultiert worden und wurde erst nach Absendung der Note unterrichtet; im Blick auf die propagandistische Präsentation der Initiative bedurfte sie der Weisung aus Moskau (W. Semjonow an W. M. Molotow, 16.8.1953, AVPRF, 082, 41, 271, 19, Bl. 54).

319 Ansprache Malenkows auf den Banketts im Kreml aus Anlaß des Aufenthalts der DDR-Delegation in Moskau, am 22.8.1953, wiedergegeben ebd., S. 339-344; Communiqué über die sowjetisch-ostdeutschen Verhandlungen, 23.8.1953, ebd., S. 345-350. Der Besuch der DDR-Regierungsdelegation war bereits seit dem Frühjahr als autoritätsstärkende Maßnahme vorgesehen worden. Als unmittelbar vorbereitende Dokumente siehe 3. Europäische Abteilung des sowjetischen Außenministeriums an W. Molotow (mit Entwurf einer Vorlage für das KPdSU-Präsidium), 30.7. u. Anfang Aug. 1953, AVPRF, 06, 12, 16, 264, Bl. 2-7; Entwurf der 3. Europ. Abt. für das KPdSU-Präsidium z.H. G.M. Malenkov und N.S. Chruschtschow, Anfang August 1953, AVPRF, 082, 41, 271, 19, Bl. 192-197.

### 17. *Abbau sowjetischer Besatzungsrechte*

Die folgende Herbst- und Winterszeit konfrontierte die Führung der UdSSR mit erheblichen Problemen in Deutschland: Die Lage in der DDR besserte sich nur wenig; der Westen ergriff die politische Initiative. Auf der Berliner Außenministerkonferenz vom 25. Januar bis 18. Februar 1954 wehrte Molotow zwar ohne allzu große Mühe die Plädoyers für eine Wiedervereinigung der Deutschen auf demokratischer Basis ab, weil die westlichen Delegationen keine substantielle Gegenleistung anboten und damit bei den oppositionellen Einheitsverfechtern in der Bundesrepublik Kritik hervorriefen, enttäuschte aber seinerseits durch den Alternativvorschlag einer „europäischen Sicherheit“, die – zumindest bis auf weiteres – mit einem Nebeneinander der beiden deutschen Staaten einhergehen sollte.<sup>320</sup> Aus Moskauer Sicht galt es, die DDR nach ihrer inneren Erschütterung im Vorjahr künftig vor jener Infragestellung zu schützen, die selbst von einem nur propagandistisch gemeinten Bekenntnis zum Gedanken der deutschen Einheit ausgehen mochte. Diese Überlegung stieß bei führenden SED-Funktionären, die an der gesamtdeutschen Mission ihres Staates festhielten, auf Unwillen.<sup>321</sup> Nach sowjetischer These jedoch setzte die „weitere allseitige Festigung der Deutschen Demokratischen Republik“, die als „Schlußfolgerung“ aus dem Verlauf der Berliner Konferenz zu ziehen war, eine deutliche Zurücknahme der früheren Einheitsrhetorik voraus. Zur Konsolidierung der DDR erschien vor allem zweierlei notwendig: eine enge wirtschaftliche Verflechtung mit der Sowjetunion im Rahmen des RGW und eine „größere Selbständigkeit [der ostdeutschen Seite] in den inneren und äußeren Angelegenheiten“.<sup>322</sup>

Dementsprechend veröffentlichte die Regierung der UdSSR am 25. März 1954 eine entsprechende Erklärung. Darin erwies sie zunächst dem Ziel der deutschen Einheit Reverenz. Anschließend jedoch bekräftigte sie faktisch den bestehenden Zustand der Zweistaatlichkeit. Unter Berufung auf die „Interessen des deutschen Volkes“ räumte sie der DDR bereits „vor der Vereinigung Deutschlands“ einen Selbständigkeitsstatus ein und nahm mit ihr „die gleichen Beziehungen auf wie mit anderen souveränen Staaten“ und räumte ihr die Freiheit ein, „nach eigenem Ermessen über ihre inneren und äußeren Angelegenheiten einschließlich der Frage der Beziehungen zu Westdeutschland zu entscheiden.“ Dabei blieben jedoch weiterhin Einschränkungen bestehen. Die sowjetische Seite behielt sich in der DDR „die Funktionen [vor], die mit der Gewährleistung der Sicherheit in Zusammenhang stehen und sich aus den Verpflichtungen ergeben, die der UdSSR aus den Vier-Mächte-Abkommen

320 Als grundlegende Stellungnahme s. die Erklärung Molotows vom 10.2.1954, wiedergegeben in: Dokumente zur Deutschlandpolitik der SU, a. a. O., S. 466-478.

321 Aktenvermerk der Protokollabteilung des DDR-Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten (Thun) anlässlich einer Äußerung Molotows bei der Abreise aus Ost-Berlin, 20.2.1954, AMFAA, 14797, Bl. 35; Aufzeichnung aus dem Grotewohl-Nachlaß über die Moskauer Konferenz vom 29.11.-2.12.1954, SAPMO, NY Bd. I 460, Bl. 109..

322 W. Semjonow/G. Puschkin an W. Molotow, 27.2.1954, AVPRF, 06, 13a, 169, 36, Bl. 1-3.

erwachsen.“ Dabei wurde die Zusage der ostdeutschen Regierung zur Kenntnis genommen, daß sie ihren Verbindlichkeiten aus dem „Potsdamer Abkommen über die Entwicklung Deutschlands als eines demokratischen und friedliebenden Staates“ und im Blick auf den „zeitweiligen Aufenthalt sowjetischer Truppen“ auf ihrem Territorium nachkommen werde. Unter den damit festgelegten Voraussetzungen wurde die „Überwachung der Tätigkeit der staatlichen Organe“ der DDR durch den Hohen Kommissar der UdSSR aufgehoben. Dessen Funktionen sollten daher künftig auf die Fragen der Sicherheit und auf die Gesamtdeutschland und die alliierten Beschlüsse betreffenden Kontakte zu den Vertretern der drei Westmächte beschränkt sein.<sup>323</sup> Drei Tage später antwortete die DDR-Regierung mit einer Erklärung, in der eine Wiederholung der sowjetischen Formulierungen enthalten war.<sup>324</sup>

Wie es scheint, veränderte sich aufgrund der Moskauer Stellungnahme das Verhältnis zwischen der ostdeutschen Seite und der Besatzungsmacht nur teilweise. Zwar finden sich keine Belege mehr für die bis dahin üblichen ständigen Eingriffe in alle möglichen Verwaltungsangelegenheiten der DDR, aber das SED-Regime sah sich weiterhin veranlaßt, vor politisch und militärisch wichtigen Entscheidungen in Moskau Rückfrage zu halten.<sup>325</sup> Auch wurden aufgrund der Erklärung vom 25. März 1954 den ostdeutschen Behörden nicht alle einschlägigen Kompetenzen automatisch übertragen. In manchen Fällen bedurfte es dazu noch einer besonderen Entscheidung der Moskauer Führung.<sup>326</sup> Die von SMAD und SKK erlassenen Befehle und Anordnungen blieben noch bis August 1954 in Kraft;<sup>327</sup> augenscheinlich war die dazwischenliegende Zeitspanne notwendig, um – gemäß der von der DDR-Regierung übernommenen Verpflichtung zur Erfüllung der Forderungen, die der Kreml mit dem Potsdamer Abkommen und anderen interalliierten Übereinkünften verband – die vorher erforderliche Umsetzung des Besatzungsrechts in ostdeutsche Rechtsnormen zu gewährleisten.

Die sowjetische Seite zeigte sich bemüht, den Ost-Berlin eingeräumten Handlungsspielraum zu respektieren. Seit dem Frühjahr 1954 liegen keine Zeugnisse mehr vor über Eingriffe in innere Angelegenheiten der DDR, wie sie bis dahin üblich gewesen waren. Sogar in Personalfragen der ostdeutschen Führung nahm der Kreml seinen Einfluß zurück, ohne daß die Grenzen dieses Verzichtes klar gewesen wären. Bezeichnend dafür ist der Fall Wollweber. Ulbricht war unzufrieden darüber, daß ihm dieser Mann als Leiter des Staatssicherheitsdienstes aufgenötigt worden war. Er hielt daran fest, daß Mielke die richtige Beset-

323 Text: Dokumente zur Deutschlandpolitik der SU, a. a. O., S. 501f/Dokumente zur Außenpolitik der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, Bd. I, [Ost-]Berlin 1954, S. 303 f.

324 Ebd., S. 304-306.

325 Vgl. z. B. W. Ulbricht an das Präsidium der KPdSU (russ.), 1.6.1954, SAPMO, J IV 2/202/70, Bl. 2 f.

326 Das galt beispielsweise für die Aufnahme von Direktbeziehungen zwischen den Militärmissionen Polens und anderer östlicher Länder in den die DDR betreffenden Angelegenheiten (W. Molotow an das ZK der KPdSU [mit Anlagen], 10.4.1954, AVPRF, 06, 13, 169, 15, Bl. 7-9).

327 T. Diedrich, Die bewaffnete Sicherung, a. a. O., S. 93.

zung für diese Schlüsselposition wäre. Um den beabsichtigten Wechsel begründen zu können, suchte er Wollweber als unfähig hinzustellen. Ende 1954 suchte der SED-Chef den KGB-Residenten Pitowranow für seinen Wunsch zu gewinnen. Dieser antwortete, die Entscheidung sei Sache der SED. Aber Ulbricht, der Wollwebers enge Verbindungen nach Moskau kannte, hielt es – wie sich dann zeigte: zu recht – für zu riskant, die Sache auf diese Weise zu betreiben. Es gelang ihm, den Vorsitzenden des KGB in Moskau, Serow, für sein Vorhaben zu erwärmen. Aber die anderen relevanten Spitzenfunktionäre in der sowjetischen Hauptstadt verweigerten die Unterstützung. Daher blieb der Rivale des SED-Chefs vorerst im Amt.<sup>328</sup>

Auch in der Deutschland-Politik blieb der Handlungsspielraum eng. In der zweiten Oktoberhälfte des Jahres 1954 entwarf Ulbricht das Projekt einer Konföderation der DDR mit der Bundesrepublik, um eine Basis für weitere gesamtdeutsche Kampagnen zu haben und gleichzeitig die Zwei-Staaten-Politik vorantreiben zu können. Damit befand er sich zwar in grundsätzlicher Übereinstimmung mit der sowjetischen Politik, doch hatte diese, wie sich bald zeigte, andere taktische Präferenzen. Um die gerade zwischen Bonn und seinen westlichen Partner abgeschlossenen Pariser Verträge mit größtmöglicher Wirksamkeit zu konterkarieren, war aus Moskauer Sicht notwendig, den östlichen Willen zur deutschen Einheit mit scheinbar unbedingter Entschlossenheit zu demonstrieren. Es galt demnach, der umworbenen westdeutschen Bevölkerung den Eindruck zu vermitteln, als könne sie mit rascher und vollständiger Wiedervereinigung rechnen, wenn sie nur die Westverträge zurückweise. Daher verhinderte Moskau die vorgesehene Aufnahme des Konföderationsvorschlags in die Regierungserklärung Grotewohls vom 19. November.<sup>329</sup> Auch wenn die sowjetische Seite sich selbstverständlicherweise durchsetzte, läßt der Vorgang einen Zuwachs an ostdeutscher Selbständigkeit gegenüber der Zeit vor 1954 deutlich werden: Die SED-Führung hatte die deutschlandpolitische Initiative ergriffen, statt auf Weisungen der UdSSR zu warten.

Die erwähnte westdeutsch-westliche Übereinkunft vom Oktober 1954 über einen Beitrag der Bundesrepublik zur Verteidigung Westeuropas und über die Ablösung alliierten Besatzungsrechts leitete seitens der Sowjetunion das Zugeständnis weiterer Handlungsspielräume an die DDR ein. Die Raschheit und Entschiedenheit, mit welcher der Westen nach dem vorangegangenen Scheitern der EVG die politische und militärische Integration der Westdeutschen vorantrieb, machte es von vornherein zweifelhaft, ob die UdSSR noch hoffen konnte, diesen Prozeß aufzuhalten. Daher machte sich die sowjetische Führung von Anfang an auf ein Scheitern ihrer Gegenbemühungen gefaßt. Neben eilig bekundete Wiedervereinigungsabsichten trat der Vorschlag eines Systems der „europäischen Sicherheit“, das sie auf der Berliner Außenministerkonferenz

328 G. Bailey/S. Kondraschow/D. Murphy, a. a. O., S. 387-390.

329 Michael Lemke, Als Otto Grotewohl noch von der Einheit der deutschen Nation sprach, in: Das Parlament, 8./15. 8. 1997. Vgl. die folgenden sowjetischen Stellungnahmen vom 15.1.1955 und 28.2.1955, in: Dokumente zur Deutschlandpolitik der SU, Bd. II, [Ost-]Berlin 1963, S. 104-109, 113-117.

Anfang des Jahres als Alternative zur Deutschland-Regelung präsentiert hatte. Die europäischen Länder wurden zu Beratungen darüber nach Moskau eingeladen. Vorhersehbarerweise beteiligten sich an dieser Konferenz, die vom 29. November bis 2. Dezember 1954 stattfand, nur die Staaten des östlichen Lagers. Diese verabschiedeten eine von den Gastgebern vorbereitete Erklärung. Sie stellten darin die Schaffung eines „Systems der kollektiven Sicherheit“ für den Fall in Aussicht, daß die Verträge zwischen den Westmächten und der Bundesrepublik in Kraft träten.<sup>330</sup> Vor dem Zentralkomitee der SED machten Ulbricht und andere Spitzenfunktionäre fünf Tage später deutlich, daß es sich dabei faktisch um ein multilaterales Gegenbündnis zur NATO handelte, zu dem auch die DDR ihren militärischen Beitrag leisten werde.<sup>331</sup>

Damit stellte sich die Frage, wie die Rolle der ostdeutschen Streitkräfte, die es nach offizieller These noch gar nicht gab, völkerrechtlich definiert werden sollte. Der Kreml zeigte mit seiner Entscheidung darüber keine Eile. Als der Warschauer Pakt wie vorgesehen nach Inkrafttreten der Westverträge am 14. Mai 1955 besiegelt wurde, sah sich die DDR zunächst nur in politischer Hinsicht am Bündnis beteiligt. Aufgrund des angeblichen Nicht-Vorhandenseins einer Armee erhielt sie noch keinen Status in dem Vereinten Kommando. Ihre Teilnahme wurde späterer Vereinbarung vorbehalten.<sup>332</sup> Die politische Einbeziehung der ostdeutschen Seite in den Pakt weist eine Besonderheit auf. Der Vertragstext hatte vier Fassungen, denen allen gleiche Rechtsverbindlichkeit zuerkannt wurde. Gleichwohl gab es einen grundlegenden Unterschied zwischen den auf russisch, polnisch und tschechisch abgefaßten Texten einerseits und der deutschsprachigen Version. Während die Beistandsklausel im ersten Fall lautete, daß jedes Mitglied bei einem feindlichen Angriff dem bzw. den davon betroffenen Verbündeten mit allen Mitteln zu Hilfe kommen werde, die „ihm“ – also dem beistandleistenden Staat selbst – dann notwendig erscheine,<sup>333</sup> war auf deutsch von den „ihnen“ – also von den nach Ermessen der anderen – erforderlich scheinenden Mitteln die Rede.<sup>334</sup> Da es sich zweifellos nicht um einen Übersetzungsfehler handelt, ist man geneigt, eine Diskriminierung der ostdeutschen Seite zu vermuten. Die DDR hätte demnach die Pflicht auf sich genommen, im Beistandsfalle alles zu tun, was von anderen, d. h. praktisch von der UdSSR, verlangt wurde, ohne umgekehrt die gleiche Forderung stellen zu können.

Die ostdeutsche Regierung hatte bereits im vorangegangenen Herbst erklärt, sie werde sich, falls die in Westdeutschland zur Wiederherstellung des „Militarismus“ und zum Aufbau einer Armee komme, gezwungen sehen, „in Beantwortung dieser Maßnahmen nationale Streitkräfte zu schaffen, die imstande sind, die friedlichen Errungenschaften der Werktätigen der Deutschen Demo-

330 Text: ebd., S. 85-99.

331 Stenografische Niederschrift der 22. Tagung des ZK der SED, 7.12.1954, SAPMO, DY 30/IV 2/1/140, Bl. 1-132.

332 Texte: Dokumente zur Deutschlandpolitik der SU, II, S. 137-143.

333 So der Text in: Pravda, 15.5.1955.

334 So der Text in: Neues Deutschland, 15.5.1955.

kratischen Republik zu schützen.<sup>335</sup> Offiziell liefen daher die militärischen Vorbereitungen der DDR nach Gründung des Warschauer Pakts auf die Neuaufstellung von Streitkräften hinaus. Tatsächlich ging es um die Verstärkung einiger Rüstungskomponenten und um Details der Militärstruktur, die nunmehr unter dem Dach eines Verteidigungsministeriums sichtbare Gestalt annehmen würde. Bei den Entscheidungen über beide Fragekomplexe hatte die sowjetische Führung das letzte Wort.<sup>336</sup> Am 18. Januar 1956 folgte als Schlußpunkt das Gesetz über die Schaffung der Nationalen Volksarmee und des Ministeriums für Nationale Verteidigung. Auf der Tagung des Warschauer Pakts in Prag am 27./28. Januar 1956 beschlossen die Verbündeten die Eingliederung der ostdeutschen Streitkräfte in die gemeinsame Truppenmacht.

Auch nach voller Aufnahme in den Warschauer Pakt behielt die DDR einen Sonderstatus. Die sowjetische Führung machte deutlich, daß die gewährte relative Selbständigkeit auf der Voraussetzung beruhte, daß der ostdeutsche Staat die alliierten Beschlüsse in die Praxis umgesetzt hatte. Das Besatzungsregime konnte nur in dem Umfang aufgehoben werden, wie die damit auferlegten Forderungen – und das betraf in sowjetischer Deutung die System- und Lagerzugehörigkeit in allen für richtig gehaltenen Einzelheiten – erfüllt wurden.<sup>337</sup> In Betracht zu ziehen ist auch, daß die sowjetische Seite über ihre in Staat und Wirtschaft sowie insbesondere auch in den Streitkräften und in der Staatssicherheit bis hinauf zu den höchsten Stellen tätigen Berater weiterhin bestimmenden Einfluß ausübte.

Mit dem Vertrag über die Beziehungen zur DDR vom 20. September 1955 schuf die UdSSR ein Gegenstück zu den Vereinbarungen, mit denen die Westmächte die Bundesrepublik aus dem Besatzungsregime entlassen hatten.<sup>338</sup> In dem Text war von einem Verhältnis die Rede, das „auf völliger Gleichberechtigung, gegenseitiger Achtung der Souveränität und der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten“ beruhe. Dem Eindruck, daß damit die besatzungsrechtliche Unterordnung der DDR unter die sowjetische Seite aufgehoben sei, wurde weiterhin durch die Auflösung der Hochkommission Vorschub geleistet. Bei näherem Zusehen zeigte sich freilich, daß sich der

335 Rede von Ministerpräsident Grotewohl auf der Moskauer Konferenz, 30.11.1954, in: Dokumente zur Außenpolitik der Regierung der DDR, Bd. II, [Ost-]Berlin 1955, S. 121.

336 W. Ulbricht an das Präsidium der KPdSU (russ.), 1.6.1955, SAPMO, J IV 2/202/70, Bl. 2 ff; W. Ulbricht an N.S. Chruschtschow (dt. und russ., mit Anlagen), ebd., Bl. 4-9; W. Ulbricht an G. Puschkin (russ.), 13.1.1956, ebd., Bl. 11.

337 Vgl. die Rede Malenkows vor den sowjetischen und ostdeutschen Delegationsmitgliedern in Moskau, 19.9.1955, Dokumente zur Deutschlandpolitik der SU, II, S. 196 f. Die genaue Art der gewählten interalliierten Bezugspunkte variiert und erscheint willkürlich gewählt: Statt der hier genannten Kontrollratsbeschlüsse hätte auch das Potsdamer Abkommen oder eine andere Übereinkunft der Nachkriegszeit genannt werden können. Besonders häufig diente der sowjetischen Seite die Vereinbarung von Potsdam zur Begründung besonderer Ansprüche. In einzelnen Fällen galt dies sogar für Forderungen, die – etwa bezüglich des Transits der sowjetischen Streitkräfte – gegenüber Polen geltend gemacht wurden (vgl. Deklaration der Regierung der UdSSR über die Grundlagen der Entwicklung und weiteren Festigung der Freundschaft und der Zusammenarbeit zwischen der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Staaten, in: Pravda, 31.10.1956).

338 Text: Dokumente zur Deutschlandpolitik der SU, II, S. 208-211.

Kreml Möglichkeiten der Einflußnahme auf Ost-Berlin vorbehielt. Die Bestimmung, welche die Seiten dazu verpflichtete, miteinander „über alle wichtigen Fragen [zu] beraten,“ die ihre Interessen berührten, gab jedoch ihm ein wichtiges Instrument dazu an die Hand.<sup>339</sup> Auch die Klausel, die eine Weiterentwicklung der bestehenden bilateralen wirtschaftlichen, wissenschaftlich-technischen und kulturellen Verbindungen vorschrieb, kam – zumindest potentiell – dem Stärkeren zugute.

Das sowjetische Militär verblieb bis auf weiteres auf ostdeutschem Territorium. Der Hinweis in dem Vertrag, daß es sich nicht in die inneren Angelegenheiten des Landes und in dessen gesellschaftlich-politisches Leben einmischen werde, schrieb primär den Verzicht auf die in der SMAD- und SKK-Zeit üblichen Formen des Eingreifens fest. Nicht davon berührt wurde der Einfluß, den die UdSSR über die in den Macht- und Verwaltungsapparaten in großer Zahl und bis ganz weit nach „oben“ tätigen Berater ausübte. Die seit langem eingespielte Praxis, daß sich die SED-Führer vor wichtigen Entscheidungen und Stellungnahmen ratsuchend an die sowjetische Seite wandten, blieb weiter bestehen. Es unterlag auch nach wie vor keinem Zweifel, daß die UdSSR dem Regime Schutz vor der eigenen Bevölkerung gewährte, wie sie das am 17. Juni 1953 aller Welt vor Augen geführt hatte. Das gehörte nach dem Verständnis des Kreml zu den politischen Pflichten der UdSSR in Deutschland. Danach war diese der Garant für die Verwirklichung der interalliierten Übereinkünfte, vor allem des Potsdamer Abkommens, deren wesentlicher Zweck es war, in dem besiegten Land eine „demokratische“ Ordnung zu etablieren und dauerhaft zu sichern. Diese aber beruhte, wie man in Moskau nicht müde wurde zu erklären, allein auf der SED und ihren Vorstellungen.

Die UdSSR übertrug ihrem ostdeutschen Vertragspartner in aller Form das Recht zur Bewachung und Kontrolle der Grenzen und Demarkationslinien zum Westen, beanspruchte aber – in Analogie zum Deutschland- und Berlinvorbehalt Westmächte gegenüber der Bundesrepublik – für sich weiterhin Kompetenzen in bezug auf die alte deutsche Hauptstadt. Die den Verkehr westlichen Militärpersonals zwischen den Westsektoren und Westdeutschland betreffenden Befugnisse wurden den sowjetischen Streitkräften zugewiesen. Bezüglich der den Behörden der DDR übertragenen Bewachung und Kontrolle über den Ziviltransit hieß es, daß diese eine Regelung der damit verbundenen Fragen gewährleisten mußten.<sup>340</sup> Das lief, wie sich in der Folgezeit herausstellte, auf die Auflage hinaus, die bestehende Praxis der Durchfahrtgewährung zu respektieren. Mit diesen Regelungen stellte die UdSSR fest, daß sie, ungeachtet der Übergabe staatlicher Rechte an die DDR, im Verhältnis sowohl zum SED-

339 Es sei hier daran erinnert, daß eine gleichartige Verpflichtung der Verbündeten den Kern der späteren „Breschnew-Doktrin“ bildete: Indem die kleinen Staaten gezwungen waren, ihre inneren Angelegenheiten zum Gegenstand von Beratungen mit der übermächtigen Hegemonialmacht zu machen und sich dem dabei erzielten Ergebnis zu unterwerfen, waren ihre entsprechenden Entscheidungen sowjetischer Fremdbestimmung unterworfen.

340 Brief von W. Sorin an L. Bolz, 20.9.1955, in: Dokumente zur Deutschlandpolitik der SU, II, S. 211 f.

Regime als auch zu den drei Westmächten als Besatzungsmacht in Deutschland präsent blieb. Außerdem war auf dieser Basis klar, daß in Berlin als dem wohl heikelsten Punkt des Ost-West-Konflikts die sowjetische Seite das Heft in der Hand behielt.

Der Zwei-Staaten-Politik in Deutschland, die Moskau im Sommer 1953 einleitete und zwei Jahre später zum vorläufigen Abschluß brachte, entsprach die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur Bundesrepublik durch die UdSSR. Überlegungen dieser Art deuteten sich auf sowjetischer Seite bereits im April 1954 an.<sup>341</sup> Die Tendenz dazu erhielt mit der Integration Westdeutschland in das atlantische Staatensystem Auftrieb. Die östliche Seite verlor die Möglichkeit, aus Lockungen mit der deutschen Einheit weiterhin politisches Kapital zu schlagen. Daher trat für den Kreml das – nicht zuletzt auch wirtschaftlich begründete – Interesse an Beziehungen zu Westdeutschland in den Vordergrund. Aus Ost-Berliner Sicht war diese Normalisierungspolitik ambivalent. Sie schien die Chance zu bieten, daß die Bundesrepublik und/oder andere westliche Länder im Gegenzug Beziehungen zur DDR knüpften und damit das SED-Regime nach außen und innen festigten. Zugleich jedoch würde die offizielle Leitparole der deutschen Einheit an Überzeugungskraft verlieren. Das drohte die propagandistische Delegitimierung des als einheitsfeindlich hingestellten „imperialistischen“ Weststaates zu erschweren. Unter diesem Aspekt konnte die SED-Führung wenig Gefallen an dem Plan Moskaus finden. Sie war, als sie – ein erstmaliger Vorgang – konsultiert wurde,<sup>342</sup> naturgemäß außerstande, sich der Verwirklichung des Vorhabens mit Aussicht auf Erfolg zu widersetzen. Aber sie machte ihren „nationalen“ Standpunkt gegen abweichende sowjetische Vorstellungen geltend.<sup>343</sup>

### *Fazit*

Anders als die Westmächte stützte sich die UdSSR bei der Ausübung der Besatzungsherrschaft auf deutsche Kader, die sich willig unterordneten und dafür mit Positionen belohnt wurden. Von Anfang an suchten die sowjetischen Behörden diese Kräfte an die Schaltstellen der SBZ zu bringen, um mit Hilfe dieser Stellvertreter ihren Willen auch auf der Ebene des ausführenden Handelns geltend zu machen, die der eigenen Befehls-, Anleitungs- und Überwachungsebene nachgeordnet war. Auch hoffte Stalin, dadurch zusätzliche Aktionsmöglichkeiten in Gesamtdeutschland zu gewinnen, denen die westliche Seite nichts entgegenzusetzen hatte. Durch die Einschaltung gesteuerter Kader,

341 Als indirekte Bekundung möglichen sowjetischen Interesses s. O nastroenijach v Zapadnoj Germanii v pol'zu normalizacii otnošenij s Sovetskim Sojusom [an Botschafter Puschkin gesandte Ausarbeitung aus der Ost-Berliner Hochkommission], 21.4.1954, AVPRF, 082, 42, 284, 12, Bl. 54-56.

342 F.I. Novik, Ustanovlenie diplomatičeskich otnošenij meždu SSSR i FRG, in: Otečestvennaja istorija, 6/1995, S. 108 f.

343 W. Ulbricht an N.S. Chruschtschow (dt. und russ., mit Anlagen), 13.9.1955, AVPRF, 082, 42, 284, 12, Bl. 4-11.

die das innerdeutsche Aktionsfeld beherrschen und den angeblichen Willen des Volkes artikulieren würden, wollte er von unten her Druck auf die Westmächte ausüben. Der Versuch scheiterte jedoch an der Gemeinsamkeit, die sich nach Ausbruch des Kalten Krieges zwischen Besatzern und Besetzten im Westen herausbildete. Der UdSSR blieb nur der Zugriff auf das eigene Okkupationsgebiet. Auch dort erschien es vorteilhaft, über eingesetzte deutsche Kader Macht nicht nur von „oben“, sondern auch von „unten“ her geltend zu machen. Das mußte freilich mit dem Nachteil bezahlt werden, daß die Partei, auf die sich der Kreml stützte, in der Bevölkerung weithin als Instrument fremder Repression gesehen und abgelehnt wurde.

Die sowjetische Führung hätte ihre deutschen Kader zu einer indirekten Ausübung der Herrschaft nutzen können. Die Behörden der UdSSR hätten sich in diesem Falle weithin darauf beschränken können, den aus landeseigenem Personal bestehenden Ausführungsorganen Weisungen zu erteilen, um selbst möglichst wenig in Erscheinung zu treten. Das hätte jedoch einen Bruch im Verhaltensmuster des sowjetischen Systems bedeutet. Die Unterwerfung der deutschen Kader unter die Zwecke Moskaus entsprach einer repressiven Gesamtstruktur, die in der geltenden Ideologie zum Ausdruck kam. Demnach war „demokratisch“, was von der KPdSU bzw. von deren Führung aufgrund marxistisch-leninistischer Lehren zum objektiven Volksinteresse erklärt wurde. Nur wer nach den damit festgelegten Prinzipien und den vom Kreml daraus abgeleiteten Maximen handelte, d. h. sich den angeordneten Maßnahmen willig unterwarf, durfte als „Demokrat“ gelten. Der „wahre Volkswillen“ ließ sich demnach nur durch disziplinierten Gehorsam gegenüber dem Willen der Herren in Moskau realisieren; jede Eigenständigkeit bedeutete ein Abweichen vom Pfad der „demokratischen“ Tugend. Bis 1953 war Stalin die Personifikation des Anspruchs auf unfehlbare Richtigkeit; als „Führer“ und „Vater der Völker“ hatte er für das System quasi-religiöse Bedeutung.<sup>344</sup>

Das Besatzungsregime der UdSSR war daher bis 1953/54 von ins einzelne gehenden Anordnungen und deren genauer Überwachung bestimmt. Rigorose Bevormundungen und Eingriffe waren alltägliche Praxis. Das galt nicht allein im Verhältnis zu jener großen Mehrheit der Deutschen, von denen die sowjetische Führung durch eine tiefe politische Kluft getrennt war. Enggefaßte Vorschriften und minutiöse Aufsicht galten auch den einheimischen Kadern, auf welche die Besatzungsmacht setzte und die sie durch gemeinsame Macht- und Systeminteressen an sich gekettet hatte. Innerhalb des Systems der UdSSR war es selbstverständlich, daß auch ihnen auf die Finger gesehen werden mußte: Wer eine Position übertragen erhielt, bedurfte angesichts seiner damit gegebenen Wichtigkeit besonderer Aufmerksamkeit, denn nicht die Gewährung von Vertrauen, sondern die Ausübung von Kontrolle galt als Gewähr zuverlässiger Auftragsausführung. Den Aufbau zentraler Machtapparate nahmen die sowje-

344 Die auf ihn angewendete Bezeichnung „Führer“ (vožd') vermittelt – im Unterschied zu den sonst dafür gebrauchten Termini (rukovoditel', lider) – einen Eindruck religiöser Weihe, der auf den kirchenslawischen Ursprung des Wortes zurückgeht.

tischen Behörden sogar unmittelbar in die Hand und schufen sich damit Brückenköpfe in dem entstehenden ostdeutschen Staat, die in verschiedenen Bereichen, vor allem in der Staatssicherheit und im Militär, bis zum Ende der DDR bestanden. Der Handlungsspielraum der ostdeutschen Seite wurde zusätzlich eingengt durch einen Anleitungs- und Überwachungsperfektionismus der Okkupationsbehörden, der sich vielfach auch auf die geringsten und nebensächlichsten Einzelheiten bezog.

Diese Vorgehensmuster erlaubten während der gesamten Stalin-Zeit keinen grundlegenden Wandel der sowjetischen Herrschaft. Auch als das SED-Regime in der SBZ hinreichend etabliert schien und die Führung der UdSSR angesichts der sich verschärfenden Ost-West-Konflikts zunehmend auf die ostdeutschen Kader angewiesen war, erhielten diese keine wirkliche Autonomie. Die Konstituierung der DDR lief auf die bloße Übertragung ausführender Funktionen an die Führer der kommunistischen Partei hinaus, die ihrerseits über keine autochthone Legitimation verfügten. Der Kreml beschränkte sich auch nach der Ausrufung des Staates nicht auf Richtungsvorgabe und Aufsicht. Nach wie vor waren die Besatzungsbehörden willens, sich in alles und jedes einzumischen. Soweit die Ausübung des Okkupationsregimes im Verlauf des Nachkriegsjahrzehnts Modifikationen unterlag, bildeten weithin nicht einschlägige amtliche Erklärungen die Zäsuren. Der Grund dafür ist, daß es – zumindest unter Stalin – der sowjetischen Seite ganz überwiegend nicht um eine Veränderung des wechselseitigen Verhältnisses, sondern um die Befriedigung eigener Bedürfnisse ging.

Das war etwa der Fall, als 1946/47 zentrale Apparate zur Verwaltung der SBZ geschaffen wurden, die für Übersichtlichkeit und Ordnung der Kontrollobjekte sorgten. Das ermöglichte der SMAD den Verzicht auf bestimmte Formen der Überwachung und Anleitung und dadurch die Konzentration auf effizientere andere Formen der Anleitung und Überwachung. Auch der sich seit der zweiten Jahreshälfte 1947 abzeichnenden Vervollständigung des ostdeutschen Machtinstrumentariums durch Staatssicherheits- und Militärstrukturen lag nicht das Motiv zugrunde, die Eigenständigkeit des SED-Regimes zu stärken. Stalin hielt es vielmehr für notwendig, die offen ausgebrochene Ost-West-Konfrontation mit Vorbereitungen für bisher nicht ins Kalkül einbezogene Eventualfälle der Konfliktaustragung zu beantworten. Der Möglichkeit, daß dies eine größere Selbständigkeit des SED-Regimes nach sich ziehen könnte, suchte er durch besondere Kontrollmechanismen entgegenzuwirken. Auch die nächste Etappe im Transformationsprozeß des sowjetischen Besatzungsregimes, die im Frühjahr 1952 eingeleitete Umstrukturierung der ursprünglich für innerdeutsche Einsätze bestimmten Militärkader in „nationale Streitkräfte“, geht auf innersowjetischen Bedarf zurück. Stalin sah der Aussicht gegenüber, daß es im Westen bald zu einem westdeutschen Beitrag zu einem Truppenaufbau kommen werde, den er als Vorbereitung für einen Angriffskrieg gegen die UdSSR deutete. Angesichts dieser Gefahr sollte neben eigenen Rüstungen auch eine DDR-Armee das militärische Potential der UdSSR stärken.

Erst nach dem Tod des Diktators bahnte sich ein Wandel der sowjetischen Haltung gegenüber dem ostdeutschen Staat an. Für die Nachfolger wurde die sich dort im Frühjahr 1953 anbahnende innere Krise zum ersten Anstoß des Überdenkens. Das Debakel des 17. Juni zog freilich zunächst ein Anziehen der Zügel nach sich. Ein dreiviertel Jahr später jedoch kam der Kreml zu der Ansicht, der Zusammenbruch der Hoffnung auf baldige gesamtdeutsche Erfolge mache es notwendig, nicht allein den Zustand der Zweistaatlichkeit generell zu festigen, sondern auch speziell den Status der DDR gegenüber der Bundesrepublik zu stärken. Die Führung der UdSSR erklärte, ihre Beziehungen zur DDR seien am Souveränitätsgedanken ausgerichtet, und räumte der ostdeutschen Seite erstmals in größerem Umfange Handlungsspielräume ein. Als das entscheidende Zeugnis dieser Wende muß die Deklaration der sowjetischen Regierung vom 24. März 1954 gelten; der Vertrag vom 20. September 1955 bestätigt – vor dem Hintergrund der Mitgliedschaft beider Staaten in den gegeneinanderstehenden Bündnissen von West und Ost und der daraus resultierenden Vollendung der deutschen Teilung – im wesentlichen die bereits zuvor etablierte Beziehungsstruktur.

Wie weitreichend die Zäsur der Jahre 1954 und 1955 auch ist, so behielt die UdSSR doch weiterhin nicht allein den grundsätzlichen Status der Besatzungsmacht (wie ihn auch die drei westlichen Staaten gegenüber der Bundesrepublik aufrechterhielten), sondern auch weit darüber hinausgehende Rechte und Kompetenzen (wie sie von den Westmächten nicht beansprucht wurden). Die UdSSR verfügte auch weiterhin über ausschlaggebende Kontroll- und Eingriffsmöglichkeiten: die Penetration des ostdeutschen Macht- und Verwaltungsapparats mit „Beratern“, die Verpflichtung der DDR-Regierung zur Vorklärung wichtiger politischer Entscheidungen mit Moskau<sup>345</sup> und eine weiterhin hochkommissarsähnliche Position des Botschafters in Ost-Berlin, welche die diplomatische Vertretung in Moskau weithin funktionslos machte.<sup>346</sup> Diese Elemente bestimmten – mit zeitweiligen Schwankungen und mit verschiedenen Abschwächungen im Laufe der Jahre und Jahrzehnte – das Verhältnis zwischen UdSSR und DDR bis in die Ära Gorbatschow hinein. Dies entsprach dem Gesetz, unter dem das SED-Regime und der von ihm beherrschte Staat angetreten waren: Beider Existenz hing von der innenpolitischen Unterstützung der Besatzungsmacht ab; das schloß, wenn es zum Schwur kam, ein Aufmucken gegen sowjetische Bevormundungen von vornherein aus.<sup>347</sup>

345 Vgl. Monika Kaiser, *Machtwechsel von Ulbricht zu Honecker*, Berlin 1997, S. 37.

346 Vgl. u. a. Egon Winkelmann, *Moskau, das war's. Erinnerungen des DDR-Botschafters in der Sowjetunion 1981 bis 1987*, Berlin 1997, S. 121-126.

347 Vgl. Breschnews Äußerung gegenüber Honecker bei dessen Machtantritt, zitiert bei Hans-Hermann Hertle, *Der Fall der Mauer. Die unbeabsichtigte Selbstauflösung des SED-Staates*, Opladen 1996, S. 25.